

# ÖMZ

## ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet  
1808

### Editorial

*Die Streitkräfte der europäischen Staaten befinden sich seit dem Ende des Kalten Krieges in einem permanenten Transformationsprozess, der teilweise überhastet und von einer falschen Euphorie geprägt angegangen wurde. So glaubte man in den westeuropäischen Staaten nach dem Wegfall der Bedrohung durch den Warschauer Pakt, eine Friedensdividende abschöpfen zu können: Massenheere wurden nicht mehr benötigt und es wurde daher mit der drastischen Verringerung der Reserveverbände begonnen. Die dadurch eingesparten Geldmittel wären jedoch an anderer Stelle in die Streitkräfte zu investieren gewesen - beispielsweise zum Aufbau strategischer Transport- und Aufklärungskapazitäten, wie sie für Friedenseinsätze weit jenseits der eigenen Staatsgrenzen benötigt werden. Dem wurde allerdings nur sehr zögerlich nachgekommen.*

*Zudem erschien vielen die Aufrechterhaltung des Systems der allgemeinen Wehrpflicht als zu teuer und in den Strukturen der postmodernen Gesellschaften als nicht mehr zeitgemäß. Als Konsequenz daraus wurden in vielen Staaten kleinformatige Freiwilligenheere aufgestellt. Sie sollten als Professionalisten den neuen Herausforderungen begegnen. Dieses Konzept klingt einsichtig und bietet gewiss Vorteile, allerdings wurde zu wenig bedacht, dass man mit der Aufgabe der Wehrpflicht die wichtigste Rekrutierungsbasis aus der Hand gegeben hat; die Anwerbung von Freiwilligen erweist sich als äußerst kostspielig und der in der heutigen Gesellschaft aufgewachsene junge Mensch erscheint zudem wenig gewillt, sein Leben für Friedenseinsätze aufopfern zu wollen. Während früher sinnstiftende Überlegungen zu Friedenseinsätzen dem wehrpflichtigen Staatsbürger noch im Rahmen der wehrpolitischen Unterrichte vermittelt werden konnten, scheint diese geistige Auseinandersetzung mit den Aufgaben des Militärs in dieser Tage völlig abgebrochen. Fazit: In zahlreichen europäischen Armeen herrscht permanenter Personalmangel.*

*Sehr schleppend beginnt nun dem „Diktat der ziemlich leeren Kassen für Militärausgaben“ folgend im Rahmen der European Defence Agency eine Verteidigungs- und Rüstungskooperation auf europäischer Ebene zu entstehen, die die Bewältigung der neuen Herausforderungen auf materieller Ebene erleichtern soll. Die Personalengpässe hingegen können langfristig nur durch Bewusstmachung der Notwendigkeit von Friedenseinsätzen und einer entsprechenden Sinnstiftung für das Militär als Instrument des Staates und damit aller seiner Bürger behoben werden. Die*

*Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht böte dazu die entsprechenden Möglichkeiten.*

*Die skandinavischen Länder sind auf Grund ihrer engen Verknüpfung zwischen Militär und Zivilgesellschaft im Rahmen der Landesverteidigung diesen gesamteuropäischen Trend in Richtung des Aufbaues von Freiwilligenarmeen bislang nicht nachgegangen. Nichtsdestoweniger müssen auch sie den Wandel von ausschließlich zur Heimatverteidigung bestimmten Streitkräften hin zu ständig verfügbaren Einsatztruppen vollziehen. Der norwegische Generalstabschef, General Sverre Diesen, skizziert in unserem ersten Beitrag die geplanten Änderungen in den Streitkräften seines Landes. Dabei sollen, unter Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht, die Konsequenzen aus der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität gezogen werden.*

*Der Weg zu gemeinsamen europäischen Streitkräften dürfte auf Grund der nationalen Vorbehalte und Befindlichkeiten noch ein sehr weiter sein. Eine mögliche Vorreiterrolle in diesem Zusammenhang könnten allerdings die europäischen Luftwaffen spielen. Wolfgang Luttenberger analysiert Möglichkeiten, wie im Bereich der Luftmacht auf europäischer Ebene durch kosteneffektive und pragmatische Lösungsansätze der sicherheitspolitische und militärische Handlungsspielraum wesentlich erweitert werden könnte.*

*Edwin Micewski und Barbara Schörner beschäftigen sich mit der grundsätzlichen Situation von Streitkräften im Zeitalter der Postmoderne. Die militärische Lebenswelt wird aufgefordert, sich diesen neuen gesellschaftspolitischen Realitäten zu stellen und ihren Wert und Nutzen unter geänderten Rahmenbedingungen aufzuzeigen. Dies bedeutet somit eine verstärkte Vermittlung wehrpolitischer Informationen zur Aufklärung der Staatsbürger über die neuen sicherheitspolitischen Zusammenhänge.*

*Die Fidschi-Inseln waren bislang als friedlich-idyllisches Südseeparadies in den Köpfen vieler Europäer verankert, bis sie plötzlich durch eine Reihe von gewalttätigen Ereignissen und ethnischen Konflikten ein anderes Bild vermittelt bekamen. Hermann Mückler zeichnet eine Entwicklungsgeschichte des Inselstaates und analysiert die Hintergründe für diese beunruhigenden Vorkommnisse.*

**Andreas Stupka**

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Sverre Diesen</i>		<b>Zur österreichischen Verteidigungspolitik</b>	<b>323</b>
<b>Von einer Mobilisierungsarmee zur ständigen Einsatztruppe</b>	<b>259</b>	<b>Internationaler Bericht</b>	<b>327</b>
		<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 13.2.07 - 12.4.07</i>	
<i>Wolfgang Luttenberger</i>		<b>Internationale Rundschau</b>	<b>331</b>
<b>Mögliche Entwicklungstendenzen der europäischen Luftwaffen und zu erwartende Auswirkungen auf Österreich</b>	<b>265</b>	UNO	331
		OSZE	334
		NATO	336
		Europäische Union	339
<i>Edwin R. Micewski/Barbara Schörner</i>		Europa	342
<b>Streitkräfte in der Postmoderne</b>	<b>271</b>	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)	355
		Naher und Mittlerer Osten	357
<i>Hermann Mückler</i>		Afrika/Sub-Sahara	360
<b>Fidschi - vier Putsche in 20 Jahren</b>	<b>281</b>	Ferner Osten	365
Anmerkungen zu Ursachen und Konsequenzen der anhaltenden Instabilität		USA	370
<hr/> <b>Miszellen</b> <hr/>			
<b>Die roten Linien der deutschen Sicherheitspolitik</b>	<b>291</b>		
<i>Franz-Josef Meiers</i>			
<b>Strategiewechsel in Afghanistan</b>	<b>300</b>		
<i>Ulrich Stahnke</i>			
<b>Wandel im Charakter der Beziehungen zwischen Israel und NATO</b>	<b>306</b>	<hr/> <b>Buchbesprechungen</b> <hr/> <b>372</b> <hr/> <b>Kurzfassungen (english/français)</b> <hr/> <b>381</b> <small>Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): Korporal Erwin Niederberger/Päpstliche Schweizergarde, Norwegische Streitkräfte, Reuters/Mike Segar</small>	
<i>Eugene Kogan</i>			
<b>Die päpstliche Schweizergarde</b>	<b>311</b>		
Die geschichtliche Entwicklung von 1506 bis 2006			
<i>Michael Haubl</i>		<hr/> <b>Impressum</b> Seite 384 <hr/> <b>Aus dem Inhalt (english/français)</b> Umschlagseite innen	
<b>Im Schatten des „großen Bruders“</b>	<b>317</b>		
Österreich-Ungarn als Besatzungsmacht in Rumänien 1916-1918			
<i>Harald Heppner</i>			

# Von einer Mobilisierungsarmee zur ständigen Einsatztruppe

Sverre Diesen

Die norwegischen Streitkräfte befinden sich mitten in der umfassendsten, je da gewesenen Umstellung des norwegischen öffentlichen Sektors. Die bis jetzt erreichten Ergebnisse sind vielversprechend, und die norwegische Verteidigung ist heute den neuen Sicherheits Herausforderungen in vielen Bereichen besser angepasst als vor zehn Jahren. Nichtsdestotrotz steht Norwegen vor schwierigen und entscheidenden Weichenstellungen, wenn das Land seine Verteidigungsfähigkeit weiter erhalten will. Mit diesem Artikel soll dem Leser ein Einblick in die zentralen sicherheitspolitischen, operativen und jene Herausforderungen, die an eine langfristige Entwicklung der Streitkräfte geknüpft sind, gegeben werden.

Die nord-norwegischen Regionen waren darüber hinaus von zentraler Bedeutung, weil durch sie die Orthodrome zwischen den USA und zentralen Zielen der Sowjetunion verliefen und verlaufen. Sowohl Interkontinentalraketen als auch strategische Bombenflugzeuge gaben so dem norwegischen Gebiet große strategische Bedeutung - nicht zuletzt, um damit eine mögliche vorgelagerte sowjetische Verteidigung zu errichten.

Drittens lag der Heimatstützpunkt für die strategische Zweitschlagsfähigkeit der Sowjetunion auf der Kola-Halbinsel. Die Eisverhältnisse führten dazu, dass die U-Boot-gestützten Kernwaffen, die einen großen Teil der Zweitschlagsfähigkeit ausmachten, in kurzer Distanz zu Norwegen disloziert wurden. Dies machte die angrenzenden norwegischen Gebiete sowohl für den entscheidend, der diese Kapazitäten hätte schützen sollen, als auch strategisch für den, der diese hätte bedrohen wollen.

## Kollektive Verteidigung auf eigenem Boden

Für Norwegen und seine gut vier Millionen Einwohner und begrenzten Ressourcen hatte diese Situation klare Konsequenzen. Die strategische Lage Norwegens war für die Supermächte so entscheidend, dass die Wahrscheinlichkeit, in einen bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West involviert zu werden, groß war. Zusätzlich war durch die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg mit einem missglückten Verteidigungsversuch im April 1940 und der darauf folgenden fünfjährigen Besatzungszeit klar, dass Norwegen das Territorium nicht alleine verteidigen konnte. Norwegen kehrte deshalb nicht zur Neutralitätspolitik zurück, die die Außenpolitik in der Zeit als selbstständiger Nationalstaat geprägt hatte, sondern trat bei dessen Gründung im Jahr 1949 dem Nordatlantik-Pakt bei.

Sowohl die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs als auch die historischen norwegischen Verteidigungsmodelle mit einer Wehrpflichtigen- und Mobilisierungsarmee führten dazu, dass die Nachkriegsverteidigung auf einer umfassenden Mobilmachung sämtlicher Ressourcen der Gesellschaft fußte. Die Pläne der Alliierten sahen eine zügige Verstärkung der NATO-Nordflanke vor. Da Luft- und Seestreitkräfte schneller vor Ort sein konnten als Landstreitkräfte, wurde von norwegischer Seite großes Gewicht auf eine zahlenmäßig große Heeresstruktur gelegt. Diese sollte das heimatliche Terrain zum eigenen Vorteil nutzen. Das Heer wurde als Ausbildungsapparat in Friedenszeiten und als großes Mobilisierungsheer in Kriegszeiten organisiert. Aufgabe in Friedenszeiten sollte es sein, möglichst viele Soldaten und Einheiten aufzubauen, die bei Bedarf mobilisiert werden könnten. Im Falle einer Mobilmachung hätten die Streitkräfte dann auch auf große Mengen zivile Kräfte zurückgreifen können, um den militärischen Logistikbedarf zu decken.




Bild nur im  
Heft verfügbar

NORWEGISCHE STREITKRÄFTE

Wie die meisten europäischen Armeen befinden sich auch die königlichen norwegischen Streitkräfte in einer Umstellungsphase, um sich auf die geänderten Bedrohungsszenarien besser einstellen zu können.

## Der Kalte Krieg als Hintergrund

Die geografische Lage Norwegens als Kleinstaat an der Nordflanke der NATO hatte einen starken Einfluss auf die Verteidigungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Norwegen war das einzige NATO-Mitglied - abgesehen von der Türkei -, das eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion hatte. Darüber hinaus lagen die entscheidenden wichtigen militärischen Kerngebiete der Sowjetunion in Nordwest-Russland direkt an der Grenze zu Norwegen. Die strategische Stellung Norwegens innerhalb der NATO-Verteidigungsstrategie war somit insbesondere an drei Ausgangssituationen geknüpft:

Erstens kam der maritimen Strategie zentrale Bedeutung zu. Bei einem bewaffneten Konflikt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt hätte die sowjetische Nordflotte die norwegische Küste passieren müssen, um den Nord-Atlantik zu erreichen und die See Verbindung zwischen den USA und Europa zu bedrohen. Die Kontrolle der norwegischen Küstengewässer war somit für die Behauptung der Seehoheit in diesem Gebiet wichtig.

Die norwegischen Marine- und Luftstreitkräfte sind im Verhältnis zum Heer relativ klein. Als Ausgleich wird aber viel Wert darauf gelegt, dass man eine bedeutende Anzahl von alliierten Truppen als Verstärkung aufnehmen kann. Aus diesem Grund wurden Stützpunkte und Flugbasen zu einem großen Teil mit Mitteln des NATO-Strukturprogramms ausgebaut.

Norwegens Beitrag zur kollektiven Verteidigung war somit einseitig an den Schutz der NATO-Nordflanke, d.h. des eigenen Territoriums, geknüpft. Andere Länder sollten bei Bedarf unterstützend eingreifen. Die norwegischen Streitkräfte waren somit nicht auf einen Expeditionscharakter ausgelegt, und die gesamte Struktur der Streitkräfte wurde dementsprechend ausgerichtet. Eine Reihe von Befestigungen wurde gebaut, Häfen und Flugbasen wurden in ihren Dimensionen und ihrer Ausstattung auf die Aufnahme von alliierten Flugzeugen und Streitkräften ausgelegt, große Langzeitlager für die Voreinlagerung wurden in den Bergen angelegt usw. Das amerikanische Programm zur Waffenhilfe trug dazu bei, dass die norwegische Verteidigungsstruktur wesentlich besser ausgerüstet war, als es das Land alleine hätten schaffen können.



Die königlich-norwegische Marine ist im Vergleich zum Heer relativ klein. Die maritime Teilstreitkraft wird jedoch durch rund 25 gut bewaffnete Patrouillenboote der Küstenwache ergänzt.

### Neue Herausforderungen

Genau vor diesem Hintergrund gilt es die heutigen Herausforderungen für die norwegischen Streitkräfte zu betrachten. Lange Zeit hat man sich geweigert, die damit verbundenen Änderungen zuzulassen, teils weil sie in Richtung Reformen gingen, die mit der langjährigen Verteidigungstradition brachen, und teilweise auf Grund der Unsicherheit, die mit der weiteren Entwicklung in Russland verbunden ist. Die Angst vor einem möglichen Rückfall Russlands in seine Rolle als undemokratisches Regime, das gewillt ist, militärische Macht für die Durchsetzung seiner Ziele zu gebrauchen, hat die norwegischen Behörden lange davon abgehalten, ihre maßgeschneiderte Invasionsverteidigung aufzuweichen oder abzuändern.

Der Verteidigungshaushalt wurde in dieser Zeit im Großen und Ganzen beibehalten, aber nicht ausreichend erhöht, um eine gleich bleibende Anschaffungskapazität gewährleisten zu können. Die schwindenden Möglichkeiten bei der Mittelverwendung mussten nach und nach durch geringere Ambitionen bei der Invasionsabwehr kompensiert werden. Die frühere Hauptaufgabe der Streitkräfte

und die damit verbundenen Ambitionen wurden so nach und nach zunächst bei der Invasionsabwehr in den nördlichen Landesteilen zurückgefahren und in den 90er-Jahren komplett eingestellt. Als daraus folgende Konsequenz wurde auch die traditionelle Strategie der Verteidigung durch Mobilmachung verlassen, auch wenn die letzte Mobilisierungsbrigade auf dem Papier noch bis ins Jahr 2006 überlebt hat.

### Bedarf an Flexibilität

Gleichzeitig wurden die Forderungen und Erwartungen, an multinationalen Operationen teilzunehmen, stärker. V.a. der Kosovo-Einsatz erzwang eine permanente Ausrichtung der militärischen Kräfte auf Einsätze in Operationen außerhalb des norwegischen Territoriums. Dies brachte ganz andere und kostenintensivere Forderungen mit sich als die alte, auf Mobilmachung basierende „Heimatverteidigung“. Diese Umstellung führte wiederum dazu, dass Quantität für eine Qualität geopfert werden musste, die für einen effektiven Einsatz notwendig ist. Viele Politiker und Personen aus dem Verteidigungssektor waren diesen Veränderungen gegenüber skeptisch eingestellt. Dadurch wurde die Durchführung massiver Reformen innerhalb einer kurzen Zeitspanne erschwert, obwohl diese ansonsten wesentlich schneller zu einer geeigneteren Verteidigungsstruktur für die neuen Sicherheitsherausforderungen geführt hätten.

Der 11. September 2001 hat das Land aus dem Schlaf gerissen. Die Terrorangriffe in den USA haben gezeigt, dass neben den veränderten konventionellen Herausforderungen auch eine neue Form der asymmetrischen Bedrohung Realität wurde. Die Erklärung der NATO zum Eintritt des Verteidigungsfalls und die daraufhin begonnene Operation in Afghanistan machten deutlich, welchen Stellenwert die Expeditionsfähigkeit sowohl in Form einer dazu geeigneten Organisation als auch in Form der Möglichkeit von angeworbenen freiwilligen Mannschaften in diesem Szenario hat.

Auch die Situation in Norwegen erfordert mittlerweile Streitkräfte mit deutlich höherer Reaktionsfähigkeit und Qualität als früher. Die norwegischen Streitkräfte müssen relevante und einsetzbare Truppen haben, um potenzielle Krisen und Situationen auf norwegischem Territorium oder in angrenzenden Gebieten, nicht zuletzt im Norden, meistern zu können. Das heißt, dass es prinzipiell gesehen keine qualitativen Unterschiede bei den Anforderungen an die Truppen für Inlands- oder Auslandseinsätze gibt.

Auch wenn viele der Faktoren, die die Nordflanke früher zu einem entscheidenden Gebiet für die Sicherheit der NATO gemacht haben, sich verändert haben, so ist es dennoch weiterhin wichtig, die nördlichen Gebiete im Blick zu behalten, und zwar wegen mehrerer Sachverhalte:

Als Küstenstaat in einem der weltweit ressourcenreichsten Meeresgebiete hat Norwegen große verwaltungstechnische Aufgaben für ein Gebiet übernommen, das sechsmal so groß ist wie die eigene Landesfläche oder beinahe 30-mal so groß wie Österreich. Die großen Fischbestände haben auch eine politische Dimension, da Fisch heutzutage kein unbegrenztes Gut mehr ist. Die klare Anwendung von Gesetzen und Regelungen ist wichtig, um eine Zerstörung der Grundlage für zukünftige Bewirtschaftung zu vermeiden.



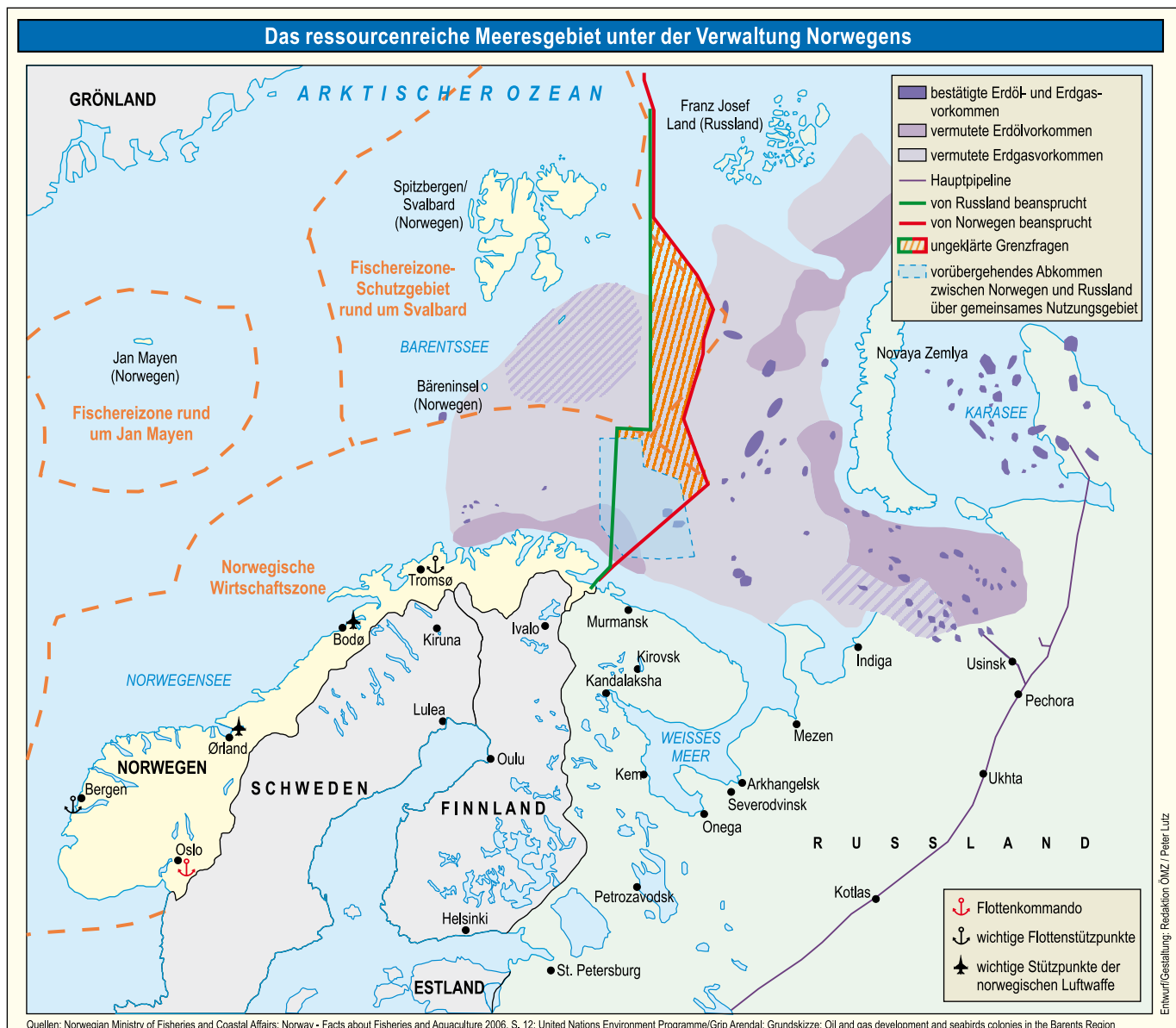
Des Weiteren ist die Energiesicherheit von großem nationalen Interesse. In der Arktis liegen rund 25% der weltweiten Ölreserven, und ein wichtiger Teil davon befindet sich im maritimen Grenzgebiet zwischen Russland und Norwegen. Die ungeklärte Grenzfrage zwischen Russland und Norwegen und andere Herausforderungen in den nördlichen Gebieten lassen den Abstand zwischen Ressourcenverwaltung und Außenpolitik schrumpfen.

Auch wenn Nordwest-Russland und die Grenzgebiete mit Norwegen zu den stabilsten Teilen Russlands gehören, so haben die Gebiete dennoch weiterhin große militärische Bedeutung: Einerseits handelt es sich um ein wichtiges Garnisons- und Übungsgebiet, andererseits um den ganzjährig eisfreien Zugang Russlands zum offenen Meer. Aus diesem Grund ist hier auch noch immer das wichtigste Stationierungsgebiet für russische U-Boote. Damit ist die Kola-Halbinsel weiterhin für Russland militärisch wichtig, was dazu führt, dass weiterhin beträchtliche Truppen dort stationiert sind.

Die norwegische Verteidigungspolitik muss sich dieser Realität stellen, und die norwegischen Streitkräfte müssen dazu beitragen, eine selbstständige und glaubwürdige Souveränitätsbehauptung, Machtausübung und einen ausreichenden nationalen Handlungsfreiraum in Krisensituationen zu sichern. Dieses erfordert eine militä-

rische Präsenz, während gleichzeitig eine unnötige Militarisierung der Region zu vermeiden ist.

Die politischen Gegensätze, die in der Zukunft eine größere Krise in Norwegens Umgebung auslösen können, unterscheiden sich in ihrer Art völlig von denen des Kalten Krieges. Sollten diese Gegensätze also tatsächlich zu einem militärischen Konflikt führen - etwas, das heutzutage nur schwerlich als wahrscheinlich zu bezeichnen ist -, würde sich dieser ganz klar von den Weltkriegsszenarien unterscheiden, auf die wir ursprünglich ausgerichtet waren. Das liegt daran, dass die Art der militärischen Operationen und ihr Umfang ja immer die politische Absicht oder den politischen Ursprung reflektieren oder eine Funktion daraus sind. Die Einschätzung norwegischer Experten der konventionellen Sicherheits Herausforderungen in der nächsten Umgebung Norwegens weisen ganz eindeutig in Richtung von Szenarien mit hoher lokaler Intensität bei gleichzeitig begrenztem Truppeneinsatz, begrenzter Dauer und äußerst kurzer strategischer Vorwarnzeit. Insofern werden schnelle Eingreiftruppen mit hoher Reaktionsfähigkeit, guten Trainingsstandards und ständiger Einsatzbereitschaft wichtig sein, um zukünftige potenzielle Sicherheits Herausforderungen zu lösen. Mit anderen Worten: Es führt kein Weg zurück zur alten Mobilisierungsverteidigung unter Hinweis auf die heimischen Sicherheits Herausforderungen.



Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass der Kleinstaat Norwegen große militärische Herausforderungen nicht auf eigene Faust lösen kann. Die Mitgliedschaft in der NATO bedeutet deshalb mindestens genauso viel wie zuvor. Darum ist es für Norwegen wichtig dazu beizutragen, dass die NATO auch weiterhin als glaubwürdige und kraftvolle Allianz besteht. Es ist außerdem wesentlich, dass Norwegen durch seine Beiträge zu den Operationen der Allianz und zur *NATO Response Force* zeigt, dass es weiterhin ein starkes Interesse an einer gut funktionierenden westlichen Sicherheitsgemeinschaft hat.

### Hin zu einer relevanten Verteidigungsstruktur

Um den neuen Herausforderungen begegnen zu können, war es also notwendig, tief greifende Veränderungen der norwegischen Streitkräfte durchzuführen. Die Modernisierung ist weit fortgeschritten, und vieles deutet darauf hin, dass die heutigen Streitkräfte den neuen Bedrohungsszenarien und zukünftigen Sicherheitsanforderungen besser gewachsen sind als zuvor. Es sind aber noch einige zentrale Probleme übrig, die gelöst werden müssen, wenn Norwegen auch in Zukunft die wichtigen nationalen und internationalen Aufgaben meistern können soll.



Bild nur im  
Heft verfügbar

NORWEGISCHE STREITKRÄFTE/TORGER HAUGAARD

Norwegen bekennt sich auch weiterhin zu den Operationen der NATO (hier in Afghanistan). Hierfür sind schnelle Eingreiftruppen mit hoher Reaktionsfähigkeit vonnöten.

Die allergrößte Herausforderung liegt darin, eine bessere Balance zwischen drei zentralen Bereichen zu schaffen:

### Einklang zwischen Truppenbedarf und Truppenaufbau

Zunächst ist zu sagen, dass es immer noch eine Schere gibt zwischen den Truppen, die von den Streitkräften bereitgestellt werden, und jener Art von Truppen, für die tatsächlicher Bedarf besteht - dies betrifft sowohl Inlandsaufgaben als auch multilaterale Operationen. Norwegen verwendet noch immer einen großen Teil der Ressourcen darauf, reine Kompanien von Wehrpflichtigen auszubilden, die auch nach vollendeter Ausbildung nicht für einen internationalen Einsatz bereitstehen und die selbst für nationale Aufgaben nur in einem begrenzten Zeitraum ihrer Dienstzeit operativ einsetzbar sind. Im Regelfall dauert die Ausbildung einer Wehrpflichtigeneinheit für alle Arten von Aufgaben neun Monate, bevor die Wehrpflichtigen in der Lage sind, die moderne Ausrüstung und die operativen Abläufe sicher zu beherrschen. Bei einem Grundwehrdienst von zwölf Monaten bedeutet dies einen Nutzungsgrad von 25%, d.h., dass wir

ständig für jede fertig ausgebildete und einsatzbereite Kompanie drei weitere Einheiten in der Ausbildungsphase haben müssen. Auch unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bereitschaftsfähigkeit und der effektiven Nutzung der Ressourcen sehen wir uns gezwungen, mehrere der heutigen Einheiten, die hauptsächlich aus Grundwehrdienstleistenden bestehen, durch Zeitsoldaten zu ergänzen. Außerdem muss die Nutzung der wehrpflichtigen Mannschaften für die Einheiten, die zusätzlich zu den rein nationalen Aufgaben auch eine kürzere Ausbildungszeit benötigen, begrenzt werden. Wir möchten allerdings ganz klar betonen, dass wir die Wehrpflicht beibehalten wollen, u.a. als eine wichtige Rekrutierungsmethode - aber sie muss den Bedürfnissen der Streitkräfte besser angepasst werden.

### Stützpunkt- und Unterstützungsstruktur

Um verstärkende Streitkräfte aufnehmen zu können und zu unterstützen, wurden während des Kalten Krieges - wie bereits erwähnt - deutlich mehr Stützpunkte aufgebaut, als für die nationale operative Struktur notwendig waren. Mit dem Abweichen der NATO vom Prinzip der Voreinlagerung u.a. von Gerät für alliierte Truppen und der zahlenmäßigen Reduzierung unserer eigenen Struktur infolge von Modernisierung und abnehmender finanzieller Ausstattung im Verteidigungshaushalt nahm das Missverhältnis zwischen der Größe der Stützpunktstruktur und der operativen Struktur zu. Da die Kosten weiterhin mit 2% (über die Inflation hinaus) ansteigen, während der Haushalt nur an die Inflation angeglichen wird, bedeutet dies, dass wir einen kontinuierlichen Bedarf haben, Ressourcen frei zu machen, um die operative Struktur aufrechterhalten zu können - d.h. für Flugzeuge, Fahrzeuge und Heeresabteilungen, welche die eigentliche Verteidigungsfähigkeit darstellen. Einer der wenigen Bereiche, wo wir noch unangezapfte Reserven haben, ist also gerade die teilweise allzu große Stützpunktstruktur. Wir rechnen dementsprechend damit, dass wir eine Reihe der großen Militäranlagen ohne Schwächung der Einsatzbereitschaft und -kapazität schließen können. Gleichzeitig werden durch diese Maßnahme beträchtliche Mittel frei. Ähnlich wie in den meisten Ländern stoßen solche Pläne auch in Norwegen auf erheblichen Widerstand der Lokalbevölkerung.

### Ökonomie und Ambitionen

Die größte Herausforderung für die Streitkräfte in der kommenden Zeit wird allerdings das Ungleichgewicht zwischen der von der Politik verabschiedeten Verteidigungsstruktur und dem jährlich von der Politik verabschiedeten Haushalt sein, denn dieser wird anders und geringer sein als das, was die Politiker selbst zu Grunde legen, wenn sie die Verteidigungsstruktur beschließen. Dieses Ungleichgewicht wird noch dadurch verstärkt, dass viele der militärischen Empfehlungen, auf denen die Strukturbeschlüsse beruhen, schon von Beginn an zu ambitiös waren.

Das Problem liegt also nicht darin, dass der einzelne Jahreshaushalt geringer ist als geplant. Es ist der akkumulierte Effekt einer begrenzten, aber kontinuierlichen Unterfinanzierung über längere Zeit, der Konsequenzen für die Struktur hat. Militärische Grundausstattung hat, wie bekannt, eine Lebensdauer von mindestens 20 Jahren, und zieht man diesen Zeitrahmen in Betracht, bedeutet dies eine Unterfinanzierung von ungefähr 3% oder rund 2,5 Mrd. EUR. Plötzlich geht es also um ein wirtschaftliches Sein oder Nichtsein von großen Strukturelementen wie einer kompletten Fregattenstruktur, 1-2 Heeresbrigaden oder einem halben Kampfflugzeug. Eine

langfristige Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass die Verteidigungsfähigkeit nicht abnimmt.

## Hauptlinien der Verteidigungsstudie

Um einen Ausweg aus dieser schwierigen Situation zu finden, wurde eine umfassende Forschungsarbeit initiiert, die „Verteidigungsstudie 07“ (Forsvarsstudie 07). Die Ergebnisse dieser Arbeit werden im Vorfeld des neuen Vierjahresplans für die Streitkräfte als meine fachmilitärischen Ratschläge der Regierung präsentiert. Es ist dann Sache der politischen Entscheidungsträger, diese als Grundlage für eine ganzheitliche Beurteilung zu nutzen, wenn es darum geht, endgültige Beschlüsse zu fassen.

Im Rahmen der Verteidigungsstudie soll eine ganzheitliche Analyse der Streitkräfte durchgeführt werden, mit dem Ziel, eine operative Struktur zu empfehlen, die in bestmöglicher Weise die Aufgaben und das Ambitionsniveau sowie eine Stützpunkt-, Logistik- und Unterstützungsstruktur, die dem Bedarf für eine bestmögliche operative Struktur angepasst ist, abzudecken.

### Stützpunkt- und Unterstützungsstruktur

Der Fokus der Verteidigungsstudie richtet sich darauf zu untersuchen, welche Optionen für die Konzentration der operativen Tätigkeit, der Kompetenzmilieus und der Ausbildungsinstitutionen - mit ihrer heutigen Struktur als Ausgangslage für eine zukünftige Grundstruktur - bestehen. Des Weiteren wurden erste Aktivitäten durchgeführt, um die Logistik- und Truppenbereitstellungsaktivitäten für ausgewählte Teile der heutigen operativen Struktur zu optimieren, um so eine Grundlage für den Aufbau einer angepassten Stützpunkt-, Logistik- und Unterstützungsstruktur für die endgültig zu empfehlende operative Struktur zu schaffen.

### Operative Struktur

Darauf aufbauend wird die Verteidigungsstudie eine Reihe von Alternativen für die operative Struktur entwickeln, unter der Annahme der Weiterführung eines niedrigen inflationsjustierten Haushalts von 3,7 Mrd. EUR. Außerdem sollen Einschätzungen und Sensibilitätsanalysen zur Robustheit der Strukturalternativen im Verhältnis zu möglichen Schwankungen des Haushalts vorgenommen werden. Die Entwicklung und Einschätzung der alternativen operativen Strukturen wird auch eventuelle Änderungen der Aufgaben und des zugehörigen Ambitionsniveaus berücksichtigen.

Auf Grundlage einer ganzheitlichen Beurteilung und operativer Planspiele soll die Studie eine Empfehlung für eine operative Struktur mit angepasster Truppenbereitstellung und Stützpunkt- und Unterstützungsstruktur geben. Diese Struktur wird als Empfehlung auf Grundlage militärfachlicher Gesichtspunkte aus der Verteidigungsstudie für die Führung der Streitkräfte nach Ablauf der jetzigen und für die nächste Langzeitperiode hervorgehen.

Um die notwendige Langsichtigkeit bei der Verteidigungsplanung zu gewährleisten, soll die Verteidigungsstudie 07 auch die Entwicklung der Streitkräfte im Zeitraum 2013 bis 2022 beurteilen. Die maximale Ausnutzung neuer Technologien und Netzwerklösungen sind dabei zentral.

## Kompetenz und Personal

Die Verteidigungsstudie wird auch Maßnahmen vorschlagen, die sich an das Kompetenzprofil und die Dienstgrad- und Altersstruktur der Streitkräfte knüpfen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Mitarbeiterentwicklung als eine der treibenden Kräfte für das Erreichen guter Ergebnisse und die Effektivität der



Zur königlich-norwegischen Marine gehören neben der Flotte auch die Küstenwache (hier die *Svalbard* der *Arctic*-Klasse) sowie die Küstenartillerie. Das Flottenkommando befindet sich in Oslo, weitere wichtige Stützpunkte sind Bergen und Tromsø.

Streitkräfte zu berücksichtigen. Die Verteidigungsstudie wird auch konkrete Änderungen für das Rekrutierungssystem der Streitkräfte vorschlagen, um den zukünftigen Kompetenzbedarf der Streitkräfte sicherstellen zu können. Dabei wird auch großes Gewicht auf eine Stärkung der strategischen Kompetenzsteuerung innerhalb der Streitkräfte gelegt.

Was die Ausbildungsstruktur anbelangt, wird der Fokus insbesondere auf eine ganzheitliche Annäherung gerichtet sein, bei der alle Abteilungen der Streitkräfte und die verschiedenen Ausbildungsstufen im Zusammenhang gesehen werden. Eine Beurteilung der Maßnahmen in Verbindung mit der Wehrpflicht, mit Blick auf eine bessere Anpassung der Durchführung an die Bedürfnisse der Streitkräfte, wird dabei zentrale Bedeutung haben. Teil der Beurteilung wird es sein, sämtliche relevanten operativen und kostenbezogenen Aspekte in Bezug auf die Wehrpflicht aufzuführen.

## Schlussfolgerung

Die Streitkräfte sind heute in vielerlei Hinsicht ein besseres, professionelleres und v.a. ein sicherheitspolitisch relevanteres Instrument als vor zehn Jahren. Die Aufgaben werden in den meisten Zusammenhängen gut bewältigt. Das Personal ist durchweg sehr engagiert und einsatzbereit, und die Struktur wird fortlaufend um neue und gute Ausrüstung erweitert. Insbesondere durch die jetzt vorhandene operativere Ausrichtung der Streitkräfte, mit ständig neuen Herausforderungen durch reale und teils schärfere Operationen im multilateralen Rahmen, kommt es schon zwangsweise zur Etablierung einer größeren Professionalität und zu einer neuen Einstellung gegenüber dem Soldatenberuf, als dies zeitweilig früher der Fall war.

Die Streitkräfte haben in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht, und Norwegen hat sich von großen Teilen der Verteidigungsstruktur verabschiedet, die nicht mehr in Übereinstimmung



mit den sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen waren. Es ist deshalb ein wichtiges Anliegen, diese Modernisierung durchzuführen und die Verteidigungsfähigkeit auf einer ökonomischen Plattform zu konsolidieren, die eine Weiterführung und Weiterentwicklung möglich macht. Wenn Norwegen aber dem Kostenanstieg erlaubt, auch in Zukunft die Struktur zu untergraben, dann wird das Erreichte im Laufe weniger Jahre verwittern und verloren gehen - u.a., weil bereits jetzt ein kritisches Minimalniveau in Bezug auf die Anzahl der Einheiten und einer Reihe wichtiger Kapazitäten erreicht worden ist. Sollte die Entscheidung fallen, diesen Weg weiterzugehen, dann wird dieser Weg mit immer neuen Verteidigungsstudien gepflastert sein, die alle neue Kürzungen ankündigen werden.



NORWEGISCHE STREITKRÄFTE

Die Patrouillentätigkeit über dem Meer ist auf Grund des weitläufigen Seegebietes die Hauptaufgabe der königlich-norwegischen Luftstreitkräfte. Die wichtigsten Stützpunkte der norwegischen Luftwaffe liegen in Bodø und Ørland, weitere fünf kleinere Flugplätze sind über das Land verteilt.

Die norwegische Verteidigungsdebatte sollte sich eigentlich nicht darum drehen, welche Form der Verteidigung das Land haben will, sondern stattdessen klar machen, ob es gewünscht ist, dass die Haushaltsentwicklung der Kostenentwicklung folgt oder nicht.

Die Streitkräfte - oder besser gesagt die norwegische Gesellschaft - stehen mit anderen Worten vor zwei Hauptherausforderungen, einer organisatorischen und einer wirtschaftlichen. Die organisatorische Herausforderung liegt darin, die volle Konsequenz, sowohl aus der sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen als auch gesellschaftlichen Realität, zu ziehen, indem die Umgestaltung der Streitkräfte zu einer in der Hauptsache professionalisierten, in die Allianz integrierten, ständigen Einsatztruppe durchgeführt wird, die so dimensioniert und aufgebaut ist, dass den Herausforderungen für die norwegische Sicherheit begegnet werden kann und eine Bereitstellung norwegischer Kontingente für internationale Operationen und Einsätze sowohl im In- als auch im Ausland möglich ist. Dies alles sollte weiterhin auf der Wehrpflicht als Rekrutierungsmechanismus aufbauen und durch das, was man als rein „nationale“ Truppenelemente bezeichnen könnte, ergänzt werden. Alle diese Aktivitäten müssten sich außerdem auf wesentlich weniger Liegenschaften konzentrieren, als dies heutzutage der Fall ist.

Die wirtschaftliche Herausforderung liegt darin, ein rationelles und realistisches Finanzierungssystem zu etablieren, das auf der Weiterführung und Weiterentwicklung dieser Einsatztruppe gründet. Das schließt Verteidigungshaushalte mit Realwachstum, das der Kostenentwicklung folgt, mit ein. Darüber hinaus sollte für diese vorausgesetzt sein, dass die zu Grunde gelegte Struktur nicht größer ist, als es dem jeweiligen Haushalt entspricht. Welche Grundlage in Bezug auf Haushalt und Struktur angenommen wird, ist allerdings eine politische Schwerpunktentscheidung - das fachmilitärische Anliegen ist es dementsprechend, eine Übereinstimmung im Verhältnis zwischen Haushalt und Ambitionsniveau sowie den kapazitätsbezogenen Prioritäten innerhalb dieses Rahmens zu finden.

Die Aufgabe des Generalinspektors der Streitkräfte ist es, deutlich zu machen, was möglich ist, welche Verteidigungsform man in welchem finanziellen Rahmen erreichen kann, und was gefordert ist, um die Aufgaben entsprechend den Vorstellungen der politischen Entscheidungsträger zu lösen.

Es ist allerdings wichtig, dass die zur Verfügung gestellten Mittel über längere Zeit auf einem stabilen Niveau bleiben, um Langfristigkeit und Voraussagbarkeit für die Verteidigungsplanung zu schaffen. Wenn die zur Verfügung gestellten Mittel eingeschränkt werden, wird auch die Verteidigungsfähigkeit nach und nach geschwächt. Für die norwegischen Streitkräfte ist es wichtig, deutlich zu machen, worin die Hauptherausforderungen für die Strukturentwicklung gesehen werden, und dass sie die in der Verteidigungsstudie aufgezeigten Möglichkeiten nutzen wollen, um politische Akzeptanz für die Etablierung einer neuen politischen und gesellschaftsökonomischen Formel auf dem Verteidigungssektor zu finden. Die Verteidigungsstudie 07 wird dafür sorgen, dass es diese Möglichkeit gibt.

Wenn die Umstellung der Streitkräfte abgeschlossen ist, wird Norwegen über ein effektives

Instrument verfügen, um seine Sicherheitsherausforderungen zu bewältigen, aber dann wird nichts von der alten Mobilisierungsarmee übrig sein, wovon man „zehren“ könnte. Deshalb sind stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen die Voraussetzung dafür, dass die Fähigkeiten der norwegischen Streitkräfte auch in Zukunft erhalten bleiben. ■

### Sverre Diesen, MSC

Geb. 1949; General; 1976 Zivilingenieursabschluss an der Universität Trondheim; 1979 Abschluss der Militärakademie; 1970-84 Truppenverwendung bei der Brigade Nord Norwegen; 1986-88 Generalstabskurs; 1984-94 höhere Offiziersverwendungen an militärischen Forschungseinrichtungen und der Militärakademie; 1994-96 Kommandant der königlichen Leibwache; 1996-98 Stabschef der 6. Division; 1998-2001 Planungsstabschef der Armee; 2001-2002 Kommandant der Landstreitkräfte Nord Norwegen; 2002 Kommandant der Landstreitkräfte Norwegen; 2003 stellvertretender Generalsekretär im Verteidigungsministerium; 2005 Beförderung zum General und Ernennung zum Generalstabschef.



# Mögliche Entwicklungstendenzen der europäischen Luftwaffen und zu erwartende Auswirkungen auf Österreich

Wolfgang Luttenberger

Mit der Ausnahme von Randkonflikten, in denen die ehemaligen Kolonialmächte ihren Einfluss geltend machten, sowie im Rahmen von Lufttransporteinsätzen für humanitäre und Missionen der UNO waren westeuropäische Luftwaffen während des Kalten Krieges im Wesentlichen darauf beschränkt, Aufgaben im Rahmen der Abschreckungsstrategie wahrzunehmen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges fand jedoch ein merkbarer Paradigmenwechsel, v.a. den Einsatz von Luftmacht betreffend, statt. Während bis 1991 seitens der USA und der NATO v.a. zwischen taktischer (=konventioneller) und strategischer (=nuklearer) Luftoperation differenziert wurde, bewies die Operation *Desert Storm*, dass mit der Einführung präzisionsgelenkter Munition konventionelle Luftmacht wieder weit mehr leisten kann, als nur die unterstützende Rolle für bodengestützte Truppen zu übernehmen. Dies v.a. deshalb, weil damit die Gefahr von Kollateralschäden, aber auch der Verlust eigener Soldaten auf ein für die westliche Wohlstandsgesellschaft erträgliches Minimum reduziert werden kann und taktische Luftstreitkräfte wieder zu einem Instrument der Politik werden.<sup>1)</sup>

Dieser Beitrag möchte die Bedeutung der Luftwaffe bzw. die Notwendigkeit von Luftmacht im gegenwärtigen sicherheitspolitischen Kontext in Europa darstellen und darauf aufbauend Zukunftsszenarien ihrer möglichen oder aus heutiger Sicht wahrscheinlichen Entwicklung erarbeiten. Die mit diesen denkbaren Varianten verbundenen Auswirkungen sollen dann in Hinblick auf ihre Relevanz für Österreich bewertet werden.

## Luftmacht im 21. Jahrhundert

In den meisten westlichen Ländern führte das Ende der bipolaren Welt zu einer empfindlichen Reduktion der Verteidigungshaushalte und zu Änderungen bei Größe und Struktur der Streitkräfte. Auf europäischer Ebene wurde in vielen NATO-Staaten ein Wandel der Verteidigungspolitik von einem transatlantischen Fokus hin zu einem europäischen vollzogen. Dem folgte mit einer gewissen Verzögerung auch die nordamerikanische Sichtweise, als man erkannte, dass eine integrierte Verteidigungspolitik der Förderung von Frieden und Sicherheit mehr dienen könnte als rein nationale Ansätze.<sup>2)</sup>

Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialproduktes weltweit erwirtschaften, ist die EU, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, heute zwangsläufig ein globaler Akteur. Im Gegensatz zu der klar erkennbaren Bedrohung während des Kalten Krieges ist allerdings keine der heute angenommenen Bedrohungen für Europa rein militärischer Natur und kann auch nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden.<sup>3)</sup>

Die Fähigkeit der EU, zivile und militärische Instrumente zur Krisenvorbeugung und -bewältigung einzusetzen, soll u.a. im Rahmen der Planziel-Prozesse gestärkt werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei schnell verlegbaren Gefechtsverbänden, die seit 1. Januar 2007 für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen.<sup>4)</sup>

Die hier angestellte Analyse bleibt auf die für Österreich und Europa unmittelbar militärisch relevanten Aspekte beschränkt.



Mit zukunftsorientierten und realistischen Lösungsansätzen können die Österreichischen Luftstreitkräfte zur nationalen, aber auch zur internationalen Sicherheitsarchitektur beitragen (im Bild Saab 105 mit einer F-16 der griechischen Luftstreitkräfte).

## Erkenntnisse aus militärischen Einsätzen nach dem Ende des Kalten Krieges

Vor dem Hintergrund reduzierter Ressourcen und der Notwendigkeit, globale strategische Verpflichtungen wahrnehmen zu müssen, stellt der Einsatz von Luftkriegsmitteln immer öfter den zumindest zu Konfliktbeginn politisch tragfähigsten Lösungsansatz dar. Der Wandel von einer eher statischen Verteidigungsposition zu einer dynamischen Rolle auch vorwärts der eigenen Grenzen bevorzugt den vielseitig möglichen Einsatz in und aus der dritten Dimension, was dazu führt, dass Luftmacht heute über das gesamte Spektrum militärischer Gewalt, von humanitären Katastrophen bis zu militärischen Konflikten hoher Intensität, eingesetzt wird.

Am unteren Ende des Gewaltspektrums hat Luftmacht bei humanitären Operationen heute einen festen Platz eingenommen, da militärischer Lufttransport oftmals das einzige Mittel darstellt, um rasch und ausreichend Hilfe für Bedürftige vor Ort zu leisten. Im Gegensatz zu zivilen Anbietern ist militärischer Lufttransportraum auch dann verfügbar, wenn Gewalt eskaliert oder ein hohes Ge-

fahrenpotenzial für Fracht und Besatzung besteht. Dies zeigte sich bei unzähligen Luftbrücken von Berlin bis Sarajevo und nach Naturkatastrophen von Armenien bis Thailand (nach dem *Tsunami*).

Am oberen Ende wurde der Zyklus vom Erfassen eines Ziels durch einen geeigneten Sensor bis zu dessen Bekämpfung (*Sensor-to-Shooter*) so dramatisch verkürzt, dass sich herkömmliche Kommandostrukturen und der politische Entscheidungsfindungsprozess für die moderne Form der Luftkriegführung als nicht mehr zeitgemäß erweisen.<sup>5)</sup>

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die durch gezielt und wirkungsvoll eingesetzte Luftmacht erreichbare Reduktion der notwendigen Truppenstärke, die z.B. von *Desert Storm* 1991 bis zur Operation *Iraqi Freedom* 2003 auf ein Drittel verringert werden konnte.<sup>6)</sup>



Seit 1980 werden AWACS mit gemischten Besatzungen aus zwölf Ländern betrieben. Dieses NATO-Projekt (Bild: sämtliche NATO-AWACS laufen unter luxemburgischer Kennung) könnte wegweisend für eine künftige europäische Kooperation im Bereich der Luftstreitkräfte sein.

Die Feuerkraft wurde ebenfalls um ein Vielfaches gesteigert: Während bei *Desert Storm* noch durchschnittlich zehn Flugzeuge pro Ziel benötigt wurden, war es 2001 bei *Enduring Freedom* in Afghanistan nur mehr ein Flugzeug für zwei Bodenziele.<sup>7)</sup>

Insbesondere der Einsatz von Präzisionsmunition macht Luftstreitkräfte zur entscheidenden Teilstreitkraft in vielen Konfliktszenarien. Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass diese nicht im Alleingang entschieden werden können und ein teilstreitkräfteübergreifendes Agieren v.a. bei Konflikten hoher Intensität der zu bevorzugende Lösungsansatz ist. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Luftoperation sind deshalb auch gut ausgerüstete Bodentruppen mit entsprechender Bewaffnung und geeigneten Kommunikationsmitteln sowie ein robustes Mandat, um ein glaubwürdiges Eskalationspotenzial zum Tragen bringen zu können.

### Wesentliche Fähigkeiten von Luftstreitkräften

Die Kontrolle des Luftraums ist eine *Conditio sine qua non* für militärische Operationen zu Land, zur See und in der Luft. Diese kann durch freiwillige Überlassung oder durch *Offensive Counter-Air*- und *Defensive Counter-Air*-Operationen erreicht bzw. erhalten werden.

Offensive Luftabwehroperationen umfassen Angriffe gegen feindliche Militärflugplätze und Luftkriegsmittel am Boden, die Neutralisierung oder Zerstörung des gegnerischen integrierten

Luftverteidigungssystems sowie offensive Luftpatrouillen (*Combat Air Patrols* - CAP) über gegnerischem Territorium.

Defensive Luftabwehroperationen umfassen eine aktive und passive Komponente. Die aktive bringt Abfangjäger und bodengestützte Luftabwehrsysteme (Fliegerabwehr) zum Einsatz. Die passive versucht, den Effekt feindlicher Luftangriffe durch Maßnahmen der Tarnung, Verbunkering und Täuschung zu minimieren.

In Zukunft wird auch die Abwehr von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern eine bedeutende Aufgabe im Rahmen von Luftabwehroperationen sein.<sup>8)</sup>

Luftgestützte Aufklärung und Überwachung liefern Rohdaten, auf deren Basis Operationen geplant, deren Verlauf beurteilt und Entscheidungen getroffen werden können. Sie sind daher integraler Bestandteil jedes militärischen Planungs- und Führungsprozesses und werden in eine taktische, operative und strategische Komponente unterteilt.

Mittels luft- bzw. weltraumgestützter Aufklärungssysteme können „ethnische Säuberungsaktionen“ und Massenmorde, Migrations- und Flüchtlingsströme, aber auch das Einhalten internationaler Abkommen oder Sanktionen überprüft und nachgewiesen werden.

Der luftgestützte Bodenangriff - die physische Zerstörungskraft von Luftmacht - wird nach wie vor in Luftnahunterstützung, (Gefechtsfeld-) Abriegelung und strategischen Angriff unterteilt, wobei sich „strategisch“ aus der Wirkung der eingesetzten Waffen ableitet (bisher meinte strategisch den Einsatz von Nuklearwaffen). Mit der Entwicklung von *Effects-Based Operations* tritt die physische Zerstörung eines Ziels heute jedoch in den Hintergrund und wird vom strategischen Effekt, den der Mitteleinsatz beim Gegner bewirkt, abgelöst.<sup>9)</sup>

Der militärische Lufttransport spielt gerade im heutigen strategischen Umfeld eine wesentliche Rolle für humanitäre Zwecke, aber auch für die Streitkräfteprojektion. Dabei wird zwischen strategischem (Transport ins oder aus dem Operationsgebiet) und taktischem Lufttransport (innerhalb des Operationsgebiets) unterschieden. Im Bereich des strategischen Lufttransports herrscht in der EU insgesamt ein Mangel an Kapazitäten vor, da dieser in der Zeit des Kalten Krieges eine meist untergeordnete Rolle gespielt hatte.

Die Fähigkeit, Staatsangehörige aus Krisengebieten zu evakuieren, hat in den letzten Jahren durch die allgegenwärtige Medienberichterstattung auch für kleinere Staaten an Bedeutung gewonnen und erfordert die Fähigkeit, mit Sondereinsatz- und Exekutivkräften eng zusammen zu arbeiten.

Im Bereich von Such- und Rettungseinsätzen mit (*Combat Search & Rescue* - CSAR) oder ohne Kampf (*Search & Rescue* - SAR) kommt dem militärischen Lufttransport, v.a. zur Aufrechterhaltung der Moral der Truppe, aber auch bei schwierigen Wetter- und Geländeverhältnissen zur Unterstützung ziviler Rettungsorganisationen, heute ebenfalls eine wichtige Rolle zu.<sup>10)</sup>

Zu den so genannten Kräftermultiplikatoren zählt die Luftbetankung, die einerseits die Reichweite verfügbarer Luftfahrzeuge, deren Verweildauer in der Luft sowie die mögliche Waffenzuladung erhöht und andererseits die Anzahl erforderlicher Besatzungen und Luftfahrzeuge sowie Starts und Landungen reduziert. Weiters erlaubt die Reichweitensteigerung durch Luftbetankung das Umfliegen von Ländern, die keine Überfluggenehmigungen oder Landeerlaubnis erteilen.

Luftstreitkräfte bieten politisch attraktive Lösungsansätze, die erlauben, die technologische Überlegenheit gezielt zum Tragen zu bringen. Dies wird immer wichtiger, weil die Toleranzgrenze für eigene und feindliche Opfer in modernen westlichen Gesellschaften sehr niedrig ist und die Reaktionsfähigkeit von Luftstreitkräften eine Anpassung an politische, diplomatische oder ökonomische Fortschritte oder auch Rückfälle im Rahmen der Konfliktentwicklung erlaubt. Das alte militärische Sprichwort „Schweiß spart Blut“ könnte daher zukünftig vielleicht in „Hochtechnologie spart Blut“ umgewandelt werden. „Air Power“ (=Luftmacht) wird damit zur effizienten militärischen Antwort auf die Erfordernisse einer sich ändernden Welt.<sup>11)</sup>

Auf Grund ihrer inhärenten Eigenschaften, wie fast unbegrenzte Reichweite, unmittelbare Reaktionsfähigkeit, genau dosierbare präzise Feuerkraft und schnelle Verlegbarkeit, kann Luftmacht heute der Politik eine Fülle von Optionen bieten. Wie keine andere Form der militärischen Gewalt ist Luftmacht jedoch ihrerseits von Technologie abhängig, für die die Kosten im Informationszeitalter fast exponentiell gestiegen sind. Die im Rahmen der so genannten Friedensdividende realisierte Reduzierung der Verteidigungshaushalte steht im krassen Widerspruch zu den technologischen und finanziellen Herausforderungen und dem fundamentalen Paradigmenwechsel in der Ausrichtung europäischer Streitkräfte, was dazu führt, dass groß angelegte Luftoperationen heute nur mehr staatenübergreifend bzw. unter Einbindung der USA denkbar sind.

### Mögliche Zukunftsszenarien der europäischen Luftwaffenentwicklung

Nachdem mit dem bisher Gesagten klar die vorrangige Stellung und Möglichkeiten von Luftmacht im internationalen Kontext aufgezeigt werden konnte, ist es umso schmerzhafter, die weiterhin bestehende Kluft zwischen Erfordernissen und Fähigkeiten bei den europäischen Streitkräften festzustellen.

#### Mangelnde europäische Fähigkeiten

Für die meisten europäischen Staaten bedeutete die Vorbereitung auf einen massiven Angriff aus dem Osten Europas, dass sie schwer bewaffnete Streitkräfte aufbauen mussten, die sich auf Panzer, Artillerie und Kampfflugzeuge kurzer Reichweite (zur Erlangung der Luftüberlegenheit) stützten. Da der Kampf vor der eigenen Haustür ausgetragen werden sollte, schien es nicht notwendig, Streitkräfte in großer Entfernung dislozieren oder einsatzfähig halten zu können.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation erforderte eine rasche und kostenintensive Umstrukturierung der über mehrere Jahrzehnte aufgebauten Streitkräfte bei einem parallelen Rückgang der zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen. Diese Aufgabe nimmt bis heute angesichts des europäischen Verteidigungssektors, der wesentlich von nationalen Interessen geprägt ist, einen nicht zufrieden stellenden Verlauf.

In der EU verfolgen die Mitgliedstaaten ihren nach wie vor eigenständigen außen- und verteidigungspolitischen Kurs, wiewohl Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung angestrebt werden.<sup>12)</sup> Alle Mitglieder haben ihr eigenes Heer, fast alle eine Luftwaffe und die meisten eine eigene Marine mit jeweils dazugehörigen Kommando-, Logistik- und Ausbildungsstrukturen. Es gibt mehrere nationale Rüstungsindustrien, die aus Gründen der staatlichen Unabhängigkeit unterstützt werden, was zu Doppelgleisigkeiten und - europaweit betrachtet - zu höheren Kosten führt.

Infolge der aufgezeigten Probleme weist der europäische Luftwaffen Sektor zu Beginn des 21. Jahrhunderts erhebliche Defizite auf. Dazu zählen unzureichende Lufttransportkapazitäten zur Verlegung europäischer Streitkräfte und ihrer Ausrüstung, unzureichende Luftbetankungskapazitäten, die mangelnde Fähigkeit zu Präzisionsangriffen, der Mangel an allwettertauglichen Kampfflugzeugen und präzisionsgelenkter Munition, unzureichende Aufklärungsfähigkeiten auf strategischer und taktischer Ebene, ein Mangel an verlegfähigen Führungssystemen, die unzureichende Fähigkeit zur Unterdrückung der feindlichen Fliegerabwehr und ein Mangel an sicheren interoperablen Fernmeldesystemen.

Eine divergierende Entwicklung von Fähigkeiten ist mit der Gefahr verbunden, dass eine Arbeitsteilung entsteht, bei der die Vertreter der Hochtechnologie unter Bündnis- oder Koalitionspartnern (derzeit zumeist die USA) die Logistik, die strategische Lufttransportkapazität, die Aufklärungskapazität und leistungsstarke Luftkriegsmittel zur Verfügung stellen, während die anderen mangels Alternativen zunehmend für personalintensive Aufgaben zuständig sind. Eine derartige Arbeitsteilung scheint, wenn sie zu deutlich wird, politisch unhaltbar, da damit zumeist auch höhere Verluste bei den eingesetzten Kräften verbunden sind und die diplomatische wie militärische Einflussmöglichkeit auf den Konfliktverlauf zurückgeht.<sup>13)</sup>

#### Lösungsansätze

Mögliche Ansätze zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation und damit realistische Zukunftsszenarien ergeben sich aus der Idee einer gesamteuropäischen Luftwaffe unter einheitlichem Kommando, eines *Burdensharing* innerhalb der europäischen Luftstreitkräfte oder aber zwischen Teilstreitkräften verschiedener Nationen sowie der Verbleib national geführter Luftwaffen unter Verbesserung der Zusammenarbeit im Führungs-, Rüstungs-, Logistik- und Ausbildungsbereich.

#### Die „Europäische Luftwaffe“

Die langfristige Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, die dann natürlich auch die Luftstreitkräfte beinhalten sollte, erfordert ein dramatisches Umdenken der Entscheidungsträger v.a. auf psychologischer Ebene. Ohne die nationale oder NATO-Dimension aus den Augen zu verlieren, werden sie europäisch denken und handeln müssen, wenn sie europäische Fähigkeiten aufbauen und verbessern wollen. Man wird in jeder Phase der Streitkräfteplanung - von der Bestimmung der Erfordernisse über die Forschung und Entwicklung bis hin zur Beschaffung und Ausbildung - immer die Frage stellen müssen, ob eine bestimmte Komponente ausreichend flexibel ist, um in ein multinationales System integriert zu werden, ob dieses Element die gesamteuropäischen Luftwaffenfähigkeiten wirklich stärken oder lediglich einen bestehenden Überschuss erhöhen wird und ob es möglich ist, durch Kooperation mit einem anderen Staat Effizienzsteigerungen zu erzielen.<sup>14)</sup>

Interessanterweise sind europäische Kooperationsformen im Bereich der Luftmacht eher auf der operativen als auf der strategischen Ebene denkbar, da die Luftwaffen selbst begannen, bi- und multilaterale Zusammenarbeitsmöglichkeiten auszuloten. Nachfolgend werden die wichtigsten Projekte kurz dargestellt.

Im Januar 1980 wurde die *NATO Airborne Early Warning and Control Organisation* eingerichtet, welche von Geilenkirchen in Deutschland und Waddington in Großbritannien aus mit gemischten Besatzungen aus zwölf Nationen fliegende Radar- und Kommandoflugzeuge betreibt. Die Beschaffung von *Airborne Early Warning and Control System* (AWACS)-Flugzeugen, die bereits in mehreren

Operationen erfolgreich zum Einsatz kamen, hätte sich im Alleingang für viele Staaten als zu kostspielig erwiesen.<sup>15)</sup> Obwohl es sich eigentlich um ein NATO-Projekt handelt, ist es wegweisend für weitere europäische Kooperationsformen.

Am 5. Juli 2004 wurde die *European Airlift Coordination Cell* (EACC) in das *European Airlift Centre* (EAC) übergeführt, das die Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten der Luftwaffen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und Spaniens koordinieren und effizienter gestalten soll. Dadurch können die vorhandenen Kapazitäten besser ausgelastet und Leerflüge möglichst vermieden werden.

EACC und EAC sind Produkte der *European Air Group* (EAG), die aus der *Franco-British Air Group* (FBAG) hervorgegangen ist und Interoperabilitätsdefizite sowohl auf technischer wie auch konzeptioneller Ebene überwinden sowie Lösungen betreffend militärischen Lufttransport finden soll. Neben Frankreich und Großbritannien beteiligen sich Belgien, Deutschland, Italien, die Niederlande und Spanien an der EAG.

Am 28. Juni 2004 wurde das *Memorandum of Understanding* (MoU) für den *European Participating Air Forces' Expeditionary Air Wing* (EPAF EAW) durch Belgien, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Portugal unterzeichnet, der eine Zusammenarbeit der europäischen F-16-Kampfflugzeugbetriebernationen vorsieht. Polen soll zu einem späteren Zeitpunkt folgen. Ursprünglich ausschließlich für Beschaffungszwecke als *European Participating Air Forces* (EPAF) ins Leben gerufen, können nun Synergien bei der Entsendung supranationaler Kontingente trotz einiger juristischer Hindernisse äußerst erfolgreich genutzt werden.<sup>16)</sup>

Eine ähnliche Vorgangsweise zeichnet sich beim *Joint Strike Fighter*-Programm ab, an dem sich bisher neun Nationen beteiligen.<sup>17)</sup> Im Sinne eines EU-Kooperationsmodells wäre natürlich eine verstärkte Zusammenarbeit bei und Beteiligung an europäischen Rüstungsprojekten (z.B. *Eurofighter*) vorzuziehen, damit europäische Luftmacht an Profil gewinnt.

Als erstes militärisches Flugzeug des Airbus-Konzerns steht der A-400M, der ab 2008 in Serie gehen soll und von dem bisher 195 Stück bestellt wurden, zugleich für das Bestreben der europäischen Nationen, bei der Neubeschaffung von Wehrtechnik auf europäische Unternehmen zu setzen und dadurch Arbeitsplätze in Europa zu sichern und zu schaffen. Dieses militärische Transportflugzeug soll den veralteten Bestand verschiedener europäischer Luftwaffen an Transportflugzeugen der Typen *Transall* und *C-130 Hercules* ersetzen. Die ersten Kunden sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, Spanien und die Türkei, aber auch Südafrika und Malaysia haben bereits Maschinen bestellt.<sup>18)</sup>

Um die Zeit bis zur Einführung des neuen Transportflugzeugs zu überbrücken, beteiligen sich einige europäische Luftwaffen am Projekt *Strategic Airlift Interim Solution* (SALIS), bei dem Antonow An-124-100-Flugzeuge gechartert werden.

Im Oktober 2001 nahm die Europäische Kommission den Vorschlag für *Single European Sky* an, um ein gemeinsames Luftverkehrsmanagement für die EU, Norwegen und die Schweiz zu schaffen. Damit wird der obere europäische Luftraum zusammengeführt, einheitlich organisiert und ohne Rücksicht auf nationale Grenzen nach Effizienzkriterien genutzt. Dabei wird die zivile in die militärische Luftraumbewirtschaftung integriert.

Um die Liberalisierung der Nutzung von Flughäfen und Luftfahrtdiensten noch weiter voranzutreiben, wurde am 9. Juni 2006 das Übereinkommen für eine *European Common Aviation Area* (ECAA) unterzeichnet.<sup>19)</sup>

Am 20. Juli 2001 wurde das Satellitenzentrum der EU (EUSC) mit Sitz in Torrejón im Rahmen einer „gemeinsamen Aktion“ eingerichtet, das Informationen liefert, die mit Hilfe von Satelliten gewonnen werden, um der Entscheidungsfindung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu dienen. Daneben ist das Zentrum auch mit der Ausbildung von Personal auf dem Gebiet der digitalen Satellitenauswertung und der Erstellung geografischer Informationssysteme betraut.<sup>20)</sup>

Am 27. Juni 2006 genehmigten die *Air Chiefs* von zehn europäischen Luftwaffen das *European Staff Requirement* für das *Advanced European Jet Pilot Training*-Programm, das ein multinationales integriertes Trainingssystem für europäische Düsenpilotenanwärter darstellt und ab Mitte des nächsten Jahrzehnts die derzeit bestehenden nationalen Ausbildungseinrichtungen und -programme auf diesem Sektor ablösen bzw. kostengünstig ergänzen soll.<sup>21)</sup> Dabei werden Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung von Militärflugplätzen in Europa, Simulatoren, Instruktoren, Ausbildungsinfrastruktur und -flugzeugen erwartet.

Die Fülle der angeführten Projekte zeigt, dass Kooperation in Europa unter supranationaler Führung möglich ist und erfolgreich verwirklicht werden kann. Eine gemeinsame europäische Luftwaffe müsste dabei unter ein einheitliches Kommando gestellt werden und sowohl innereuropäische (v.a. zur Gewährleistung der Lufthoheit und Kontrolle des europäischen Luftraums mit Schwergewicht an den EU-Außengrenzen), aber auch außereuropäische (Kontrolle des Luftraums, Lufttransport, Luftbetankung, Aufklärung und Überwachung bis zum Luft-Boden-Einsatz im Rahmen von *Effects-Based-Operations*) Aufgaben übernehmen.

Der derzeit gegebene, juristisch begründete unterschiedliche Umgang mit zu terroristischen Zwecken missbrauchten Zivilflugzeugen (diese werden als *Renegade* bezeichnet) ist nur eine der Hürden, die es dabei zu überwinden gilt.<sup>22)</sup> Die Übernahme von Aufgaben durch ein gemeinsames EU-Luftwaffenkommando bedeutet Aufgabe von Souveränität und nationalen Handlungsoptionen, bringt aber für den Einzelstaat auch eine breitere Qualität an Luftmacht. Davon können v.a. Kleinstaaten profitieren. Die gemeinsam realisierte europäische Sicherheit im Luftraum ermöglicht in weiterer Folge auch die Führung von bzw. Beteiligung an Einsätzen außerhalb Europas, um krisenhafte Entwicklungen, Flüchtlingsströme, Terror und organisierte Kriminalität soweit wie möglich von uns fern zu halten.

### Europäisches Burdensharing

Wir haben bereits weiter oben festgestellt, dass eine Arbeitsteilung unter den europäischen Nationen, z.B. nach mechanisierten Kampfverbänden, infanteristischen Kräften, Marineeinheiten, Spezialeinsatzkräften und Luftwaffenverbänden, nicht unbedingt wünschenswert scheint, da mittelfristig ein politisches und wirtschaftliches Ungleichgewicht zu erwarten ist und v.a. auch die Fähigkeit zu nationalen Assistenzleistungen für zivile Behörden verloren geht.

Die Verfügbarmachung ausreichender Mannstärken bleibt dabei ein grundsätzliches Problem der Durchhaltefähigkeit europäischer Streitkräfte, da die Zahl der Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht im Abnehmen begriffen ist und v.a. friedensunterstützende Operationen äußerst kräfteintensiv und meist lang andauernd sind.

Eine Verteilung von Aufgaben auf Luftstreitkräfte einzelner Staaten oder multinationaler Gruppierungen hingegen könnte entweder als Vorstufe zu einem einheitlichen Luftwaffenkommando, wie weiter oben angeführt, dienen oder aber ein solches ersetzen und das bestehende Potenzial effektiver nutzen bzw. - wo notwendig - gemeinsam (weiter)entwickeln. Dabei wären die bereits existie-



renden europäischen Kooperationsprojekte sinnvoll zu integrieren und die nach wie vor bestehenden Fähigkeitslücken im Sinne einer gerechten Lastenteilung zu beheben.

Die weiter oben zitierten wesentlichen Fähigkeiten von Luftstreitkräften könnten dabei als Richtschnur für eine zukünftige Aufgabenteilung dienen. Während die einen z.B. überzähliges oder veraltetes Gerät im Bereich Bodenangriff abbauen, um damit Ressourcen für notwendige Investitionen und Forschungsaufträge frei zu bekommen, übernehmen die anderen diese Aufgabe bei laufenden Einsätzen außerhalb Europas. Damit ein Staat sein bestehendes Know-how im Bereich Luftbetankung und Lufttransport weiter entwickeln kann, übernehmen andere die Überwachung seines Luftraums und stellen ihm benötigte Aufklärungsergebnisse zur Verfügung.

Schon heute übernimmt die NATO erfolgreich die aktive Komponente der Luftraumüberwachung mit Kampfflugzeugen über dem slowenischen und baltischen Luftraum, da die dortigen Luftstreitkräfte über keine geeigneten Kampfflugzeuge verfügen.<sup>23)</sup>

Allen Maßnahmen gemeinsam ist dabei die Notwendigkeit zur Verbesserung der industriellen, logistischen, strukturellen und ausbildungsmäßigen Zusammenarbeit, um wirkungsvolle interoperable Komponenten zu schaffen und die geforderten Fähigkeiten rechtzeitig zu erreichen bzw. bestehende zu stärken. Die Schaffung der *European Defence Agency* (EDA) soll diesen Prozess unterstützen, wiewohl die bereitgestellten Mittel für die Verteidigung ebenfalls aufgestockt und effektiver genutzt werden müssen.<sup>24)</sup>

Auch das österreichische Militärstrategische Konzept stellt folgerichtig fest, dass kein Land mehr in der Lage ist, die komplexen Probleme im Alleingang zu lösen, womit der Weiterentwicklung der ESVP bzw. einer Beistandsgarantie zwischen

EU-Mitgliedsstaaten hohe Bedeutung zukommt. Der Beitrag des Österreichischen Bundesheers zu einer sich gegebenenfalls entwickelnden gemeinsamen europäischen Verteidigung umfasst neben der unmittelbaren Verfügbarkeit vorhandener Fähigkeiten auch den Erhalt einer langfristigen Rekonstruktionsfähigkeit im europäischen Kontext.<sup>25)</sup>

### Weiterbestehen national geführter Luftwaffen

Als letzte Variante scheint die Aufrechterhaltung des Status quo denkbar, wobei die eingeleiteten Kooperationsprojekte zum Nutzen aller Beteiligten in jedem Fall fortzuführen bzw. zu vertiefen wären. Dieses Szenario ist v.a. dann wahrscheinlich, wenn völkerrechtliche Hürden, staats- und wirtschaftspolitische Interessen von Einzelstaaten und gegenseitiges Misstrauen nicht überwunden werden können.

V.a. für neutrale Staaten scheint eine gesamteuropäische Luftwaffe derzeit schwer realisierbar, und die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität erfordert Investitionen im Rüstungsbereich, die, soweit die Neutralität glaubwürdig gewährleistet werden soll, weit über die Erfüllung von Nischenfähigkeiten hinausgehen müssen.

Kleinststaaten können heute meist keine eigenständige, tragfähige Rüstungsindustrie im Luftfahrtsektor mehr aufrechterhalten und stehen damit automatisch in einem Abhängigkeitsverhältnis zu anderen Staaten und deren Rüstungsagenturen, womit sie im Notfall nicht immer auf gesicherte (Ersatzteil-)Lieferungen bauen können. Es wäre daher jedenfalls anzustreben, planbare Abrufverträge im multinationalen (europäischen) Rahmen abzuschließen und nur an Operationen im Verbund mit anderen Staaten, die vergleichbare Systeme betreiben, teilzunehmen.

Die Option national geführter Luftwaffen in Europa würde zwar den Vorsprung nordamerikanischer Luftmacht mit großer Wahrscheinlichkeit weiter aufrechterhalten und die Duplizierung von Strukturen und Kapazitäten in Europa fortschreiben, aber natürlich auch den nationalen Interessen und der regionalen politischen Einflussnahme mehr Spielraum belassen. Auf Grund der gegebenen Ressourcenlage ist jedoch zu erwarten, dass in diesem Fall Fähigkeitslücken bei fast allen europäischen Luftstreitkräften bestehen bleiben bzw. noch vergrößert werden und v.a. Kleinststaaten völlig den Anschluss verlieren.

## Erfolgsaussichten und Auswirkungen auf Österreich

Der Erfolg neuer Initiativen ist in gewisser Weise von den Kriterien abhängig, an denen er gemessen werden soll. Daher wurde mit dieser Ausarbeitung auch versucht, in die weitere Zukunft zu blicken, den Weg dorthin zu skizzieren und unrealistische, kurzfristige Ansätze zu vermeiden.

Ein abgestufter Prozess, der über die verbesserte Nutzung vorhandener personeller, materieller, struktureller, wissenschaftlicher und finanzieller Ressourcen zu einem arbeitsteiligen Lösungsansatz führt, könnte den Weg ebnen für ein zukünftiges Modell, das unter einheitlicher Planung und Führung das gesamteuropäische Aufgabenspektrum von Luftmacht abdeckt.

Daraus ergibt sich für die österreichischen Luftstreitkräfte das Erfordernis, bis zur Realisierung einer gemeinsamen Aufgabenerfüllung eigenständig die Wahrung der Lufthoheit in der Qualität Luftraumüberwachung und Luftraumsicherung zu gewährleisten, sicherheitspolizeiliche Assistenzsätze z.B. im Rahmen der Grenzraumüberwachung oder beim Eventschutz sicherzustellen, an friedensunterstützenden und humanitären sowie Evakuierungseinsätzen im Ausland mitzuwirken und die Fähigkeit zu erhalten,

Europäische Kooperationsformen im Bereich der Luftmacht	
PROJEKTE	AUFGABEN/ZIELE
<b>NATO Airborne Early Warning and Control Organisation</b> (Jänner 1980).	- Beschaffung von Airborne Early Warning and Control System (AWACS) Flugzeugen. - Gemischte Besatzungen aus zwölf Nationen betreiben fliegende Radar- und Kommandoflugzeuge
<b>European Union Satellite Centre (EUSC)</b> mit Sitz in Torrejón wird eingerichtet (20. Juli 2001).	- liefert Informationen, um der Entscheidungsfindung im Rahmen der GASP zu dienen - digitale Satellitenauswertung und Erstellung geografischer Informationssysteme
Europäische Kommission nimmt Vorschlag für <b>Single European Sky</b> an (Oktober 2001).	- gemeinsames Luftverkehrsmanagement für die EU, Norwegen und Schweiz - Zivile Luftraumbewirtschaftung wird mit der militärischen integriert
<b>Memorandum of Understanding (MoU)</b> für den European Participating Air Forces' Expeditionary Air Wing (EPAF EAW) durch Belgien, Dänemark, Niederlande, Norwegen und Portugal unterzeichnet (28. Juni 2004).	- Zusammenarbeit der europäischen F-16-Kampfflugzeugbetriebernationen - Synergien bei der Entsendung internationaler Kontingente
European Airlift Coordination Cell (EACC) wird in das <b>European Airlift Centre (EAC)</b> übergeführt (5. Juli 2004).	- Koordinierung von Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten der Luftwaffen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Niederlande und Spaniens
Übereinkommen für eine <b>European Common Aviation Area (ECAA)</b> unterzeichnet (9. Juni 2006).	- Liberalisierung der Nutzung von Flughäfen und Luftfahrtendiensten weiter vorantreiben
Air Chiefs von zehn europäischen Luftwaffen genehmigen das European Staff Requirement für das <b>Advanced European Jet Pilot Training Program</b> (27. Juni 2006).	- multinationales integriertes Trainingssystem für europäische Düsenpilotenanwärter - nationale Ausbildungseinrichtungen auf diesem Sektor sollen abgelöst bzw. kostengünstig ergänzt werden - Synergieeffekte durch gemeinsame Nutzung von Militärflugzeugen in Europa, Simulatoren, Instrukturen, Ausbildungsinfrastruktur und -flugzeugen

Quelle: Autor; Entwurf/Gestaltung: Redaktion ÖMZ/Peter Lutz

Katastrophenhilfe im Inland zu leisten.<sup>26)</sup> Damit bestehen auch gute Voraussetzungen, in einem nächsten Schritt eine arbeitsteilige Aufgabenstellung im europäischen Verbund zu übernehmen.

Auf Grund des engen neutralitätspolitischen und finanziellen Rahmens werden die österreichischen Luftstreitkräfte zurzeit im Wesentlichen auf *Defensive Counter Air*-Operationen und taktischen Lufttransport beschränkt. Daneben gibt es eine begrenzte Fähigkeit zum operativen Lufttransport, zur taktischen Aufklärung und Überwachung.

Wenngleich die Luftstreitkräfte damit in der Lage sind, in einigen Bereichen wertvolle Leistungen zu erbringen, schränkt dieses eng definierte Leistungsprofil die Handlungsoptionen der österreichischen Politik ein. Werden die Möglichkeiten und die Flexibilität, die Luftmacht bietet, erkannt, könnte mittelfristig durch kosteneffektive und pragmatische Lösungsansätze der sicherheitspolitische und militärische Handlungsspielraum wesentlich erweitert werden. Im Sinne einer strategischen Öffnung könnten die österreichischen Luftstreitkräfte ihre Leistungen in die europäische Sicherheitsarchitektur einbringen und dadurch den Einfluss und die Position Österreichs insgesamt stärken.

Die aktive Teilnahme und das Interesse an europäischen Rüstungs-, Forschungs- und Kooperationsprojekten sowie an der ESVP und die Fähigkeit zur konzeptionellen und technologischen Interoperabilität sollen dabei Österreich den Spannungsbogen zwischen Autonomie und Kooperation offen halten und ein Maximum an Entscheidungs- und Handlungsspielraum für zukünftige Entwicklungen garantieren.

## Fazit

Mit diesem Beitrag wurde die Bedeutung der Luftwaffe bzw. die Notwendigkeit von Luftmacht im gegenwärtigen sicherheitspolitischen Kontext in Europa dargestellt und darauf aufbauend Zukunftsszenarien ihrer möglichen oder aus heutiger Sicht wahrscheinlichen Entwicklung erarbeitet. Die mit diesen denkbaren Varianten verbundenen Auswirkungen wurden dann in Hinblick auf ihre Relevanz für Österreich bewertet.

Der Einsatz von Luftstreitkräften ist eine äußerst komplexe Form der militärischen Kraftanwendung, und für einen neutralen Kleinstaat wie Österreich mit einem relativ kleinen Territorium sind die Optionen sowohl auf politischer wie auch operativer, finanzieller und technologischer Ebene stark beschränkt. Dennoch gibt es Wachstums- und Wirkungspotenzial für die österreichischen Luftstreitkräfte. Diese gilt es auszuschöpfen, will man als zuverlässiger Partner beim Schaffen und Aufrechterhalten von internationaler Sicherheit wahrgenommen werden.

Luftmacht ist und bleibt das Mittel der politischen Wahl in den Einsätzen seit dem Ende des Kalten Krieges vor rund fünfzehn Jahren. Österreich sollte sich diesem allgemeinen Trend nicht verschließen und den potenziell mächtigsten Teil des Instrumentariums seiner Sicherheitspolitik umsichtig und an das heutige strategische Umfeld angepasst weiter entwickeln. Die hier begonnene Argumentation sollte laufend weitergeführt, qualitativ verbessert und an das sich ständig ändernde sicherheitspolitische Lagebild angepasst werden. Sie kann damit eine in der Organisation der Streitkräfte abgestützte Grundlage für die Entwicklung der Luftstreitkräfte in den nächsten Jahrzehnten bilden.<sup>27)</sup>

Mit Hilfe zukunftsorientierter, realistischer Lösungsansätze und im vollen Bewusstsein der eigenen Grenzen können die österreichischen Luftstreitkräfte wesentlich zur nationalen, aber auch internationalen Sicherheitsarchitektur beitragen. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Christian F. Anrig: Luftmacht im Wandel: Optionen für die Schweiz. In: Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, S.45.
- 2) Vgl. Christian F. Anrig: Die Königlich Niederländische Luftwaffe. In: Air Power Revue der Schweizer Armee Nr. 3, Beilage zur ASMZ 12/2004, S.32.
- 3) Vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12. Dezember 2003.
- 4) Vgl. Präsidenschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007, Die Bundesregierung, 29. November 2006, S.23.
- 5) Vgl. Anrig, Luftmacht im Wandel, a.a.O., S.49-50.
- 6) Michael P. Noonan: The Military Lessons of Operation Iraqi Freedom, 1. Mai 2003, <http://www.fpri.org/enotes/20030501.military.noonan.militarylessonsiraqifreedom.html>.
- 7) Operation Enduring Freedom: Afghanistan, <http://www.globalsecurity.org/military/ops/enduring-freedom.htm>.
- 8) Vgl. Anrig, Luftmacht im Wandel, a.a.O., S.56-57.
- 9) Vgl. United States Air Force, Air Force Basic Doctrine, S.21.
- 10) Royal Air Force, British Air Power Doctrine AP 3000, 3. Auflage, London, The Stationary Office, 1999, Joint Force Employment 2.
- 11) Vgl. EURAC Air Power Paper 2005, final draft, 28. Juli 2005.
- 12) Vgl. Präsidenschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007, a.a.O., S.22.
- 13) Vgl. James Appathurai: Beseitigung der Kluft im Bereich der Fähigkeiten. In: Fähigkeiten, Fähigkeiten, Fähigkeiten, NATO Brief, Herbst 2002, [http://www.nato.int/docu/review/2002/issue3/german/main\\_pr.html](http://www.nato.int/docu/review/2002/issue3/german/main_pr.html).
- 14) Vgl. Rainer Schuwirth: Das Planziel von Helsinki. In: Fähigkeiten, Fähigkeiten, Fähigkeiten, NATO Brief, Herbst 2002, [http://www.nato.int/docu/review/2002/issue3/german/main\\_pr.html](http://www.nato.int/docu/review/2002/issue3/german/main_pr.html).
- 15) Vgl. NATO Airborne Early Warning & Control Force, E-3A Component, <http://www.e3a.nato.int/html/history.htm>.
- 16) Vgl. Anrig, Luftmacht im Wandel, a.a.O., S.63-64.
- 17) Vgl. Press Releases, Pratt & Whitney Celebrates 25th Anniversary of F-16 Falcon European Participating Air Forces Program, [http://www.csd.com/pr\\_100704.asp](http://www.csd.com/pr_100704.asp).
- 18) Vgl. Wikipedia, Airbus A400M, [http://de.wikipedia.org/wiki/Airbus\\_A400M](http://de.wikipedia.org/wiki/Airbus_A400M).
- 19) Vgl. Wikipedia, Single European Sky, [http://en.wikipedia.org/wiki/Single\\_European\\_Sky](http://en.wikipedia.org/wiki/Single_European_Sky).
- 20) Vgl. Wikipedia, Satellitenzentrum der Europäischen Union, [http://de.wikipedia.org/wiki/Satellitenzentrum\\_der\\_Europäischen\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Satellitenzentrum_der_Europäischen_Union).
- 21) Advanced European Jet Pilot Training (AEJPT), European Staff Requirement for an Integrated Training System, Torrejón, 27. Juni 2006.
- 22) Vgl. Das Bundesverfassungsgericht, Entscheidungen, Verfassungsbeschwerde gegen § 14 Abs. 3 des Luftsicherheitsgesetzes (LuftSiG) vom 11. Januar 2005, Urteil vom 15. Februar 2006, [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060215\\_1bvr035705.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060215_1bvr035705.html).
- 23) Vgl. Politikforum, 7 Neue NATO Mitglieder!, <http://www.politikforum.de/forum/showthread.php?t=55073>; sowie: Belgien übernimmt Luftraumüberwachung über den baltischen Staaten, 24. November 2006, <http://www.br.f.be/nachrichten/shownachricht?id=51100>. Schmitz, Colla, NATO Air Policing, Y. Magazin der Bundeswehr, [http://www.y-punkt.de/sixcms/detail.php?template=themen\\_artikel\\_archiv&rubrik=Streitkraefte&id=2466358](http://www.y-punkt.de/sixcms/detail.php?template=themen_artikel_archiv&rubrik=Streitkraefte&id=2466358).
- 24) Vgl. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, a.a.O., S.12.
- 25) Vgl. Management ÖBH 2010, Militärstrategisches Konzept des Österreichischen Bundesheeres, Wien, April 2006, S.40.
- 26) Vgl. Management ÖBH 2010, Militärstrategisches Konzept des Österreichischen Bundesheeres, a.a.O., S.38-39.
- 27) Vgl. Michael Grünenfelder: Weiterentwicklung der Luftwaffe bis 2015 - eine Strategie, Air Power Revue der Luftwaffe Nr. 1, Beilage zur ASMZ 10/2003, S.28.

## Mag. Wolfgang Luttenberger, MSS

Geb. 1965; Oberst des Generalstabsdienstes; 1984-1987 Theresianische Militärakademie Wr. Neustadt und Fliegerschule Zeltweg, danach Staffellokommandantstellvertreter und Hubschrauberpilot; 1990 Fluglehrer, anschließend Verwendungen als S1, S2, S3, S5 im Hubschraubergeschwader 1; 1994-1997 14. Generalstabslehrgang; 1997 G2 Kommando Fliegerdivision; 1997-2000 G4 KdoFIDiv; 2000 Leiter Planungsabteilung Kommando Internationale Einsätze; 2000-2001 Referatsleiter Luftabteilung/Bundesministerium für Landesverteidigung und U.S. Air War College in Montgomery/Alabama; 2001-2002 G3&Stv Leiter Führungsstab KdoFIDiv; 2002-2006 G3&Stv Chef des Stabes Kommando Luftstreitkräfte; derzeit stellvertretender Leiter Militärluftfahrtbüro im BMLV.

# Streitkräfte in der Postmoderne

Edwin R. Micewski/Barbara Schörner

Die Postmoderne ist historisch-genealogisch betrachtet ein hochkomplexes Phänomen, das die Philosophie, die Wissenschaften, aber auch Kunst und Kultur bis heute herausfordert und in einen höchst kontroversiellen Diskurs verstrickt. In politisch-sozialer Hinsicht verkörpert die Postmoderne eine Metapher für die gesellschaftlichen Veränderungen v.a. der vergangenen zwei bis drei Jahrzehnte, die zwar in den Denktraditionen und Erfahrungen der Moderne<sup>1)</sup> und den ökonomischen und sozialen Veränderungen des Nachkriegskapitalismus wurzeln, aber erst in den kulturellen Umbrüchen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nachhaltig zutage getreten sind. So wie die Moderne ist auch die Postmoderne ein Phänomen der westlichen Welt mit nachhaltigen Auswirkungen auf die nationalen und internationalen Beziehungen in kultureller und politischer Hinsicht.



Prägend erweisen sich heute individueller Egoismus und Werterelativismus. Urteile und Überzeugungen des Einzelnen, die in sich keinen essenziellen moralischen Gehalt haben, verstärken die atomisierende Tendenz der postmodernen Gesellschaft, die sich auch in der Politik fortsetzt.

Zentraler Ausgangspunkt der zeitgenössischen philosophischen Debatte um die Postmoderne bildet Lyotards Studie „La condition postmoderne“, in der er die Moderne als eine technische Zivilisation kritisiert, die zunächst vom Vorrang der Technik und dann, in der postindustriellen Gesellschaft, vom Wissen beherrscht war.<sup>2)</sup> Für ihn ist die Postmoderne die Wendung zu einem Verständnis, das alle sozialen und politischen Legitimationsentwürfe der Moderne zurückweist und die Neubestimmung eines nicht mehr im Konsens fundierbaren Wahrheits- und Gerechtigkeitsbegriffs fordert.

Daran anknüpfend reichen Hypothesen zur Deutung der Postmoderne von der Auffassung, sie sei ein bloßes Sentiment, ein Lebensgefühl spiritueller wie sozialer Art, bis hin zu der Überzeugung, dass es sich bei der Postmoderne um eine deutlich erkennbare und auch messbare Strömung handle, die sich als gesamtgesellschaftliches Phänomen niederschlage. Was alle Deutungsversuche jedoch verbindet, ist der Gedanke, dass die Postmoderne das neue Selbst- und

Werteverständnis des Menschen umschreibt, wie es nach der Epoche und Vorherrschaft der Moderne hervorgetreten ist.

Das Zeitgefühl der Postmoderne hat inzwischen auch das Militär erfasst. Vom postmodernen Krieg wird ebenso gesprochen wie von postmodernen Streitkräften. Was darunter verstanden wird, kreist um dieselben Kategorien, die für die gesellschaftliche Lebenswelt zutreffen: auch der Welt, die sich um Krieg und Frieden dreht, sind die „ontologischen Sicherheiten“<sup>3)</sup> von klar umrissenen Interessenlagen und strukturellen Gegebenheiten abhandeln gekommen. Als Terminus technicus wird der Begriff „postmodern“ in der angelsächsischen Militärsoziologie als Chiffre für die Streitkräfteentwicklung seit Ende des Kalten Krieges verwendet,<sup>4)</sup> vermag aber die Fülle der Implikationen, die aus der postmodernen Verfasstheit der westlichen Gesellschaften für Streitkräfte resultieren, nicht ausreichend zu erfassen.

Dieser Beitrag setzt sich daher zum Ziel, das Konzept der Postmoderne in seinem philosophisch-wissenschaftlichen Gehalt zu umreißen und eine Charakteristik des aktuellen Zustandes postmoderner Gesellschaften zu deduzieren, um in weiterer Folge sowohl Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen als auch Wirkungen auf und Interdependenzen für staatliche Gewaltinstrumente aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang werden auch die tief greifenden sicherheits- und gesellschaftspolitischen Veränderungen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die militärische Lebenswelt und das soldatische Selbstverständnis beleuchtet sowie Rückschlüsse für die allgemeine Streitkräfteentwicklung und das Österreichische Bundesheer angestellt.

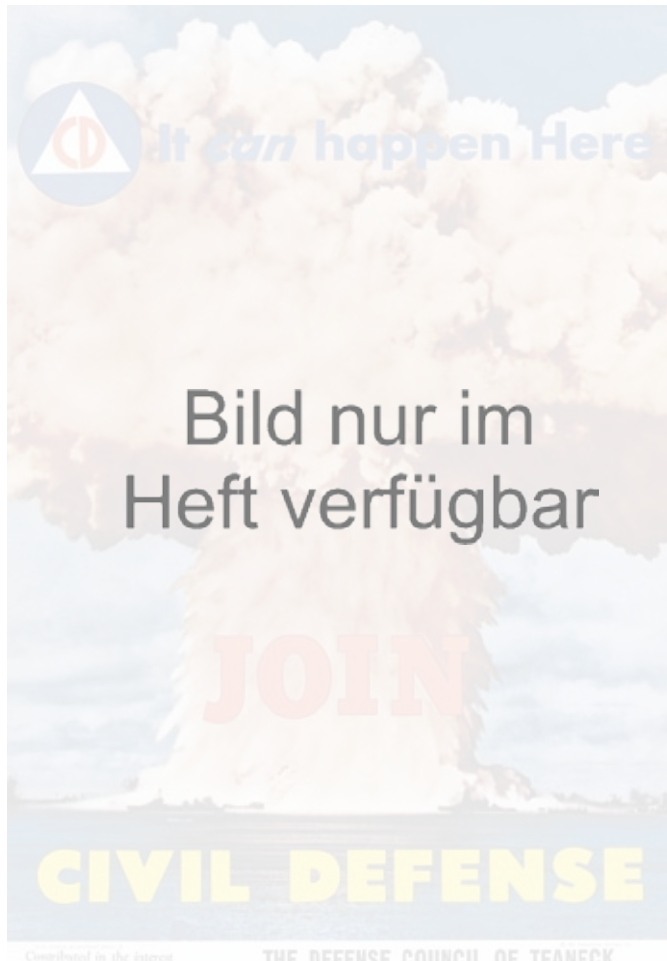
## Zum philosophischen Verständnis der Postmoderne

Für die führenden französischen Theoretiker der Postmoderne war es die Erwartungsenttäuschung des modernen Denkens mit der Nichterfüllung seines Welterklärungsanspruches, die zum Übergang von der Moderne zur Postmoderne führte. Im weiteren Verlauf des philosophischen Diskurses wurde die Auffassung vorherrschend, dass Postmodernität jene geistige Strömung sei, die die Zeitgemäßheit des Denkens der Moderne - beruhend auf der Autonomie des denkenden Subjekts und der Infragestellung der Metaphysik - anzweifelt.<sup>5)</sup>

Die Postmoderne präsentiert sich demnach als Versuch, eine neue Synthese von Rationalismus und Irrationalismus zu finden und die gesamten geistigen Vermögen und Wissensformen des Menschen - die über analytische Vernunft und rein rationale Kompetenz hinausgehen - wieder in den Blick zu nehmen. In diesem Sinne unternehmen etwa Foucault, Lyotard und Derrida den Versuch, die Moderne als Ideologie zu entlarven. Besonders deutlich wird der Unterschied zur Moderne am Beispiel von Derridas Methodik der Dekonstruktion, die darauf abzielt, die traditionellen Gegensätze von These und Antithese, von Sein und Seiendem, von Geist und Natur zu unterlaufen, sie allerdings nicht mehr im Sinne einer dialektischen Überhöhung - wie noch in der Moderne bei Hegel - in einer Synthese gleichsam „aufzuheben“, sondern vielmehr eine Vielzahl weiterer Perspektiven zu enthüllen.<sup>6)</sup> Die intellektuelle Offensive postmoderner Denker brachte somit den Mythos der Moderne mit seinem Glauben an grenzenlosen Fortschritt und universelle Vernunft ins Wanken. Bewährte Muster von Wert- und Handlungsorientierungen, die die Moderne und Spätmoderne



offerierten - etwa Kants Kategorischer Imperativ oder auch der Universalanspruch demokratischer Diskurs- und Lebensnormen -, begannen vor der Fülle postmoderner Erkenntniszugänge und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zu kapitulieren. Postmodernität scheint jede Hermeneutik eines universalen Sinnes zurückzuweisen und sich zu weigern, die Wirklichkeit auf einen Nenner zu bringen.<sup>7)</sup>



Die von Bipolarismus geprägte Zeit des Kalten Krieges brachte einen neuen Streitkräftetypus hervor. Diese spätmodernen Streitkräfte waren v.a. durch die nukleare Abschreckungspolitik der Großmächte charakterisiert.

Über diese erkenntnistheoretischen Zusammenhänge hinaus bringt Barzun die philosophische und spirituelle Krise unserer Zeit und die polymorphe Realität der postmodernen Welt in den kulturphilosophischen Zusammenhang von Dekadenz. In seinem Werk über die fünfhundertjährige Geschichte westlicher Kultur - und über die etymologische Bedeutung von Dekadenz als Niedergang und Entartung und des ihr inhärenten Mangels an Zweckorientierung und Zielgerichtetheit hinaus - stellt er fest: „[Decadence] implies ... no loss of energy or talent or moral sense. On the contrary, it is a very active time. Full of deep concerns, but perfectly restless, for it sees no clear line of advance. Institutions function painfully. Repetition and frustration are the intolerable result. Boredom and fatigue are great historical forces.“<sup>8)</sup> Empirische Befunde über den heutigen Zustand der westlichen Gesellschaft scheinen Barzun zu bestätigen: Die postmoderne Gesellschaft zelebriert Verschiedenheit und Relativismus und zerfällt in multiple Lebensformen und nicht zuletzt unterschiedliche Diskurse, von denen viele sogar ihre eigene Ontologie und soziale wie politische Pragmatik beanspruchen.

Die Unabgeschlossenheit und Orientierungslosigkeit der Postmoderne offeriert jedoch nicht nur Chaos, Vielfalt, Verschiedenheit und Relativität, sondern eröffnet auch Anspruch auf Letztbegründung und die Idee eines universalen Sinnes. Was die Postmoderne jedoch essenziell von der Moderne unterscheidet, ist die Annahme, dass ein allfälliger Letztbegründungsanspruch logisch-wissenschaftlich nicht leistbar ist und dass es sozusagen in der Totalität unseres Seins ein Undarstellbares gibt, auf das nur hingedeutet werden kann. Postmoderne beansprucht daher nicht mehr - wie es noch die Moderne tat -, das Unsagbare formulieren zu können; vielmehr gesteht sie sich ein, dass sie die finale Erfassung von Erkenntniszugängen vorvernünftigen oder transrationalen Modi des Erkennens überlassen muss.

Die postmoderne Grundeinstellung ist daher mit dem Verzicht auf Erkenntnis im Sinne einer lückenlosen und unzweifelhaften Wirklichkeitserfassung verbunden. Wenn auch keine einzige Errungenschaft der Moderne aufgegeben werden muss, so gilt es doch, deren Anthropozentrik und die Anmaßung der mechanisch-instrumentellen Vernunft zu überwinden.

### Postmoderne Manifestationen in Gesellschaft und Streitkräften

Postmoderne dokumentiert sich in der westlichen Welt in den Spielformen von Differenz und Deregulierung. Da keine sozialen Tatbestände *sui generis* (Durkheim), keine unabdingbaren normativen Muster und Wertsysteme (Parsons) und keine kommunikativ erarbeitete Moral (Habermas) mehr anerkannt werden, ist „im Idealfall in der pluralen und pluralistischen Welt der Postmoderne jede Lebensform prinzipiell erlaubt, oder; besser gesagt, es sind keinerlei allgemeine Prinzipien evident ..., die irgendeine Lebensform unzulässig machen würden.“<sup>9)</sup>

Mit dem Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ wird die Postmoderne als Übergang von einer Waren produzierenden zu einer Informations- und Wissensgesellschaft umschrieben<sup>10)</sup> und auf die zunehmende Auffächerung und Vielgestaltigkeit soziokultureller Lebensbereiche erweitert. Dieser Zustandsbeschreibung der westlichen Gesellschaft wird aus sozialphilosophischer Sicht der Begriff des „Unsettlement“, der Entwurzelung, hinzugefügt,<sup>11)</sup> der auf den individuellen Egoismus und Werterelativismus sowie den Mangel an Zweckorientierung und Zielgerichtetheit hinweist. Diese atomisierende Tendenz der postmodernen Gesellschaft wird durch den Gedanken des Emotivismus ergänzt, der das Dilemma bezeichnet, das die Wertevielfalt und der Relativismus der Anschauungen erzeugt: Die Urteile und Überzeugungen der Einzelnen werden zum bloßen Ausdruck persönlicher Gefühle und Präferenzen, die in sich keinen essenziellen moralischen Gehalt mehr aufweisen.<sup>12)</sup> Was immer einer denkt und wofür er auch eintreten mag, es ist von gleicher Gültigkeit, eben gleich-gültig. Diese Relativität individueller Überzeugungen und Werthaltungen übersetzt sich auch ins Politische, wobei in einer sich globalisierenden Welt dabei ein besonders enger Zusammenhang zwischen den Prozessen innerhalb der postmodernen westlichen Gesellschaften und ihren Außenbeziehungen besteht.

In der Sicherheitspolitik scheint es nach den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges mit seinen eindeutigen Trennlinien in der Welt-politik, klar umrissenen Interessenlagen und kaum existierenden Zweifeln hinsichtlich politischer Ziele und Strategien von Staaten und Allianzen, keine nachhaltige Ordnungsstruktur mehr zu geben. Phänomene wie Entstaatlichung, Denationalisierung und Retheologisierung der Politik verursachen fundamentalistische Erschütte-



rungen,<sup>13)</sup> die sowohl die internationalen Beziehungen dominieren als auch tief in die Gesellschaften hineinwirken und Unsicherheit und Angst verbreiten. Asymmetrische Konfliktszenarien dominieren das sicherheitspolitische Umfeld, in denen nichtstaatliche Kräfte ihre politischen Zielsetzungen mit Formen von Gewalt durchzusetzen trachten, die weder die traditionellen Limitierungen von Krieg und bewaffnetem Konflikt in Zeit und Raum beachten, noch sich sittlich-moralische - also eigentlich humane - oder gar rechtliche Schranken auferlegen.<sup>14)</sup> Ungeachtet dieser Herausforderungen führen die grundsätzlich institutionskritischen kulturellen Werteververschiebungen in der Postmoderne zu einer zunehmenden Entwertung des Militärs mit seinem im Kern zeitlosen Ethos.

Das kommende Zeitalter im Spannungsfeld zwischen technologischem Fortschritt und Globalisierung sowie Wettbewerb und Fragmentierung lässt jedoch nicht erwarten, dass menschliche und politische Koexistenz ohne politische Ordnungsstrukturen und deren Instrumentarien auskommen werden. Auch die postmoderne Gesellschaft wird nicht umhin können, sich mit der Existenz, den Aufgaben, v.a. aber den Legitimierungsansprüchen dieser Instrumentarien auseinanderzusetzen.

Bedingt durch den sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel befinden sich die Streitkräfte nicht nur der westlichen Gesellschaften in einer Umbruchphase von modernen zu postmodernen militärischen Organisationen. War der zwischen dem Westfälischen Frieden und dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Zeitalter des Nationalismus vorherrschende moderne Typ von Streitkräften<sup>15)</sup> geprägt von der Landesverteidigung und der Bewältigung klassischer militärischer Konflikte, so entstand in der von Bipolarismus geprägten Zeit des Kalten Krieges ein neuer Streitkräftetypus. Diese als spätmoderne Streitkräfte bezeichnete Variante war charakterisiert durch die nukleare Abschreckungspolitik der Großmächte und militärisch asymmetrische Abhaltestrategien von Kleinstaat und Neutralen. In diesem Zusammenhang wurde eine „Dekonstruktion des Militärischen“<sup>16)</sup> konstatiert, die durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, die gesellschaftspolitischen Veränderungen der Nachkriegszeit und die technologische Entwicklung von Massenvernichtungswaffen hervorgerufen worden war.

Durch die Veränderungen der Weltlage nach 1990 in Form von Globalisierung, Transnationalisierung und Internationalisierung - zusammengefasst unter dem Begriff Mondialisierung<sup>17)</sup> - verschob sich das Aufgabenspektrum insoweit, als nunmehr Streitkräfte eine zentrale Funktion in politischen Konfliktsituationen außerhalb des eigenen Landes innehaben.<sup>18)</sup> Der Fokus liegt deshalb nicht mehr auf traditioneller Landesverteidigung, sondern auf präventiver Sicherheitspolitik, weswegen vom postmodernen Militär bzw. von Deeskalations-Streitkräften gesprochen wird. Im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs werden Friedens- und humanitäre Missionen sowie die präventive und akute Deeskalation von Konflikten immer wichtiger, wodurch militärische Einsätze zunehmend durch Internationalisierung, Interoperabilität, Komplexität und Flexibilität charakterisiert sind.

V.a. die amerikanische und westeuropäische Militärsoziologie hat sich bemüht, Erkennungsmerkmale für postmoderne Streitkräfte festzulegen. Die Metapher der postmodernen Streitkräfte wurde dabei in Anlehnung an das Prinzip des „Developmental Construct“<sup>19)</sup> von Lasswell auf Basis der Beobachtung der Streitkräfteentwick-

lung seit Ende des Kalten Krieges entworfen. So wie das moderne und spätmoderne Paradigma beruht es auf empirischer Bewertung eingetretener Entwicklungen und fungiert quasi als idealtypischer Referenzmaßstab zur Beurteilung vergangener wie zukünftiger Trends und Entwicklungen.

Während der moderne Streitkräftetypus untrennbar mit der Entstehung des Nationalstaates verbunden ist und die spätmoderne Streitkräfteorganisation sich mit Dekonstruktionstendenzen konfrontiert sah, sind es v.a. fünf organisatorische Veränderungen, die postmoderne Streitkräfte charakterisieren:

1. verstärkte wechselseitige Durchdringung von zivilen und militärischen Bereichen, sowohl strukturell als auch kulturell;
2. Verringerung der hierarchischen Differenzierungen innerhalb der Streitkräfte sowohl hinsichtlich Waffengattungen, Dienststrang als auch der Unterscheidung zwischen Kampf- und Unterstützungsgruppen;
3. Wechsel in der primären Aufgaben- und Zweckorientierung von klassischer Kriegführung zu nichttraditionellen Missionen;
4. Internationalisierung von Streitkräften;
5. Autorisierung und Legitimierung von internationalen Streitkräfteeinsätzen durch Entitäten jenseits des Nationalstaates.<sup>20)</sup>



Politische Entscheidungen werden von der heutigen Gesellschaft grundsätzlich kritisch hinterfragt. Daher müssen auch militärische Einsätze in postmodernen Demokratien von ihrer Bevölkerung gutgeheißen werden, um langfristig erfolgreich umgesetzt werden zu können.

Wenn auch keine Streitkräfteorganisation in einer der genannten idealtypischen Formen auftritt, so erlauben diese Paradigmen als normative Prototypen doch, eine Standortbestimmung und vergleichende Analyse von Streitkräften in systematischer Hinsicht vorzunehmen.

Auch in der postmodern verfassten Gesellschaft ereignet sich Sicherheitspolitik normativ im dreidimensionalen Kontext von Staat-Politik-Militär, wobei der Stellenwert, den Sicherheit und Streitkräfte einnehmen, nach wie vor von jenen Parametern determiniert wird, die unter dem Begriff des funktionalen und mentalen Imperativs subsumiert werden können.<sup>21)</sup>

Der funktionale Imperativ - die Sachebene -, der sich auf die sicherheitspolitischen Umfeldbedingungen mit seinen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Beziehungsfeldern erstreckt, hat drastische, geradezu paradigmatische Veränderungen erfahren. An die Stelle klassisch-militärischer Bedrohungen sind

zunehmend subkonventionelle bzw. asymmetrische Konfliktformen getreten, die traditionelle sicherheits- und verteidigungspolitische Konzepte in Frage stellen.<sup>22)</sup> Der Wegfall der klassischen Bedrohung, ein Zustand gleichsam äußerer Feindlosigkeit, birgt zugleich tief greifende Veränderungen für das Verständnis von Streitkräften. In einem „feindlosen Staat“<sup>23)</sup> brechen die Widersprüche zwischen Militär und Demokratie besonders hervor, sodass es zu einer Neuordnung des Verhältnisses kommen muss; ein Aspekt, den bereits Weber betont hatte: „Wenn der Staat das intime Verhältnis zur Gewalt verliert, dann muss sich das Politische neu öffnen.“<sup>24)</sup>

Der gesellschaftliche Imperativ - die Sinnebene - umfasst alle sozialen, politischen und kulturellen Faktoren, die auf das Verhältnis von Streitkräften und Gesellschaft und auf die Haltung von Politik und Öffentlichkeit zu Fragen von Sicherheit und Verteidigung einwirken. Im vorwiegend innergesellschaftlichen Kontext bringen sozialpolitische und soziokulturelle Faktoren die Streitkräfte unter Veränderungsdruck.

Abgesehen vom historischen Kontext sind es die subjektiven Bedrohungswahrnehmungen und die Werthaltungen in der Gesellschaft, die das zivil-militärische Verhältnis maßgeblich determinieren. Dieser sozial-gesellschaftliche Zusammenhang beeinflusst das Ansehen und die Akzeptanz der Streitkräfte in demokratischen Gesellschaften und fordert das Militär als sich zu legitimierende staatliche Institution heraus.

Als Folge des steigenden Bildungs- und Informationsniveaus sowie des kritischen Bewusstseins in der vielschichtigen und differenzierten postmodernen Gesellschaft entsteht ein entsprechender erhöhter Informations- und Kommunikationsbedarf. Dieses mit kognitiver Mobilisierung<sup>25)</sup> bezeichnete gesellschaftliche Phänomen bringt massive Herausforderungen für Streitkräfte mit sich. Alle Einrichtungen von Gesellschaft und Staat - und somit auch das Militär - werden verstärkt kritisch hinterfragt und kommen unter entsprechenden Legitimierungszwang.<sup>26)</sup> Und als legitim erkannte Zielsetzungen und Handlungsmuster sind in der offenen Gesellschaft wiederum Voraussetzung für die Unterstützung und Akzeptanz, die die Zivilbevölkerung militärischen Einsätzen entgegenbringt.

Im Zusammenhang mit der Erzeugung von Akzeptanz als der faktischen Anerkennung von Legitimität<sup>27)</sup> geht es darum, die subjektiven Sicherheits- und Bedrohungsempfindungen in der Bevölkerung mit den objektiven der staatlichen Analyse zusammenzuführen und die Möglichkeiten der Annäherung der militärischen Lebenswelt an das zivile Umfeld auszuschöpfen. Die neuen Bedingungen der Sicherheitspolitik und die veränderte Aufgabenkompetenz der Streitkräfte bieten dafür große Chancen, die von postmodernen Militärsystemen genutzt werden sollten.

Legitimitätsüberzeugungen bezüglich ihrer Existenz und Handlungsweisen zu schaffen bzw. zu erhalten ist für die Streitkräfte dabei immer eng an den bestehenden politischen Ordnungsrahmen und das gesellschaftliche Verständnis für ihre Handlungserfordernisse gebunden. In weiterer Konsequenz bedeutet dies für die Armeen westlicher Demokratien eine ständige Verpflichtung zur Überzeugungsarbeit, wollen sie die grundsätzliche Zielsetzung ihrer Legitimationsbemühungen - Loyalität innerhalb ihrer Organisation und Akzeptanz gegenüber ihrer Institution - erreichen. Dies wurde während des letzten Jahrzehnts umso dringender, als im Verlauf des sicherheitspolitischen Paradigmenwechsels die strategische Aus-

richtung der Streitkräfte, deren Organisationsstruktur und budgetärer Aufwand einer verstärkten öffentlichen Kritik ausgesetzt war.

## Sicherheit und Streitkräfte in gesellschaftlicher Transformation

Auch in postmodernen Gesellschaften basiert die Positionierung von Streitkräften auf dem prinzipiellen Spannungsfeld von funktionalen Erfordernissen und gesellschaftlichen Gegebenheiten und ist daher von den beiden aufgezeigten Parametern der Sachebene und der Sinnebene abhängig. Und wie schon immer besteht hier zwangsläufig ein Dilemma, das niemals völlig bereinigt werden kann, ist doch das zivil-militärische Verhältnis immer konfliktbehaftet und bis zu einem gewissen Grad kontroversiell: Einerseits müssen Streitkräfte den funktionalen Herausforderungen gerecht werden, andererseits aber sollen sie den Wertansprüchen, die aus der Gesellschaft an sie herangetragen werden, Genüge tun.<sup>28)</sup>



Innerhalb der EU werden als wesentliche Elemente militärischer Funktionalität u.a. die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bzw. Sicherheit, v.a. aber Hilfeinsätze bei Naturkatastrophen (hier der Assistenzinsatz Hochwasser 2002) angesehen.

Die Qualität der zivil-militärischen Beziehungen wird in einer demokratischen Gesellschaft also in der relativen Harmonie und Übereinstimmung bestehen, die zwischen den Exponenten von Politik, Öffentlichkeit und Streitkräften im Hinblick auf Sicherheits- und Verteidigungsaspekte vorliegt. Allerdings kann in einer offenen Gesellschaft die Wahrnehmung der funktionalen Herausforderungen, also die Berücksichtigung der Sachebene allein, nicht genügen. Sinnvermittlung und Überzeugungsarbeit müssen hinzutreten, sollen sicherheitspolitische Stabilität und eine entsprechende Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft erreicht werden. Aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Imperativs - der Sinnebene - ergeben sich daher Auswirkungen auf die Streitkräfte in ihrem Transformationsprozess, die zusätzlichen und besonderen Veränderungsdruck erzeugen und im Folgenden näher beleuchtet werden.

## Zivil-militärisches Verhältnis und öffentliche Meinung

Neben den als konkrete Gefährdungen empfundenen äußeren Bedrohungen verändert der soziale Wandel das gesellschaftliche Sicherheitsverständnis. Zwar treten Modernisierungsrisiken wie

ökologische Katastrophen oder Terroranschläge zunehmend in das öffentliche Bewusstsein, mit der „Generalisierung von Beschäftigungsunsicherheiten“<sup>(29)</sup> nimmt aber die Bedeutung der sozialen Sicherheit - im Sinne von innerer, familiärer, beruflicher oder finanzieller Sicherheit - massiv zu, wodurch die Gewährleistung der äußeren Sicherheit durch das Militär an gesellschaftlicher Relevanz einbüßt.<sup>(30)</sup>

Die Dominanz nicht-militärischer Gefahren und Sicherheitsrisiken führt zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der Sicherheit als interdependentes und vernetztes System zwischen Faktoren äußerer und innerer Sicherheit ansieht. Diese Konstellation des erweiterten Sicherheitsbegriffes führt zu einer Ambiguität, die Gesellschaft und Streitkräfte einerseits einander näher bringt, andererseits aber voneinander entfernt. Während die räumliche Distanz potenzieller wie tatsächlicher internationaler und somit exterritorialer Missionen die Streitkräfte der Gesellschaft entfremdet, geht der Wandel im militärischen Aufgabenprofil zugleich mit einer Annäherung an die zivile Gesellschaft einher, zumal Friedensmissionen und Deeskalationseinsätze mit ihrer humanen Zielsetzung auch in postmodernen Gesellschaften auf grundsätzliche Akzeptanz stoßen und an Popularität gewinnen. Das Vakuum der unmittelbaren Feindlosigkeit, das u.a. durch diesen militärischen Humanismus ausgefüllt wird und den nunmehr feindlosen Institutionen eine gleichsam kosmopolitische Mission verschafft,<sup>(31)</sup> präsentiert sich somit als zweischneidiges Schwert. Darüber hinaus führt die kritische Hinterfragung militärischer Normen und Gebräuche durch die Streitkräfte sowie die Transformation der militärischen Lebenswelt - von Beschäftigungsbedingungen bis hin zu verstärkter zivil-militärischer Zusammenarbeit - zu einer größeren Nähe von ziviler und militärischer Gesellschaft.<sup>(32)</sup>

Aus gesellschaftlicher Sicht findet das veränderte Sicherheitsempfinden seinen Ausdruck in der Wahrnehmung primär nicht-militärischer Bedrohungen und Risiken. So rangiert auf EU-Ebene an erster Stelle die Angst vor organisierter Kriminalität, gefolgt von nuklearen Unfällen und Terrorismus.<sup>(33)</sup> Als wesentliche Elemente militärischer Funktionalität werden innerhalb der EU die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Sicherheit, Katastrophenhilfe, internationale Hilfeleistung und Friedenssicherung betrachtet.<sup>(34)</sup> Das Vertrauen in militärische Einrichtungen ist stark ausgeprägt und kann als Indiz dafür gesehen werden, dass mit der Reorientierung militärischer Aufgabenstellungen die Popularität von Streitkräften innerhalb postmoderner Gesellschaften steigt.<sup>(35)</sup>

In Österreich befindet sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung seit Jahren auf einem hohen Niveau, das auch im europäischen Vergleich als überdurchschnittlich zu bezeichnen ist. Allfällige Bedrohungen werden vorrangig im Bereich der persönlichen Betroffenheit angesiedelt, sind also von der individuellen Lebenssituation geprägt.<sup>(36)</sup> Dabei beeinflussen wahrgenommene militärische Bedrohungen oder Naturkatastrophen nur kurzfristig das Sicherheitsgefühl. In langfristiger Sicht wirken sich sowohl das Fehlen einer militärischen Bedrohung als auch die kaum vorhandene Diskussion und Kommunikation sicherheitspolitisch relevanter Inhalte auf die Bereitschaft der Bevölkerung aus, sicherheitspolitische Veränderungen mitzuvollziehen und die damit zusammenhängenden Aufwendungen mitzutragen.

Erwartungen an das Österreichische Bundesheer werden in erster Linie mit Katastrophenhilfe und innerer Sicherheit verknüpft.<sup>(37)</sup> Wenngleich die militärische Landesverteidigung als sehr bedeutend eingestuft wird, wurde die Internationalisierung und Europäisierung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik offensichtlich noch nicht erkannt, obwohl sich eine

deutliche Mehrheit der Österreicher und Österreicherinnen für eine europäische Armee ausspricht.<sup>(38)</sup> Allerdings wird eine Verfügbarkeit des ÖBH für internationale Einsätze von der Bevölkerung als nicht wichtig eingestuft, was zur Schlussfolgerung veranlasst, dass die Notwendigkeit eines internationalen Engagements des ÖBH, seine Handlungskompetenz und Funktionsfähigkeit unter den neuen Bedingungen und die Bedeutung ihrer internationalen Aufgaben für die Sicherheit Österreichs durch entsprechende Kommunikations- und Informationsarbeit erst nachhaltig bewusst gemacht werden muss. Dies wird für die Gestaltung eines angemessenen zivil-militärischen Verhältnisses von primärer Bedeutung sein. Es werden auch Überlegungen anzustellen sein, wie das Vertrauen der Bevölkerung in die Streitkräfte gesteigert werden kann, da es in Österreich im Verhältnis zur Exekutive deutlich niedriger ausgeprägt ist als in allen anderen Staaten der EU.

Sozialempirische Studien belegen allerdings auch, dass sich die österreichische Bevölkerung über sicherheitspolitische Fragen, insbesondere über die Entwicklungen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, unzureichend informiert fühlt.<sup>(39)</sup> Indes werden Operationen im Rahmen europäischer Konfliktprävention und Krisenmanagement im näheren und weiteren Umfeld der EU für die Sicherheit nicht nur der EU, sondern auch der Österreichs immer entscheidender sein. Dies gilt es der Öffentlichkeit verstärkt zu transportieren, da in Hinkunft nicht nur zu erwarten steht, dass vermehrt Ersuchen zur Mitwirkung an derartigen Einsätzen an Österreich gestellt werden, sondern dass diese auch im nationalen Interesse Österreichs liegen. Eine Intensivierung und Versachlichung des politisch-militärischen wie auch zivil-militärischen Diskurses in Österreich, um das Verständnis von Politik und Öffentlichkeit für die neuen Aufgaben des Bundesheeres im Rahmen der ESVP zu erhöhen, wird daher unumgänglich sein.

Ein internationaler Vergleich innerhalb der EU zeigt auch, dass zwei gesellschaftliche Fragestellungen besondere Aufmerksamkeit verdienen: Zum einen wird eine Antwort darauf zu geben sein, wie sich die neue Konfiguration der Sicherheitspolitik und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung auf die Wehrsystematik im Sinne von Wehrdienst und Zivildienst als Wehersatzdienst auswirken; zum anderen besteht ein weiteres Merkmal der Streitkräfteentwicklung in Europa in der deutlichen Zunahme des Frauenanteils sowohl unter den befristeten als auch unbefristet dienenden Berufssoldaten. Diesen beiden Kernfragen postmodernen Streitkräfteverständnisses wird neben anderen Aspekten in den folgenden beiden Abschnitten nachgegangen.

## **Soldatisches Berufsverständnis und Professionalität im Wandel**

Das potenzielle Konflikt-, Bedrohungs- und Einsatzszenario lässt keine deutliche Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit mehr zu. Solidarische Friedenssicherungsmaßnahmen und präventive Konfliktbereinigung im Rahmen weltweiter Bemühungen um die Etablierung und Wahrung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit werden immer wichtiger und verdrängen klassisch-traditionelle Formen des militärischen Einsatzes. Diese Entwicklung führt zu einer Komplexität der Aufgabenstellung, die dem Soldaten heutzutage mehr abverlangt als je zuvor.

War in der modernen Phase das Militär primär mit Gewaltanwendung und -androhung assoziiert, wobei der einzelne Soldat die Rolle eines „Kämpfers“ innehatte, so verlagerte sich nach 1945 das Kriegsbild hin zu nuklearer Bedrohung und Abschreckung. Die spätmoderne Periode erlebte Ablehnung bzw. Indifferenz gegenüber



dem Soldatischen und sah nicht-militärische Beiträge zum gesellschaftlichen Wohlergehen mit vorrangiger Akzeptanz bedacht.<sup>40)</sup> Nachdem im postmodernen Zeitalter Kriege wieder führbar und Streitkräfte wieder einsetzbar geworden sind, sehen sich die Militärorganisationen postmoderner Gesellschaften nunmehr nicht nur mit neuen militärstrategischen Herausforderungen in einem nachhaltig veränderten sicherheitspolitischen Umfeld konfrontiert, sondern auch mit jenen Aspirationen, die aus dem gesellschaftspolitischen Umfeld auf sie eindringen.

Nach wie vor erbringen Streitkräfte - in deutlichem Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Organisationen und Subsystemen - für die politische Gemeinschaft grundsätzlich nur eine „Notfunktion“. Indem ihre Tätigkeit keine selbstverständliche Routine darstellt, muss die Militärorganisation in der Regel über lange Zeiträume in hohem Bereitschaftsgrad gehalten werden, ohne ihre Funktionseffizienz in Hinsicht auf die höchste denkbare Herausforderung - Bewährung unter den Bedingungen eines bewaffneten Konfliktes, wozu auch und insbesondere Einsätze im Sinne der heute eher wahrscheinlichen *Peace Support Operations* und *Military Operations other than War* zählen - unter Beweis stellen zu können.



Die österreichische Bevölkerung misst der Einsatzbereitschaft des Bundesheeres für internationale Einsätze (hier in Afghanistan) weniger Bedeutung zu, als den Katastropheneinsätzen im Inland. Durch entsprechende Kommunikations- und Informationsarbeit muss die Bedeutung solcher Einsätze bewusst gemacht werden.

Die ethische Dimension der Streitkräftelegitimierung wird also gleichsam durch einen erkenntnistheoretischen Aspekt insofern erweitert, als die eigentliche Produktivität, der „Output“ der Militärorganisation für die Gesellschaft, zumeist nur in Form abstrakt-hypothetischer, auf zukünftige Eventualitäten gerichteter Projektionen oder vergleichender Analogien vorstellbar wird. Im Gegensatz zu anderen Organisationen kann daher die Wertschätzung, die der Militärorganisation *sui generis* entgegengebracht wird, weniger in einer rein utilitaristischen Kalkulation und einem unmittelbar und ständig erfahrbaren Nutzen für die gesellschaftliche Gemeinschaft begründet liegen, sondern vielmehr in der Anerkennung der Streitkräfte als einer Einrichtung, die einerseits Ordnungs-, Integrations- und Symbolfunktion repräsentiert und andererseits nicht permanent empirisch fassbaren Interessen dient.

Neben neuen Konfliktformen und Unsicherheitskonstellationen prägen in gesellschaftspolitischer Betrachtung Individualisierung, Säkularisierung und Pluralisierung moderne Gesellschaften; Trends,

die unmittelbar auf das Teilsystem Heer einwirken. Der Wandel von Gesellschaft und Kriegsbild verändert das Anforderungsprofil des Soldaten. Anstelle des bedingungslosen Gehorsams tritt der Gehorsam aus Loyalität, der *Miles Protector* ergänzt - nicht ersetzt - den klassischen Kämpfer, und das traditionelle Berufsbild des Soldaten wird in gesteigertem Maße mit ethischen und sozialen Elementen angereichert sowie mit geistiger Flexibilität und Mobilität verbunden.

Zudem zwingt die spezifische Verfasstheit der postmodernen Gesellschaft das Management der Streitkräfte, sich an den bestehenden Organisationsformen der zivilen Wirtschaft zu messen, um ihre Effizienz und Effektivität festzustellen und eine angemessene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Flexibilität und kreative Professionalität werden damit zu unabdingbaren Kernfähigkeiten der Streitkräfte. Unabhängiges Denken, kritisches Urteilsvermögen, gesamtheitliche Problembewältigung sowie Argumentationsfähigkeit stellen wesentliche Parameter höherer militärischer Führungsausbildung dar. Vom postmodernen Soldaten werden zukünftig Qualifikationen abverlangt, die, neben dem Management und der Anwendung von Gewalt, eher zivile Kompetenzdimensionen wie die Beherrschung moderner Technologie oder (inter-)kulturelle Sensibilität umfassen. Es kann daher, wenn auch mit Einschränkungen, von einer „aufgabenbedingten Zivilisierung“<sup>41)</sup> der Streitkräfte gesprochen werden.

Die Übernahme neuer Aufgaben bedeutet aber nicht die Aufgabe klassischer Fähigkeiten, sondern begründet eine soldatische Identität, die auf ganzheitliche Professionalität abzielt: „*The roles of combat leader, manager/technician, and soldier statesman/soldier-scholar are added rather than substituted as the international environment changes. ... all roles remain necessary.*“<sup>42)</sup> Die Tendenz zur „Zivilisierung“ darf also nicht darüber hinwegtäuschen, dass die primäre Funktion des Militärs und des Soldatischen darin besteht, die Interessen des Staates (Staatenbündnisses) unter den Ausnahmebedingungen eines bewaffneten Konfliktes durchzusetzen, worauf eben die permanente und signifikante Unterscheidung der Militärorganisation von anderen Organisationskulturen beruht.

Normative Anforderungen an den Soldaten, wie z.B. das Kriterium besonderer physischer und psychischer Leistungsfähigkeit, die Bereitschaft, das eigene Leben einzusetzen, die Anerkennung natürlicher Autoritätsverhältnisse,<sup>43)</sup> die Besonderheit der ungeteilten Verantwortung des militärischen Führers oder die Anerkennung der Grundzüge eines soldatischen Ehrenkodexes<sup>44)</sup> sind somit gleich geblieben, wenn auch unter den veränderten Gegebenheiten neu zu positionieren und zu legitimieren. Kampf und Tod dominieren zwar nicht die tägliche Routine postmoderner Streitkräfte, doch muss der klassisch-militärische Kampfeinsatz stets mitgedacht werden und das Wesen des Soldatseins auch unter den kontemporären sicherheitspolitischen Bedingungen und Aufgabenzuordnungen beachtet bleiben.

In demokratischen Gesellschaften, die Streitkräfte als Exekutivinstrument der Politik ausweisen, sind die Positionen, Rollen und Aufgaben von Politik und Militär zwar verbindlich geregelt und festgelegt, zugleich aber unterliegen die Funktionsträger gegenseitigen Verhaltenserwartungen in Form kompetenter und funktionsbezogener Aufgabenerfüllung, weshalb politisch-mili-



tärische Beziehungen auch von möglichst hohem Vertrauen und wechselseitiger Anerkennung und Wertschätzung getragen sein müssen. Dies ist umso wichtiger, als militärische Kompetenz und Professionalismus in liberalen Demokratien häufig eher als Gefahr denn als bedeutsame Ressource angesehen werden. „*The indications are that they do not wish their armed forces to be efficient; professionalism is perhaps directly or subconsciously equated with militarism, the enemy of civil society.*“<sup>45)</sup>

Die verstärkte Sensibilisierung für soziale Ungleichheiten und die daraus resultierenden Gleichstellungsbestrebungen in der postmodernen Gesellschaft führen zu einer Verminderung geschlechtsspezifischer und sozialer Differenzierungen auch innerhalb der Streitkräfte. Das am deutlichsten sichtbare Phänomen ist jenes der Öffnung der Streitkräfte für Frauen, die allerdings nicht aus einem militärischen Imperativ heraus geschah, sondern vielmehr eine Folge und Begleiterscheinung des gesellschaftlichen Wandels darstellt.

Ein Streitkräftevergleich auf internationaler wie auch europäischer Ebene zeigt, dass in angelsächsischen Ländern die Frauenquote in den Streitkräften bis zu 12% beträgt, während der europäische Durchschnitt bei etwa 5% liegt. Dabei reicht die Schwankungsbreite von 0,8% im Falle Schwedens bis 10,8% in Frankreich. In Österreich hingegen liegt der Frauenanteil mit 0,7% der Präsenzkräfte sogar noch darunter.<sup>46)</sup> Wenngleich dieser Vergleich spezifische kulturelle und gesellschaftspolitische Bedingungen unberücksichtigt lässt, lässt sich aus den empirischen Befunden ableiten, dass der Frauenanteil in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht für Männer deutlich geringer ist als in jenen mit Freiwilligenarmee und die Soldatinnen nur in geringem Ausmaß Kampffunktionen bzw. Führungspositionen innehaben.<sup>47)</sup> Dies gilt auch für Staaten wie die USA, in denen Frauen bereits seit Anfang der 70er-Jahre mit Einführung des Freiwilligenheeres Zugang als Soldatinnen erhalten haben.

Inwieweit sich die aufgezeigten Tendenzen auf die Funktionsfähigkeit und die verstärkte Einbindung von Frauen in den Soldatenberuf auswirken, wird kontroversiell diskutiert. Während auf der einen Seite die Öffnung des Militärs für Soldatinnen als Demokratisierungschance interpretiert wird,<sup>48)</sup> argumentiert die Gegenseite, dass durch deren Integration der Dysfunktionalität des Militärischen Vorschub geleistet werde.<sup>49)</sup> Diese Antithese zur üblichen gesellschaftlichen Sichtweise betrachtet die männliche Dominanz im Soldatenberuf - v.a. was die Verwendung von Soldatinnen in unmittelbaren Kampffunktionen betrifft - nicht als Ergebnis verfehlter Geschlechterpolitik, sondern begründet sie mit der Besonderheit des militärischen Berufsfeldes selbst.<sup>50)</sup>

Gleichstellungspläne, die auf reine Quotenregelungen abzielen, werden daher wenig zur Integration von Frauen als Soldatinnen beitragen. Prinzipiell geht es um die Frage, wie die Streitkräfte für Soldatinnen attraktiver gemacht und diese besser integriert werden können. Hinsichtlich der Steigerung der Frauenquote im ÖBH werden einschneidende Maßnahmen v.a. hinsichtlich der körperlichen Leistungslimits, die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch sind, der Besoldung, der Vereinbarung von Familie und Beruf, der sozialen Absicherung, aber auch hinsichtlich gesamtgesellschaftlicher Bemühungen um einen Brückenschlag zwischen traditionellen und postmodernen Rollenzuschreibungen von Frauen und Militär zu treffen sein.<sup>51)</sup>

Die neuen Aufgabenstellungen erfordern ganzheitliche Professionalität für männliche und weibliche Soldaten gleichermaßen, die neben dem Management und der Anwendung von Gewalt auch politische und diplomatische Kompetenzdimensionen umfasst. Im Zusammenhang mit der intensivierten zivil-militärischen Zusammenarbeit zur Deeskalation und Lösung von internationalen Konflikten, die auch ein Näherrücken von zivilen und militärischen Bildungseinrichtungen mit einbezieht, bestehen gute Chancen, die Rekonstruktion des Militärischen im Sinne von gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung zu bewerkstelligen.

All dies wird letztlich aber die Wertekluft zwischen Militär und Zivilgesellschaft nicht eliminieren und dem zivil-militärischen Verhältnis die Aufgabe auflasten, auf Verständnissbasis unter stärkerer Beachtung des strategischen Faktors Bildung<sup>52)</sup> den sozial-moralischen Brückenschlag zwischen Streitkräften und Gesellschaft zu vollziehen.



Das fehlende subjektive Bedrohungsempfinden der Bevölkerung führt zu einer stetig steigenden Wertschätzung des Zivildienstes. Da dieser jedoch als Ersatzdienst gilt, so werden im Fall der Abschaffung der Wehrpflicht Modelle eines allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialdienstes diskutiert, die in der postmodern verfassten Gesellschaft aber auf wenig Akzeptanz stoßen.

Der Beruf des Soldaten und v.a. derjenige des Offiziers war schon immer - und ist heute noch mehr - mit der Herausforderung einer ständigen Notwendigkeit der Abwägung von Werten konfrontiert. Speziell in der Beziehung zwischen dem Militär und der Zivilgesellschaft ergibt sich rasch ein Widerspruch in den Wertesystemen. Werte als Grundpositionen sind jedoch nicht unveränderbar, sondern unterliegen einem Wandel im Sinne einer Bedeutungsverschiebung, als sie an einen bestimmten gesellschaftlichen Kontext gebunden sind.<sup>53)</sup> Als zentraler Aspekt postmoderner Gesellschaften lässt sich ein Wertepluralismus verorten, wobei sich der Prozess der Differenzierung, Ausformung und Gewichtung von Werten in den jeweiligen gesellschaftlichen Subsystemen unterschiedlich ausgestaltet. Das Soldatentum ist primär von einem auf Kollektivität beruhenden traditionellen Wertekosmos geprägt, der im Widerspruch zur Singularität als Identitätsnorm postmoderner Gesellschaften steht. Diese Wertedivergenz kann aber nur mit rationalen Mitteln überbrückt werden, da eine Aufhebung dieser Kluft weder durch Militarisierung der Gesellschaft noch durch völlige Vergesellschaftung und Zivilisierung des Militärs möglich ist.

Es wurde festgestellt, dass bis zu 85% des Wertes einer Organisation von spirituellen, unsichtbaren und nicht messbaren Faktoren - also gleichsam von einem korporativen Ethos - abhängig sind; und

weitere, dass - wenn diese Parameter nicht effektiv wirksam sind - die Organisation unter massiven Veränderungsdruck kommt.<sup>54)</sup> Für die Streitkräfte bedeutet dies angesichts ihrer speziellen Organisationskultur eine besondere Herausforderung, die letztlich auch viele der Legitimations- und Akzeptanzprobleme begründet, mit denen sie sich konfrontiert sehen. Diese Herausforderungen sind insofern markant, als „*zwangsläufig zwischen jeder pluralistischen und demokratischen Gesellschaft einerseits und einer hierarchisch strukturierten Armee andererseits eine Art Spannungsfeld [besteht], das kaum vollkommen aufzulösen ist ..., aber doch möglichst minimiert werden muss*“.<sup>55)</sup> Wenn auch gewisse Dekonstruktionsmechanismen der (Post-)Moderne die Aufrechterhaltung einer Hierarchie substanzieller Güter und Werte erschweren,<sup>56)</sup> so ist doch die Begründung eines distinkten militärischen Berufsethos als wesentliche Voraussetzung für einen konstruktiven Diskurs mit der Gesellschaft anzusehen.

### Wehrsystematische Trends und Entwicklungen

In engem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Trend zur Individualisierung steht auch das Phänomen der Professionalisierung und Spezialisierung. Dieses dehnt sich auf die Streitkräfteorganisation insofern aus, als es die Akzeptanz gegenüber dem Konzept der Wehrpflicht verringert und die Forderung nach einem professionellen, gut ausgerüsteten, zwar kleineren, aber eben besonders schlagkräftigen Heer aufkommen lässt.

Die Diskussion über das Wehrsystem ist von einer Fülle von Faktoren überlagert. Für Europa war v.a. die sicherheitspolitische Zäsur des Endes des Kalten Krieges dafür entscheidend, dass neben ökonomischen, demografischen, gesellschaftspolitischen und sozialen Strömungen und Entwicklungen das Konzept der Wehrpflicht unter Veränderungsdruck geraten ist und zahlreiche Länder ihr Wehrsystem geändert haben.

Im Kontext des postmodernen Diskurses wird der Übergang zu einem Freiwilligenheer unter Berücksichtigung strategischer und militärpolitischer Faktoren v.a. dort als wahrscheinlich erkannt, wo ein Staat die Vorteile einer Sicherheitsgemeinschaft in Anspruch nehmen kann, nicht direkt militärisch bedroht wird und sich verstärkt in internationale Friedensbemühungen einbindet.<sup>57)</sup>

Während sich in Europa ein genereller Trend zur Umstellung der Wehrsystematik auf Freiwilligenheere feststellen lässt, gibt es in jenen Ländern, die von diesem Schritt bisher Abstand nahmen, zumindest einschneidende Veränderungen in der Wahrnehmung der Wehrpflicht. Diese Veränderungen beziehen sich in erster Linie auf drastische Verkürzungen der Wehrpflichtdauer sowie auf Änderungen, was die Tauglichkeits- und Freistellungskriterien betrifft.

Auch in Österreich sind derzeit etwa zwei Drittel der Bevölkerung der Ansicht, dass die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft und das ÖBH auf Basis der Freiwilligkeit gebildet werden sollte.<sup>58)</sup> Für die Wehrsystematik, v.a. im Zusammenhang mit der Wehrpflicht, ist neben der gesellschaftspolitischen Haltung insbesondere auch die Frage des Wehrpflichtigenaufkommens zu beurteilen. So hat etwa Österreich ab dem Jahr 2010 einen kontinuierlichen Rückgang der Geburtsraten zu gewärtigen, der durch Zuwanderung und Einbürgerungen nur zum Teil abgefangen werden kann.

Das sicherheitspolitische Bewusstsein und Bedrohungsempfinden in der Bevölkerung führt überdies zu einer höheren Wertschätzung gegenüber dem Zivildienst. Die stetig steigenden Zivildienierzahlen führen zu einem Stau an Zivildienern, die entweder - wie in Deutschland der Fall - überhaupt nicht mehr bzw. nicht mehr innerhalb eines vertretbaren Zeitraumes nach Stellung zur Dienstleistung herangezogen werden. Hinzu tritt, dass durch die signifikanten Personalreduzierungen bei den Streitkräften in verschiedenen Ländern mit Wehrpflicht nicht mehr alle Wehrpflichtigen einberufen werden können. Diese Entwicklungen führen zu einer Aushöhlung des Gedankens der Wehrgerechtigkeit und untergraben die Motivation der Wehrpflichtigen. Probleme ergeben sich aber nicht nur im Hinblick auf die Wehrgerechtigkeit, sondern auch am Arbeitsmarkt bzw. im Bereich beruflicher Fortbildung und individueller Berufskarriere.

Die Dynamik der Abläufe rund um die Wehrsystematik hat aber weitere Auswirkungen auf den Wehersatz- bzw. Zivildienst. Da dieser unmittelbar an die Wehrpflicht geknüpft ist, werden für den Fall des Abrückens vom System der allgemeinen Wehrpflicht Varianten eines allgemeinen Gesellschafts- oder Sozialdienstes diskutiert, die allerdings auf Grund gesellschaftspolitischer, sozialer und rechtlicher Schwierigkeiten kaum auf Resonanz treffen.



In engem Zusammenhang sind der gesellschaftliche Trend zur Individualisierung und das Phänomen der Professionalisierung bzw. Spezialisierung zu sehen. Auf die Streitkräfte umgelegt, bedeutet dies den Ruf nach einem professionellen, kleineren Heer und dem damit verbundenen Ende der allgemeinen Wehrpflicht.

Idealerweise sollte auch in der postmodernen Gesellschaft die Entscheidung bezüglich des Wehrsystems auf Basis einer sachlichen Analyse der sicherheitspolitischen Umfeld- und Rahmenbedingungen wie der strukturell-ökonomischen und sozialen Faktoren getroffen werden.<sup>59)</sup>

### Streitkräfte und ÖBH im postmodernen Umfeld - Chancen und Perspektiven

Die Harmonisierung von funktionalem und mentalem Imperativ, von Sachebene und Sinnebene, bildete schon immer die elementarste Herausforderung für die politisch-militärischen und zivil-militärischen Beziehungen und bestimmte letztlich auch deren Qualität. Die mit dem Ende der bipolaren Weltordnung entstandenen neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen führten im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Entwicklungen die

Streitkräfte in Europa und somit auch das ÖBH weit über die früher beherrschende Aufgabe der Landesverteidigung hinaus. Das daraus resultierende anspruchsvolle Aufgabenspektrum birgt nunmehr neue gesellschaftspolitisch relevante Entwicklungsmöglichkeiten, die von den Streitkräften genutzt werden sollten.

Die Rekonstruktion des Militärischen kann aber nur gelingen, wenn einerseits Handlungskompetenz und Funktionalität für geforderte Aufgabenbewältigung vorhanden sind, dies andererseits aber auch von der (postmodernen) Gesellschaft erkannt und mit Akzeptanz bedacht wird. Angesichts stetig komplexer werdender sicherheitspolitischer Herausforderungen und eines immer heftiger werdenden Ringens um nationalstaatliche Ressourcen dürften die Zuerkennung ausreichender Mittel zur Aufrechterhaltung erforderlicher Funktionstüchtigkeit bzw. die Vermittlung der Zusammenhänge und Notwendigkeiten im Sinne von Legitimation und Akzeptanz nicht nur an Bedeutung weiter zunehmen, sondern auch immer anspruchsvoller werden.

Mit Blickrichtung auf Streitkräftekonzeptionen 2010 oder 2020, wie diese in *Joint Visions* für die US-Streitkräfte, in Weißpapieren oder anderen Entwürfen zur Streitkräfteentwicklung - wie etwa auch im Bericht der Reformkommission des ÖBH 2010 - formuliert wurden, bedeutet dies für alle Streitkräfte in offenen und demokratischen Gesellschaften in erster Linie eine gesamtheitliche Herausforderung. Nicht allein in österreichischer Perspektive wird sich diese das Überkommen alter Ressentiments gegenüber dem Militärischen, die Überwindung zeitgeschichtlicher Hypothesen und Traditionen oder die Entideologisierung der Sicherheitspolitik zum Ziel setzen müssen. Neben organisatorischer Funktionstüchtigkeit und gesellschaftlichem Verständnis bedarf die Legitimierung des Militärs einer klaren Positionierung der politischen Führung. Ein möglichst ideologiefreier sicherheitspolitischer Diskurs muss dabei auch auf jene gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche der Sicherheitspolitik erweitert werden, die durch stark verfestigte Einstellungen gekennzeichnet sind, wie etwa die Frage der Wehrpflicht bzw. des Freiwilligenheeres.

Der dialektischen Paradoxie - dem gleichzeitigen Vorliegen von Phänomenen, die sowohl die Nähe als auch die Distanz zwischen Militär und Bürgergesellschaft erhöhen - wird dabei im gesellschaftspolitischen Diskurs besondere Aufmerksamkeit zuerkannt werden müssen. Während die Internationalisierung der Sicherheitspolitik im europäischen und transatlantischen Kontext ebenso wie die Tendenz zur zunehmenden Professionalisierung der Streitkräfte die Distanz zwischen Militär und Gesellschaft erhöhen, bringen Phänomene wie das Zusammenrücken innerer und äußerer Sicherheitsdimensionen und die verstärkte zivil-militärische Zusammenarbeit Streitkräfte und Gesellschaft einander näher. Aus der in offenen Gesellschaften zu fordernden Transparenz und Rechtfertigung staatlicher Einrichtungen erwächst die kommunikative Herausforderung, die Diskrepanz zwischen subjektiv-individuellem Bedrohungsempfinden und Sicherheitsverständnis sowie objektiv-staatlicher Sicherheitsanalyse zu überwinden.

Soll einerseits Handlungskompetenz für neue Aufgabenstellungen errungen, andererseits einer Abkoppelung von der Gesellschaft entgegengewirkt werden, so bedürfen Streitkräfte einer essenziell initiativen und aktiven Öffentlichkeitsarbeit. Allerdings reicht die Darstellung von Militärpotenzialen allein nicht aus, um Streitkräfte in offenen Gesellschaften als notwendige und effiziente Organisation wahrzunehmen. Aspekte wie Zukunftsorientierung, Transparenz, sicherheitspolitische Aktivitäten, Unternehmenskultur oder das Verhältnis zu zivilen Kooperationspartnern und Einrichtungen haben nachhaltige Auswirkungen auf die öffentliche Meinung und formen die Bewertung durch das gesellschaftliche Umfeld.

Als vielleicht grundlegendste Diskursherausforderung zwischen Militär und Gesellschaft bleibt aber - trotz oder vielleicht gerade wegen der einschneidenden sicherheitspolitischen Veränderungen - die Kernfrage nach der Moralität und sittlichen Legitimität von militärischer Friedenssicherung bestehen. Die gegebenenfalls organisierte Anwendung von Gewalt wird in modernen Gesellschaften zum überwiegenden Teil als notwendiges Übel akzeptiert, das nur durch das Sicherheitsinteresse der Nation legitimiert erscheint. Die Forderung nach gewaltfreier Friedensgestaltung auf der einen Seite, der Einsatz politisch-militärischer Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung und zur Deeskalation von Konflikten auf der anderen birgt Inkompatibilitätsprobleme und ethische Ambivalenzen in sich, die einer Lösung bedürfen, die nur diskursiver Natur sein kann.

Während die militärische Lebenswelt aufgefordert ist, sich postmodernen gesellschaftspolitischen Realitäten zu stellen und durchaus auch anzupassen, sofern dies ihre Leistungsfähigkeit nicht gefährdet oder nachteilig beeinflusst, so hat sie doch ihren Wert und Nutzen sowie ihre spezifischen Ziele und Aufgaben und die daraus resultierende Organisationskultur einem politischen und gesellschaftlichen Umfeld zu vermitteln, das potenziell dazu neigt, das Ideal einer zukünftigen staatlichen wie globalen Ordnung allein auf ökonomische und demokratische Prinzipien reduzieren zu wollen, und daher den Zielen und Aufgaben der Streitkräfte nicht immer das nötige Interesse und die erforderliche Aufmerksamkeit entgegenbringt.

Sind die Herausforderungen für die Streitkräfte in postmodernen Gesellschaften auch mannigfaltig, so bieten sie doch gleichzeitig außergewöhnliche Möglichkeiten, ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Streitkräften und Gesellschaft zu begründen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die Streitkräfte neben einer inneren Selbstfindung in ihren Außenbeziehungen gegenüber Politik und Gesellschaft einen adäquaten Gebrauch von den Chancen machen, die ihnen von den neuen Bedingungen des sicherheitspolitischen und gesellschaftspolitischen Umfeldes geboten werden. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Die etwa Habermas mit dem Prozess der Aufklärung gleichsetzt. (Jürgen Habermas: Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen. Frankfurt am Main 1984.)
- 2) Jean-François Lyotard: Das postmoderne Wissen. Wien 1999, S.12.
- 3) Giddens definiert ontologische Sicherheit als „das Zutrauen der meisten Menschen zur Kontinuität ihrer Selbstidentität und zur Konstanz der sie umgebenden sozialen und materiellen Handlungsumwelt.“ Anthony Giddens: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/Main 1997, S.118.
- 4) Vgl. hierzu Charles C. Moskos et al.: Armed Forces after the Cold War. In: Charles C. Moskos/John A. Williams/David R. Segal, (Eds.): The Postmodern Military. Armed Forces after the Cold War. New York 2000, S.1-13.
- 5) Vgl. Peter Koslowski: Postmoderne - Die Prüfungen der Neuzeit. Über Postmodernität, Philosophie der Geschichte, Metaphysik, Gnosis. Wien 1989.
- 6) Vgl. Jacques Derrida: Deconstruction in a Nutshell. New York 1997.
- 7) Vgl. Alexius J. Bucher: Verantwortlich handeln. Regensburg 2000, S.24.
- 8) Jacques Barzun: From Dawn to Decadence. 500 Years of Western Cultural Life. New York 2000.
- 9) Zygmunt Baumann: Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992, S.127.
- 10) Vgl. David Bell: Die nachindustrielle Gesellschaft. Reinbek 1979.
- 11) Für Walzers Begriff „Unsettlement“ schlägt Honneth für den sozialpolitischen Kontext die Übersetzung „Entwurzelung“ bzw. „Unbehaustheit“ vor (Axel Honneth: Individualisierung und Gemeinschaft. In: Christel Zählmann (Hrsg.): Kommunitarismus in der Diskussion. Hamburg 1994, S.20).
- 12) Vgl. Alasdair MacIntyre: After Virtue. A Study in Moral Theory. New York 1987, S.52-54.
- 13) Vgl. Rudolf Burger: Rethologisierung der Politik und weltpolitische Konfliktkonstellationen. Institut für Militärsoziologie & Militärpädagogik (IMM): Zweiter kulturwissenschaftlicher Dialog. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien, 1/2004, Studien Berichte zur Sicherheitspolitik.

- 14) Vgl. hierzu Edwin R. Micewski: Moralphilosophische Überlegungen zur Legitimität von asymmetrischer Kriegführung. In: Josef Schröfl/Thomas Pankratz (Hrsg.): Asymmetrische Kriegführung - ein neues Phänomen der internationalen Politik. Baden-Baden 2004, S.33.
- 15) Moskos et al. (2000) sprechen in diesem Zusammenhang von „modern type“ oder „modern forms of military organization“ (Moskos et al.: Armed Forces after the Cold War, a.a.O., S. 1).
- 16) Wolfgang Royl: Verändert sich die Vorstellung vom Soldatischen unter dem Aspekt der Dekonstruktion? In: Gerhard Kümmel/Sabine Collmer, (Hrsg.): Europäische Streitkräfte in der Postmoderne. Baden-Baden 2002, S.145-182.
- 17) Vgl. ebenda, S. 30.
- 18) Wilfried von Bredow: Die Streitkräfte im postmodernen Zwielficht. In: Kümmel/Collmer, (Hrsg.), a.a.O., S. 16.
- 19) Harold Lasswell: The Garrison State. In: The American Journal of Sociology 46/1941, S.455-468.
- 20) Zu diesem sozialwissenschaftlichen Denkanatz vgl. Moskos, a.a.O., S. 2.
- 21) Micewski „übertrug“ Huntingtons Diktum des funktionalen und gesellschaftlichen Imperativs in die sozialwissenschaftliche Diktion von Sach- und Sinnenebene, um die beiden für die Akzeptanz von Streitkräften unabdingbaren Parameter - Funktionsfähigkeit (als materielle Komponente) und Legitimität (als moralisch-geistige Größe) - zu betonen (vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien, 2004, S.99f.).
- 22) Vgl. Martin Shaw: Post-Military Society. Cambridge 2000, S.14.
- 23) Ulrich Beck: Der feindlose Staat. In: Die Zeit 23.10.1992, S.65-66.
- 24) Max Weber: Gesammelte Politische Schriften. 5. Auflage. Stuttgart 1988, S.396f.
- 25) Vgl. Ronald Inglehart: Cognitive Mobilization and European Identity, In: Comparative Politics 3/1970, S.45-70.
- 26) Vgl. Edwin R. Micewski: Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel. Zu gesellschaftspolitischen und militärsoziologischen Aspekten der Sicherheitspolitik. In: ÖMZ 3/1995, S.251-264.
- 27) Ebd.
- 28) In seinem Analysegehalt ist die folgende, für die amerikanische Gesellschaft getroffene Aussage auch auf andere westliche Gesellschaften übertragbar: „... to succeed at war fighting, the military must be distinct in values, attitudes, procedures, and organization but must, at the same time, represent American society.“ (Johnson, Douglas/Metz, Steven: American Civil-Military Relations: New Issues, Enduring Problems. U.S. Army War College, Strategic Studies Institutes 1995, S.1.)
- 29) Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986, S.227.
- 30) Ina Plath: Persönliche Bedrohung oder kollektives Risiko? Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen im empirischen Vergleich. SOWI-Arbeitspapier Nr.120, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Strausberg 1997, S.17.
- 31) Ulrich Beck: Über den postnationalen Krieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 24/8/1999, S.985f.
- 32) Vgl. Wilfried von Bredow: Die Streitkräfte im postmodernen Zwielficht. In: Kümmel/Collmer, a.a.O., S.11-28.
- 33) Vgl. Philippe Manigart: Eurobarometer Special No 146: Public Opinion and European Defense. Brüssel 2001, S.4f. Unter: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_146\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_146_en.pdf) download: 2/2007.
- 34) Vgl. Manigart, Philippe: Eurobarometer Special No 146: Public Opinion and European Defense. Brüssel 2001, S. 6f. Unter: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_146\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/ebs/ebs_146_en.pdf) download: 2/2007.
- 35) Vgl. Jan Van der Meulen: Armed Forces in Post-Modern Societies: The Complexity of Civil-Military Trends. In: Bernhard Boene/Christopher Dandeker/Jürgen Kuhlman/Jan Van der Meulen (Eds): Facing Uncertainty: The Swedish Military in International Perspective. Report No. 2, Karlstad, Swedish National Defence College 2000, S.41-58.
- 36) Vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien 2004, S.24ff.
- 37) Vgl. ebenda, S.28f.
- 38) Vgl. Stefan Schaller: 25 Armeen oder eine? Die Einstellung der Österreicher zu einer gemeinsamen Europäischen Armee. Österreichische Gesellschaft für Europa-politik (Hrsg.). Wien 2003 Unter: [http://cms.euro-info.net/received/\\_1965\\_Studie1.pdf](http://cms.euro-info.net/received/_1965_Studie1.pdf) download: 2/2007.
- 39) Vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien 2004, S.32f.
- 40) Diese gesellschaftliche Ausgrenzung erfuhr etwa in Diskussionen über „Soldaten sind Mörder“ oder auch Angelobungen unter Polizeischutz ihren Ausdruck. Weitere Manifestationen waren der signifikante Anstieg von Wehrdienstverweigerern und die gesteigerte Wertschätzung, die Alternativ- und Wehrrersatzdiensten entgegengebracht wurden.
- 41) Arnd Kersten: Die Herausforderungen an das Konzept Innere Führung unter besonderer Berücksichtigung von Bundeswehrreform und gesellschaftlicher Entwicklung. In: Kümmel/Collmer, a.a.O., S.212.
- 42) John A. Williams: The Postmodern Military Reconsidered. In: Moskos/Williams/Segal, a.a.O., S. 268.
- 43) Vgl. hierzu Edwin R. Micewski: Offizierskorps und Professionalismus: Wie steht es damit in Österreich?. In: Truppendienst, 1/1999, S.14-16.
- 44) Vgl. Richard A. Gabriel: To Serve With Honor. In: Army 5/1980, S.17-21.
- 45) Patrick Mileham: Civilized Warriors? Professional Disciplines, Ethos, and European Armed Forces. In: Connections Quarterly Journal 3/2004, S.77.
- 46) Vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien 2004, S.109.
- 47) Vgl. U. Klein: Fällt die letzte der Männerbastionen? Zur Öffnung der Streitkräfte für Frauen. Vortrag im Rahmen der Veranstaltung des Renner-Instituts am 14.9.2000 in Wien.
- 48) Vgl. hierzu Ruth Seifert: Frauen und Militär. Die Integration von Frauen als Chance für Demokratisierungsprozesse. In: Zeitschrift für Innere Führung, 2/2001.
- 49) Vgl. hierzu Martin van Creveld: Frauen und Krieg. München 2001.
- 50) Vgl. Anna Simons: Women Can Never „Belong“ in Combat. In: Orbis, 44/3/2000, S.451-462.
- 51) Vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien 2004, S.111.
- 52) Vgl. Edwin R. Micewski: Der gebildete Soldat und Offizier. Grundlegendes zur Bildung der Führungskräfte in Streitkräften. In: Truppendienst, 5/2001, S.408-413.
- 53) Vgl. Micewski, Streitkräfte und gesellschaftlicher Wertewandel, a.a.O.
- 54) Vgl. Brian Becker/Mark A. Huselid/David Ulrich: The HR Scorecard. Linking People, Strategy, and Performance. Boston/MA 2002.
- 55) Jürgen Groß: Weiterentwicklung der Inneren Führung. Zwei Beiträge. Heft 130. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Hamburg 2002, S.21 Unter: <http://www.ifsh.de/veroeffentlichungen/reihen/hb/hb130.pdf> download: 2/2007.
- 56) Vgl. Edwin R. Micewski: Bildung in Streitkräften: Podiumsdiskussion anlässlich „40 Jahre Truppendienst“. In: Truppendienst, 6/2002, S.578.
- 57) Vgl. Karl W. Haltiner: The Definite End of the Mass Army in Western Europe? Papier ausgegeben anlässlich der Konferenz der IUS, Baltimore 1997.
- 58) Vgl. Bericht der Bundesheerreformkommission - Bundesheer 2010. Wien 2004, S.72f.
- 59) Vgl. Edwin R. Micewski: Zur Frage eines Freiwilligenheeres. Sozialwissenschaftliche und gesellschaftspolitische Überlegungen zu einer allfälligen Änderung des Wehrsystems. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Nr. 3. Wien 2000.

### Dr. Edwin R. Micewski

Geb. 1953; Brigadier; Studium der Philosophie und Politikwissenschaften; seit Februar 2001 Leiter des Instituts für Human- und Sozialwissenschaften an der Landesverteidigungsakademie in Wien; seit 1994 Mitglied der Wissenschaftskommission des BMLV; seit 1998 Gastlektorat im Department of National Security Affairs der Naval Postgraduate School in Monterey, Kalifornien. Themenschwerpunkte: Sozial- und Kulturphilosophie, politische und militärische Ethik, zivil-militärische Beziehungen und militärischer Professionalismus; verschiedenste Publikationen in Deutsch und Englisch zu obigen Themen ([www.micewski.com](http://www.micewski.com)); im Zuge der Bundesheer-Reformkommission ÖBH 2010 Leiter des Sachgebietes „Gesellschaft“.

### Dr. Barbara Schörner

Studium der Psychologie, postgraduale Ausbildung in Soziologie am Institut für Höhere Studien (IHS); 1996-2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IHS in Wien; seit 1993 Lehr- und Seminartätigkeit im Bereich wissenschaftstheoretischer Grundlagen u.a. an der Fachhochschule für militärische Führung sowie Landesverteidigungsakademie; seit 2001 freiberuflich im Bereich Bildungs-, Innovations-, Arbeitsmarktforschung tätig; Publikationen im Bereich Wissenschaftsdidaktik sowie in den genannten Forschungsgebieten; im Zuge der Bundesheer-Reformkommission ÖBH 2010 als wissenschaftliche Beraterin des Sachgebietes „Gesellschaft“ tätig.



# Fidschi - vier Putsche in 20 Jahren

## Anmerkungen zu Ursachen und Konsequenzen der anhaltenden Instabilität

Hermann Mückler

**A**m 5. Dezember 2006 putschte die fidschianische Armee unter ihrem Anführer Commodore Voreque Frank Bainimarama gegen die Regierung von Premierminister Laisenia Qarase. Der Putsch verlief unblutig. Das Militär errichtete in und um die Hauptstadt Suva Straßensperren und unterband jeden potenziellen Widerstand. Das Parlament wurde aufgelöst, der Ausnahmezustand verhängt und führende Politiker wurden unter Hausarrest gestellt. Als Begründung für den bereits Wochen vorher angekündigten Umsturz wurden von Bainimarama die Korruption innerhalb der Regierung Qarase sowie ein umstrittenes Amnestievorhaben für die Beteiligten des Putsches des Jahres 2000 genannt. Weiters war der Vorwurf erhoben worden, dass die Regierung

### Rahmenbedingungen und historische Entwicklung

Der Inselstaat Fidschi, an einer Schnittstelle der beiden ozeanischen Großregionen Melanesien und Polynesien liegend, ist im globalen Vergleich ein Kleinstaat mit rund 890.000 Einwohnern.<sup>1)</sup> Er besteht aus den beiden Hauptinseln Viti Levu, wo sich die Hauptstadt Suva befindet, und Vanua Levu sowie mehreren kleineren Inseln und Inselgruppen. Im Vergleich zu den umliegenden Staaten ist Fidschi jedoch mit rund 18.380 km<sup>2</sup> Landfläche verhältnismäßig groß und hat regional als Verkehrsknotenpunkt und wirtschaftliche Drehscheibe Bedeutung. Ökonomisch bedeutsam sind die Zuckerindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Tourismus, die alle jedoch sensibel auf die anhaltenden innenpolitischen Spannungen reagieren und großen Schwankungen unterworfen sind. Die politische Instabilität und Diskontinuität des Landes muss als wesentlicher Faktor für den geringen Fortschritt beispielsweise in der Exportdiversifizierung angeführt werden. Die anhaltend fragile Lage hat dazu geführt, dass das Investitionsniveau niedrig geblieben ist und besonders die private Investitionsrate bei 5% pro Jahr für die letzte Dekade hinter den Erwartungen der Regierung zurückblieb. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes war in den letzten Jahren gering. Die durchschnittliche Zuwachsrate betrug in den vergangenen zwanzig Jahren nur 2,5%, sodass die jährlich 13.000-15.000 zusätzlich in den Arbeitsmarkt eintretenden Erwerbstätigen kaum von diesem absorbiert werden können.<sup>2)</sup>

Deutlich kann die wirtschaftlich prosperierende Hauptinsel von den anderen Landesteilen unterschieden werden. Ein Großteil der touristischen

Infrastruktur, die wenigen Industriebetriebe sowie die einzige Goldmine des Landes befinden sich auf Viti Levu, wo wiederum der klimatisch begünstigte Westteil mit dem internationalen Flughafen den Hauptteil der Einrichtungen verzeichnet. Die anderen Landesteile sind durch agrarische Lebensform, teilweise auf Basis von Subsistenzwirtschaft, gekennzeichnet. Ein Entwicklungsgefälle besteht zwischen den Küstenlagen und dem abgeschiedenen Landesinneren der Hauptinseln sowie generell zwischen dem entwickelteren westlichen und dem östlichen Landesteil.

In voreuropäischer bzw. vorkolonialer Zeit übte Fidschi als regionale Hegemonialmacht wiederholt auf seine Nachbarstaaten, insbesondere Samoa und Tonga, Einfluss aus. Auch die Gegenwart ist durch enge wirtschaftliche und verkehrstechnische Beziehungen zwischen diesen Staaten gekennzeichnet. Fidschis Besonderheit im Vergleich zu den Nachbarstaaten ist die ethnische Situation.




Bild nur im  
Heft verfügbar

Commodore Frank Bainimarama, Kommandeur der fidschianischen Streitkräfte, informiert am 5. Dezember 2006 in den Queen Elizabeth Barracks in der Hauptstadt Suva die Medien, dass die Regierung Qarase abgesetzt sei und das Militär die Kontrolle im Land übernehme.

Qarase die ethnischen Spannungen zwischen den autochthonen Fidschianern melanesisch-polynesischer Abstammung und den indischstämmigen Fidschianern geschürt habe.

Dieser Putsch war der vierte innerhalb von neunzehn Jahren in dem pazifischen Inselstaat. Befürchtungen wurden laut, dass mit den in immer kürzeren Abständen erfolgten Staatsstreich diese zur Normalität zu werden drohen. Die anhaltende Diskussion, ob es sich bei Fidschi um einen potenziellen „failing state“ handelt oder nicht, zeigt, dass sich das Land in einer dauerhaften Krise befindet, mit weit reichenden Konsequenzen für die Zukunft des Landes und derzeit nur geringer Hoffnung auf kurzfristige Lösungen. Im Folgenden werden die spezifischen strukturellen Auslöser für den aktuellen Konflikt dargestellt sowie auf die langfristig wirkenden historischen Ursachen und Wurzeln der innerfidschianischen Konfrontation eingegangen.

Die autochthonen Fidschianer melanesisch-polynesischer Abstammung, die für sich als Erstbesiedler und „Ureinwohner“ der Inseln Sonderrechte gegenüber den anderen ethnischen Gruppen einfordern, machen rund 54,3% und damit nur knapp mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus. Als zweite große Gruppe bilden die Indo-Fidschianer mit knapp 40% der Bevölkerung ein v.a. in wirtschaftlichen Belangen einflussreiches Gegengewicht. Den Rest bilden Weiße, Mischlinge sowie Bewohner anderer Pazifikstaaten. Das Verhältnis der beiden Hauptbevölkerungsgruppen ist durch ein permanentes Ringen um Ressourcen und Zugang zur Macht sowie um Modalitäten der Landnutzung gekennzeichnet.<sup>3)</sup>



Das Kriegshandwerk und der Krieger genossen in Fidschi in vorkolonialer Zeit besondere Achtung (im Bild ein Kriegstanz um 1840). Auch heute noch wird der Status des Soldaten so hoch bewertet, dass überproportional viele fidschianische Soldaten an UNO-Friedensmissionen beteiligt sind.

Die Ursachen für die gegenwärtigen Ereignisse in Fidschi sind in historischen Gegebenheiten und Entwicklungen der Kolonialzeit verortbar. Der schrittweise Kontakt mit europäischen Entdeckern, Missionaren und Händlern ab 1643 löste einen massiven Kulturwandel aus, der durch die nachfolgenden Siedler, die Kokosnuss und Baumwolle kultivierten sowie schrittweise in großem Stil Zuckerrohrplantagen anlegten, noch verstärkt wurde. Neue ökonomische Praktiken, aber auch die Einfuhr von neuen Technologien und modernen Waffen veränderten in den Jahrzehnten seit der Kontaktsituation sowohl die kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die politischen Machtverhältnisse zwischen den einzelnen autonom agierenden Häuptlingstümern. Dabei spielte auch die christliche Mission (insbesondere protestantische Kongregationen) eine entscheidende Rolle. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die europäische Gemeinschaft in Fidschi bereits so groß, dass Konflikte zwischen den Fidschianern melanesisch-polynesischer Abstammung und den Weißen notorisch wurden. Fehlende Rechtssicherheit beim Eigentumserwerb und im Handel sowie das Unvermögen fidschianischer Häuptlinge, die Ruhe im Land aufrechtzuerhalten, charakterisieren diese Zeit als eine Epoche der Instabilität. Aus diesem Grund sowie auf Grund imperialistischer Begehrlichkeiten, v.a. der USA, offerierte der zur damaligen Zeit mächtigste unter Fidschis Häuptlingen, Ratu Cakobau, das Land den Engländern, um Ruhe und Ordnung herzustellen, die ihm selbst im permanenten Ringen mit anderen fidschianischen Häuptlingen schwer erreichbar schienen.<sup>4)</sup> Die Engländer implementierten nach der Übernahme

der Inselgruppe in ihr Kolonialreich im Jahre 1874 ein System der *Indirect Rule* zur politischen Einflussnahme unter Einbindung lokaler Eliten und Exekutivorgane. Mit der Forcierung der Selbsterhaltung der Kolonie wurden für den Ausbau der Plantagenwirtschaft ab 1879 Inder in stetig steigender Zahl ins Land geholt. Diese Praxis hatte sich bereits in anderen Teilen des britischen Empire erfolgreich bewährt,<sup>5)</sup> um eine große Zahl an willigen Arbeitskräften für die aufwändige Plantagenarbeit zur Verfügung zu haben. Aus Bombay und Madras wurden Inder für jeweils fünfjährige Arbeitskontrakte auf den Zuckerrohrfeldern Fidschis angeworben. Zuckerrohr hatte sich zunehmend zum Hauptanbauprodukt Fidschis entwickelt, nachdem die Baumwolle mit Ende des amerikanischen Bürgerkriegs

und dem damit verbundenen Preisverfall nicht mehr rentabel kultiviert werden konnte. Bis 1916 wurden Inder als Arbeitskräfte ins Land gebracht, und auch danach brach der freiwillige Zuzug nicht ab. Da die meisten der Arbeiter nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge im Land blieben, verschob sich das demografische Verhältnis dramatisch zu Ungunsten der Fidschianer. Hinzu kam, dass die Inder eine wesentlich höhere Geburtenrate als die Fidschianer aufwiesen und Letztere v.a. durch eingeschleppte Krankheiten und die weltweit grassierende Grippe-Epidemie von 1918 stark dezimiert wurden.<sup>6)</sup>

Diese aus fidschianischer Sicht fatale Entwicklung fand ihren Höhepunkt in den 1960er-Jahren, als die Fidschianer in ihrem eigenen Land zur Minderheit wurden. Die Konflikte waren vorprogrammiert: Die christianisierten Fidschianer sahen sich hinduistischen und muslimischen Indern gegenüber. Sogar eine kleine, aber einflussreiche Sikh-Gemeinde hatte sich etabliert. Den Indern - in den nachfolgenden Generationen als Indo-Fidschianer oder indischstämmige Fidschianer bezeichnet - war es nicht nur gelungen, das Kastensystem zu überwinden, sondern in Handel und Gewerbe eine dominierende Stellung zu erringen. Gute Ausbildung, aber auch gewinnorientiertes Handeln standen hier dem traditionellen fidschianischen Reziprozitätsgedanken, der für die gesamte melanesisch-polynesische Region kennzeichnend ist, gegenüber und sorgten für gegenseitige Missverständnisse und Vorurteile.

## Die traditionelle Bedeutung von Land

Ein zentraler Konfliktpunkt im Verhältnis zwischen ethnischen Fidschianern und Indo-Fidschianern ist die Bedeutung von Grund und Boden. Für Fidschianer hat Land, fidschianisch *vanua*, existenzielle Bedeutung als Bezugspunkt für die traditionelle Verortung, die den Gründerahnen eines Dorfes hohe Bedeutung beimisst. Land stellt und stellt für die autochthonen Fidschianer ein wesentliches Element der Identität und Orientierung dar.<sup>7)</sup> Die Kolonialmacht berücksichtigte dies aus Stabilitätsgründen, und die Kontrolle über Land im Sinne von Eigentum wurde den Fidschianern weitgehend zuerkannt. Auch in der Verfassung des seit 1970 unabhängigen Staates ist Eigentum von Land zu über 90% den Fidschianern vorbehalten, während Indo-Fidschianer dieses Land nur zur landwirtschaftlichen oder gewerblichen Nutzung pachten können. Das Auslaufen und die Verlängerung von Pachtverträgen, die von einem speziellen Ministerium, dem *Native Land Trust Board* (NLTB), administriert werden, wurde und wird von Fidschianern als Druckmittel gegenüber den Indo-Fidschianern eingesetzt, um deren Einfluss niederzuhalten.

*Vanua* steht aber auch für eine politische Kategorie im Sinne eines Zusammenschlusses mehrerer Klane, so genannter *yavusas* und *mataqalis*, die nicht notwendigerweise ident mit einzelnen Dörfern sein müssen. In der Regel besteht eine *vanua* aber aus mehreren Dorfgemeinschaften mit einer Vielzahl von Klans, die als Gruppen verstanden werden können, deren Abstammung sich von einem gemeinsamen Gründerahnen ableitet. Mit *Vanua* (hier bewusst groß geschrieben) wird aber auch ein Häuptlingstum bezeichnet. Jener Bereich, der sowohl geografisch als auch im Sinne sozialer und politischer Kategorien als Zuständigkeitsbereich eines Häuptlings oder „chiefs“ angesehen wird. Im Begriff *vakavanua*, übersetzbar in etwa mit „der Weg des Landes“, wird die Verknüpfung der Bedeutung von Grund und Boden und der damit eng verbundenen Politik indigener Fidschianer deutlich. *Vakavanua* sichert den Anspruch auf das Land und institutionalisiert damit eine traditionelle Praxis zum rezenten Machterhalt derjenigen, die traditionellerweise Verfügungsgewalt über das Land hatten. Dies waren seit kolonialer Zeit die *mataqalis*, Klane unter der Führung eines Häuptlings.<sup>8)</sup> Mit dem Begriff *vakavanua* wird eine Beziehung deutlich, die alle indigenen Fidschianer in gleichem Maße betrifft und daher für jeden ein Orientierungspunkt ist, dessen man sich bewusst ist. Es wird dadurch die Stellung des Einzelnen in Bezug auf sein Umfeld im Sinne der statusmäßigen Einordnung zwischen höher- und tieferstehenden Mitmenschen sowie die eigene verantwortliche Rolle innerhalb der Gemeinschaft definiert.<sup>9)</sup>

Im allgemeinen Sprachgebrauch und in der politischen Diskussion wird *vakavanua* als zentrales Element fidschianischer Lebensweise häufig verwendet, um gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen die Notwendigkeit, die Kontrolle über das Land behalten zu müssen, zu unterstreichen. Die radikale, ultra-nationalistische *taukey*-Bewegung, die der rechtskonservativen Partei der ethnischen Fidschianer *Sogosoqo ni vakavulei ni taukey* (SVT) nahe steht und sich aus Mitgliedern dieser Partei rekrutiert, verwendet den Begriff *vakavanua*, um damit ihre Ziele der Priorität fidschianischer Interessen (*Paramountcy of Fijian Interests*) gegenüber indo-fidschianischen Forderungen durchzusetzen. *Taukey* bedeutet soviel wie Einheimischer oder Gastgeber und steht im Gegensatz zu *vulagi*, dem Gast. Von ethnischen Fidschianern werden die Indo-Fidschianer vielfach als *vulagi* bezeichnet, was die unausgesprochene Konsequenz beinhaltet, dass Gäste gewöhnlich nur einen begrenzten Zeitraum bleiben und danach wieder in ihre Heimat bzw. an ihren Herkunftsort zurückkehren. Der bewusste Einsatz des Begriffspaares *taukey-vulagi* ist somit in einem prekären politischen Sinn zu verstehen, da damit die erwünschte zeitliche Begrenztheit des Aufenthaltes der indischstämmigen Bewohner Fidschis von Seiten radikaler traditionsbewusster Fidschianer unterstrichen wird und auch den nunmehr bereits in mehreren Generationen in Fidschi geborenen Nachkommen der ursprünglich eingewanderten indischen Kontraktarbeiter ein dauerhaftes Niederlassungsrecht abgesprochen wird.<sup>10)</sup>

### Indo-fidschianisches Ringen um politische Mitgestaltung und Putsch

Obwohl sowohl durch die Verfassung aus dem Jahr der Unabhängigkeit sowie alle folgenden im Parlament eine fidschianische Mehrheit an Mandaten garantiert war und ist, sind die Jahrzehnte

seit 1970 von einem permanenten Ringen um die politische Macht gekennzeichnet gewesen. Auf der einen Seite waren jene Parteien und Interessenvertretungen, welche die Sache der indigenen Fidschianer vertraten. Hinter diesen Parteien standen der *Great Council of Chiefs* (GCC), die große Häuptlingsversammlung, führende Mitglieder der Armee und Mitglieder der *taukey*-Bewegung. Auf der anderen Seite standen die gemäßigten Parteien, allen voran die von Fidschianern und Indo-Fidschianern gleichermaßen getragene Arbeiterpartei, *Fiji Labour Party* (FLP), sowie die Gewerkschaften, die von jenen indischstämmigen Fidschianern dominiert werden, die überwiegend in der Zuckerrohrproduktion tätig sind.

Eine Parteienkoalition nach den Parlamentswahlen im Jahre 1987, die erstmals eine indo-fidschianisch dominierte Regierung ermöglichte, war schließlich Auslöser für die ersten beiden Militärcoups in der südpazifischen Geschichte unter Colonel Sitiveni Rabuka, die am 14. Mai und 25. September 1987 stattfanden.<sup>11)</sup> Mit der Ausschaltung des Parlaments durch den 1948 geborenen Rabuka, einen hochrangigen, der *taukey*-Bewegung nahe stehenden Armeeeingehörigen, der so zum Premierminister Fidschis wurde und bis 1998 regierte, und einer neuen Verfassung im Jahr 1990, welche die Vormachtstellung der Fidschianer zementierte, wurde der Bruch zwischen den ethnischen Gruppen manifest. Ein Teil der finanziell unabhängigen und besser ausgebildeten Indo-Fidschianer verließ das Land und setzte damit eine Entwicklung in Gang, die bis heute



Colonel Sitiveni Rabuka, der 1987 zwei Putsche initiierte, beim Zapfenstreich nahe der Hauptstadt Suva am 2. Oktober 1987. Rabuka dominierte als Premierminister von 1992 bis 1999 die fidschianische Politik nachhaltig. Seine Rolle in den Ereignissen des Jahres 2000 ist undurchsichtig.

andauert. Seit 1997 sind die Fidschianer wieder in der Mehrheit. Von diesem „brain drain“, v.a. im Bereich des medizinischen Personals und bei Juristen, hat sich das Land seither nicht mehr erholt.<sup>12)</sup> Der Putsch im Jahr 2000 hat diesen Trend dramatisch verstärkt und damit indirekt die Putschereignisse von Dezember 2006 mitbestimmt. Der Druck des Auslands sowie eine nachhaltige wirtschaftliche Talfahrt hatten in den Jahren nach 1987 auf fidschianischer Seite radikale Gruppen (v.a. die rechtskonservative *taukey*-Bewegung) in die Defensive gedrängt und ein kompromissbereiteres Klima geschaffen, in dem eine neue Verfassung ausgearbeitet wurde, die beiden Bevölkerungsgruppen annähernd gleiche Rechte zusprach. Sie sicherte aber den indigenen Fidschianern nach wie vor eine Majorität an Mandaten in beiden Kammern des nach britischem Vorbild strukturierten Parlaments.



Die im Jahr 1997 implementierte und von allen zumindest vordergründig akklamierte neue Verfassung, die auf den Empfehlungen einer dreiköpfigen internationalen Kommission beruhte, die in den Jahren 1995-1996 intensive Konsultationen mit allen betroffenen Interessengruppen geführt hatte, stellte die Weichen für den ersten indischstämmigen Regierungschef, den 1942 geborenen Mahendra Chaudhry, Vorsitzenden der *Fiji Labour Party* (FLP). Dieser regierte nach dem Sieg bei den ersten Wahlen nach der neuen Verfassung genau ein Jahr vom 19. Mai 1999 bis zum 19. Mai 2000, bevor er von dem zivilen Geschäftsmann George Speight gestürzt wurde. Dieser hatte Strafverfolgung auf Grund illegaler Geschäftspraktiken und Korruption im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Vorsitzender bzw. Geschäftsführer der Holz verarbeitenden Betriebe *Fiji Pine Limited* und *Fiji Hardwood Corporation* zu erwarten gehabt und war daher aktiv geworden. Speight, mit fidschianischem Namen Ilikini Naitini, war ein umstrittener Geschäftsmann, der sich vorher in zahlreichen Unternehmen mit bescheidenem Erfolg engagiert hatte. Geboren in Fidschi, hatte Speight die überwiegende Zeit in Australien gelebt. Seine Mutter ist ethnische Fidschianerin, sein

Kamisese Mara) die Option eröffnete, im Kampf um die zukünftige Machtverteilung als Sieger hervorzugehen und gleichzeitig die Vorgehensweise des zivilen Putschisten zu verurteilen. Ziel des Putsches war es, die indo-fidschianisch dominierte Regierung zu entmachten, eine ethnisch homogene fidschianische Regierung zu installieren und die Vormachtstellung bzw. die Vorrechte der Fidschianer in einer neuen Verfassung nachdrücklich zu verankern. Diese Ziele wurden von vielen indigenen Fidschianern und v.a. von der überwiegenden Zahl der Mitglieder des GCC geteilt. Auch die Armee, die zu über 90% aus ethnischen Fidschianern besteht, identifizierte sich teilweise mit den Zielen der Putschisten.<sup>13)</sup> Ihr Verhalten unter ihrem Anführer Commodore Voreque Bainimarama in den ersten zwei Wochen der Geiselnahme zeigte, dass sie sich in ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung, sich für eine Freilassung und Wiederherstellung der demokratisch gewählten Regierung einzusetzen, zumindest anfangs zurückhielt. Die Passivität der Armee und Polizei in den ersten Tagen des Putsches trug mit zu einer Eskalation der Situation im Land bei, da dadurch ein radikalisierte Mob ungehindert indo-fidschianische Geschäftslokale und Wohnstätten verwüsten konnte. Der Präsident

Ratu Mara, der anfangs den Coup verurteilte, wechselte mit Fortdauer der Geiselnahme die Fronten und näherte sich schrittweise den Forderungen der Putschisten an. Speights Karten sahen anfangs so gut aus, dass man davon ausging, er könnte in einer neuen Regierung eine zentrale Rolle spielen. Es war ihm gelungen, große Teile der fidschianischen Bevölkerung durch seine rhetorischen Fähigkeiten auf seine Seite zu bringen. Trotzdem gab es auch auf fidschianischer Seite eine nicht geringe Anzahl warnender Stimmen, die sowohl die Vorgehensweise als auch die sich daraus ergebenden verfassungsrechtlichen Konsequenzen als nicht akzeptabel ansahen. Ergänzt durch einen dramatisch wachsenden Druck der internationalen Gemeinschaft, allen voran Australien, Neuseeland und die USA, wurde schließlich die Armee zum Angelpunkt aller Lösungsvorschläge. Da der GCC nicht fähig war, sich auf eine Linie zu einigen, und die Mitglieder dieses Gremiums nicht in der Lage waren, einen einstimmigen Beschluss herbeizuführen, konnte Speight Spielraum

gewinnen, den er unter Miteinbeziehung unterprivilegierter und sich benachteiligt fühlender Fidschianer auf der Straße ausübte. Es gelang ihm sogar, durch Drohungen den Präsidenten zu einer passiven Haltung zu bewegen, die erst vom Militär dadurch gelöst wurde, dass es das Kriegsrecht verhängte und den Präsidenten damit entmachtete. Bainimarama musste sich schließlich zu einer härteren Gangart gegenüber den Putschisten entscheiden, nachdem die Situation im Land auszufern drohte. Von den Putschisten mobilisierter und mit Waffen unterstützter Mob hatte an mehreren Stellen in Fidschi mit Straßensperren, der Besetzung von Militär- und Polizeistützpunkten sowie eines wichtigen Staudammes,<sup>14)</sup> der weite Teile Fidschis mit Elektrizität versorgt, begonnen, das Funktionieren des Landes ernsthaft zu gefährden. Auf Druck der Armee kam schließlich eine Übereinkunft zustande, der so genannte *Muanikau Accord*, der eine Freilassung der Geiseln sowie die Abgabe aller Waffen (welche die Putschisten aus Armeebeständen entwendet hatten) regelte und im Gegenzug dafür eine Amnestie der Putschisten in Aussicht stellte.

## Bild nur im Heft verfügbar

Ansicht des im Jahr 1992 erbauten neuen Parlamentsgebäudes, in dem im Jahr 2000 ein Großteil der damals amtierenden Regierung von Mahendra Chaudhry vom Putschisten George Speight als Geisel gefangen gehalten wurde.

Vater europäisch-fidschianischer Abstammung. Als nur „halber“ Fidschianer wird er nicht von allen indigenen Fidschianern in gleicher Weise als „echter“ Fidschianer angesehen und v.a. von einzelnen Mitgliedern der Häuptlingsversammlung, des *Great Council of Chiefs* (GCC), als niedriger stehend betrachtet, trotz seines Einsatzes für die indigene fidschianische Sache. Unterstützung fanden seine politischen Ziele v.a. bei Mitgliedern der *tauvei*-Bewegung sowie der *Counter Revolutionary Warfare Unit* (CRWU), einer von Rabuka nach 1987 als Sondereinheit innerhalb der fidschianischen Armee geschaffenen Eliteeinheit, die sich als Hüterin ethnisch-fidschianischer Werte verstand.

Mit der Besetzung des Parlamentsgebäudes in der Hauptstadt Suva und der Gefangennahme fast der gesamten Regierung von Premierminister Mahendra Chaudhry als Geiseln am 19. Mai 2000 war eine Patt-Situation entstanden, die für alle handelnden Akteure (die Putschisten, die Armee, den GCC bzw. einzelne seiner Mitglieder und den zur Zeit des Putsches amtierenden Präsidenten Ratu Sir

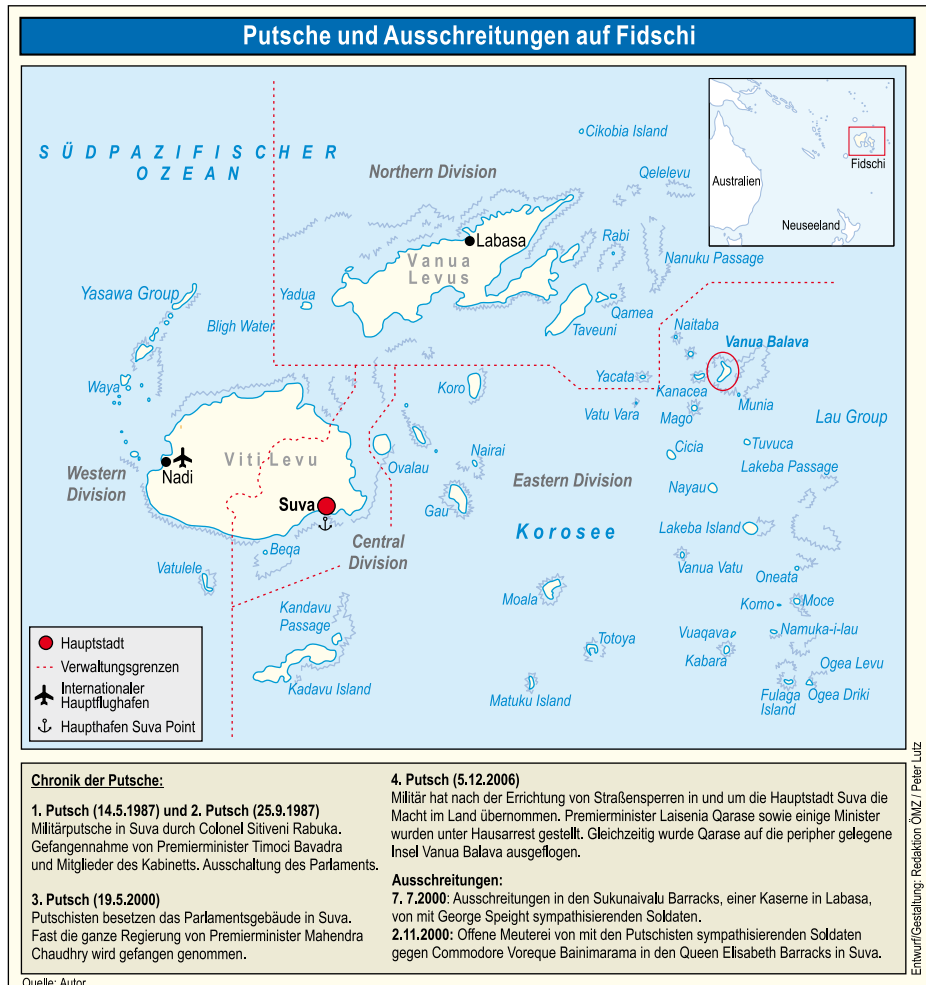


Die Diskussion um eine Übergangsregierung, welche die Weichen für eine neue - den indigenen Fidschianern mehr Rechte einräumende - Verfassung stellen sollte, gestaltete sich schwierig, da Speight seine Vertrauenspersonen (größtenteils Leute, die gleichzeitig Mitglieder des GCC waren) in einer neuen Regierung verankert wissen wollte. Er selbst unterstrich in dieser Zeit mehrmals, dass er der geeignetste Mann für den Posten des Premierministers sei. Erst durch Druck der Armee kam es zu einem Kompromissvorschlag, der den 1941 geborenen Laisenia Qarase als neuen Premierminister, Ratu Epeli Nailatikau als Vizepremier sowie den 1920 geborenen Ratu Josefa Iloilo als neuen Staatspräsidenten vorsah. Der neue Premierminister zeigte sich wider Erwarten als ein von Speight unabhängiger politischer Repräsentant und betonte, bei grundsätzlicher Sympathie für die Anliegen der ethnischen Fidschianer die Notwendigkeit, die Interessen beider großer Bevölkerungsgruppen im Land zu vertreten. Die Armee nahm schließlich die Tatsache, dass zwar die Geiseln am 13. Juli freigelassen und das Areal des Parlaments wieder von den Putschisten verlassen, aber nicht alle Waffen an die Armee retourniert worden waren, zum Anlass, um Speight und seine wichtigsten Mitstreiter am 27. Juli 2000 gefangen zu nehmen.

Die Rolle der Armee muss differenziert gesehen werden. Sie verhielt sich im Jahr 2000 auf Grund ihrer inneren Gespaltenheit - der größere Teil stand zur Verfassung, ein kleinerer Teil sympathisierte offen mit den Putschisten - anfangs zurückhaltend. Bainimarama ergriff jedoch die sich bietende Gelegenheit, den schwankenden Präsidenten zum Rücktritt zu bewegen und selbst die entscheidende Rolle als Vermittler und schließlich die Bedingungen diktierende Ordnungsmacht zu übernehmen. Die Heterogenität innerhalb der Armee wurde durch zwei Ereignisse deutlich. Am 7. Juli 2000 war es in den Sukunaivalu Barracks, einer Kaserne in Labasa, der größten Stadt Vanua Levus, zu Ausschreitungen von mit Speight sympathisierenden Soldaten gekommen, bei denen u.a. indo-fidschianische Frauen vergewaltigt und Geschäfte geplündert wurden. Loyale Soldaten beendeten damals schließlich die Übergriffe. Am 2. November 2000 war es in den Queen Elisabeth Barracks, der größten Kaserne auf Viti Levu, schließlich zu einer offenen Meuterei von mit den Putschisten sympathisierenden Soldaten gegen Bainimarama gekommen, bei der der Kommandeur der Streitkräfte getötet werden sollte. Loyale Soldaten konnten die Rebellen, die überwiegend der CRWU angehörten, niederkämpfen und vier von ihnen töten sowie 42 weitere gefangen nehmen. Vermutungen, dass hinter diesem Aufstand Sitiveni Rabuka, der Gründer der CRWU, gestanden sei, verstummten nie und wurden bis Dezember 2006 gerichtlich untersucht; es gab jedoch keine schlüssigen Beweise. Die Folge dieser Ereignisse war die Auflösung der CRWU, die innerhalb der Armee einen nicht zu kontrollierenden „Staat im Staate“ darstellte.

## Die Rolle des GCC und rivalisierende Häuptlingsfamilien

Interessant ist die Rolle der traditionellen Häuptlingsversammlung GCC. Dieses Gremium, in dem alle Chefs der traditionellen Häuptlingstümer versammelt sind, fungiert als „Schattenkabinet“ und ergänzt bzw. konterkariert die Tätigkeit des Parlaments. Keine wesentliche Entscheidung im Parlament kommt ohne Zustimmung des GCC zustande. Das Drängen der Verfassungsreformer von 1995-1996 und Indo-Fidschianer (die naturgemäß nicht im GCC vertreten sein können), den Einfluss des GCC einzuschränken, wurde von ein-



flussreichen Fidschianern immer wieder mit dem Hinweis abgelehnt, dass dies eine traditionelle rein fidschianische Institution sei.<sup>15)</sup> Dies ist insofern richtig, als es sich um eine Institution handelt, die von Beginn ihrer Entstehung an keine Inder in ihren Reihen aufwies. Falsch ist die Ansicht vieler Fidschianer, dass es sich beim GCC um eine „echte“ traditionelle, d.h. voreuropäische Tradition handle, denn der GCC wurde erst vom ersten britischen Gouverneur Sir Arthur Gordon im Zuge der Installierung einer *Native Fijian Administration* nach 1874 ins Leben gerufen, um alle Häuptlinge zu bündeln und einen Ansprechpartner zur Durchsetzung britischer Interessen zu haben. Die moderne fidschianische Elite bedient sich hier einer Tradition, die so keine war.<sup>16)</sup> Dass eine Bezugnahme auf traditionelle, voreuropäische Verhältnisse zunehmend eine Rolle spielt, ist auch aus der Tatsache ablesbar, dass in den vergangenen Jahren Konflikte zwischen den einzelnen Häuptlingstümmern aufbrachen und eine Diskussion, was nun „traditionell“ sei, landesweit geführt wird. Diese Traditionalis-

musdebatte hat weit reichende Bedeutung, denn sie beinhaltet auch den Wunsch von Seiten indigener Fidschianer nach Erhalt bzw. die Rückbesinnung auf Privilegien der alteingesessenen Eliten. Manche Forderungen nach „traditionellem“ Verhalten entfernen sich deutlich vom demokratischen Verfassungsbogen und stellen z.B. die in der Verfassung verankerte geschlechtliche Gleichstellung wieder in Frage.

Aber auch die zeitweise aufflammenden Sezessionsbestrebungen des westlichen Teils der Hauptinsel Viti Levu im Zuge der Ereignisse des Jahres 2000 zeigen, dass die Tendenz zur Fragmentierung innerhalb der fidschianischen Häuptlingstümer groß und die Einigkeit gering ist.<sup>17)</sup> Das Verhältnis der Häuptlinge zueinander ist zwiespältig und durch die Rivalität jener Häuptlinge geprägt, die alte Feindschaften weiterführen und damit das Ringen um Macht und Einfluss unterschiedlicher Häuptlingstümer in der voreuropäischen bzw. vorkolonialen Zeit widerspiegeln. Im nun unabhängigen Fidschi brechen nach mehr als dreißig Jahren Unabhängigkeit diese Konflikte wieder auf. Am sichtbarsten ist dabei die Rivalität zwischen den Häuptlingen des östlichen und westlichen Landesteils. Dieser jahrhundertelange Konflikt spiegelt sich auch in der Rivalität der drei Konföderationen<sup>18)</sup> *Kubuna*, *Tovata* und *Burebasaga* wider und erhält durch die Bestrebungen der Westprovinzen, eine vierte Konföderation zu gründen, neue Brisanz. Wenngleich die Bestrebungen noch zu keiner echten Abspaltung geführt haben, so war das partikulare Verhalten der Häuptlinge der Westprovinz bei den Sitzungen des GCC im Jahr 2000 ein klarer Schuss vor den Bug dieses Gremiums, die Interessen des Westens in Hinkunft mit mehr Aufmerksamkeit zu bedenken. Dies schließt auch und v.a. eine bessere finanzielle Dotierung der Region ein. Mit den Schlüsselindustrien, dem größten Flug- und Seehafen sowie den überwiegenden Anbauflächen für Zuckerrohr war und ist der Westteil Fidschis ökonomische „Kornkammer“. In

seines geplanten Wunschkabinetts im Jahr 2000 ließ klar erkennen, welche Ziele hinter dieser Entscheidung standen: Die Politikerin, aus der angesehenen Familie Cakobau stammend, verkörperte die Interessen einer Clique, die sich seit der Unabhängigkeit 1970 die Pfründe in Fidschi teilen konnte, bis sie von der Familie Mara zunehmend von den Töpfen der Macht und den damit verbundenen ökonomischen Möglichkeiten verdrängt wurde. Innerhalb der ethnischen Fidschianer galt die Sechzigjährige, im Jahr 2000 in der Funktion als Botschafterin Fidschis in Malaysia, als populäre Persönlichkeit. Die missglückten Bestrebungen Speights, ihre Ernennung voranzutreiben, wurden von Beobachtern als der grundsätzliche Versuch einer Bedeutungsaufwertung der Familie Cakobau gewertet, der gleichzeitig mit einem Rückzug bzw. einem Zurückdrängen des Einflusses des viele Jahre dominierenden Ratu Kamisese Mara und seiner Familie verbunden war. Vermutungen sprechen von langfristigen Weichenstellungen innerhalb der indigenen fidschianischen Gesellschaft und internen Machtkämpfen zwischen den beiden traditionell politisch agierenden und anerkannten Familien. Die Cakobaus repräsentieren den machtvollsten Klan in der Konföderation *Kubuna*. Ratu Sir Kamisese Mara hielt dieselbe Position in der Konföderation *Tovata*, während seine Frau Ro Lady Lala Mara der höchste Häuptling der dritten Konföderation, *Burebasaga*, ist. *Burebasaga* inkludiert Teile West-Viti Levus und ist gleichzeitig die Basis für Mahendra Chaudhrys Macht als Heimat des größten Teils der indisch-stämmigen Bevölkerung Fidschis. Mit der Zurückdrängung des Einflusses der Familie Mara versucht die Familie Cakobau wieder Anschluss an ihre dominante Rolle innerhalb der fidschianischen Politik zu finden. Auch wenn Speight ad personam im Jahr 2000 scheiterte, so gab es „Kriegsgewinner“, denn es kam tatsächlich zu einem Wechsel von Personen in Schlüsselpositionen und dabei zu einem Wechsel

von Protagonisten dominierender Häuptlingstümer, mithin zu einer Schwerpunktverlagerung von Repräsentanten der Konföderation *Tovata* zu solchen von *Kubuna*. Damit ist die Betrachtung des Putsches von 2000 als rein ethnisch motiviertes Ereignis deutlich relativiert. Tatsächlich wurde der indo-fidschianisch/fidschianische Konflikt als Vorwand genommen, um die Regierung zu stürzen und Unterstützung in der indigenen fidschianischen Gesellschaft zu erhalten. Die tiefer liegenden Gründe für die Ereignisse waren jedoch rein innerfidschianischer Natur.<sup>19)</sup>

Eine weitere Ebene des Konfliktes ist die Rolle des Häuptlingstums insgesamt sowie das Verhältnis der Fidschianer zu ihren Häuptlingen. Speight, selbst bürgerlicher Abkunft und nicht mit einer Häuptlingswürde ausgestattet, ist es gelungen, binnen kürzester Zeit eine große Anhängerschar um sich zu versammeln und damit den Präsidenten Ratu Mara zu desavouieren. Die Art und Weise, wie Speight Mara zum Rücktritt aufforderte, und die unschlüssige Reaktion des Präsidenten haben im Jahr 2000 dem Präsidentenamt, mehr noch aber Mara in seiner Eigenschaft als Häuptling,

nachhaltig geschadet. Die Ziele von Speights Handeln für die indigene fidschianische Gemeinschaft waren grundsätzlich im Sinne des Präsidenten. Gleichwohl musste er sich dazu durchringen, die Art und Weise der Umsetzung der Ziele zu verdammen, da diese verfassungswidrig und mit Gewalt erreicht werden sollten. Mara war der Reagierende und nicht der Agierende in dieser verfahrenen Situation. Der bürgerliche Speight hat hier unter sichtbarem Ignorieren von traditionellen Respektsbekundungen und unter Missachtung des

## Bild nur im Heft verfügbar

Blick in den großen Plenarsaal, dem Herzstück des neuen Parlamentsgebäudes in der Hauptstadt Suva. An den Wänden befinden sich Keulen als Symbole der traditionellen Häuptlingstümer, an der Decke Fahnen aus Tapa-Baststoff, welche die einzelnen Distrikte des Landes repräsentieren.

der Vergangenheit hat jedoch dieser Teil Fidschis in Relation zu seiner Produktivität nur ungenügend Geld aus Suva zurückerstattet bekommen, ein Umstand, der wiederholt von den Verantwortlichen der Westprovinz angeprangert worden war.

Eine damit verbundene Ebene des Konfliktes ist die Rivalität einzelner Familien bzw. Klans, die über Generationen in Fidschi eine große Rolle gespielt haben. Speights Nominierung des Häuptlings von Bau, Adi Samanunu Talakuli Cakobau, als neue Premierministerin

Protokolls, das im Handeln mit Häuptlingen ein komplexes System an ritualisierten Verhaltensweisen vorsieht, eine neue Art des Umgangs mit Häuptlingen vorgeführt, die sich von der traditionell unterwürfigen Annäherung an Häuptlinge unterschied. Dasselbe gilt für den GCC, denn dieses Gremium hat sich im Zuge der Ereignisse nach dem 19. Mai 2000 zeitweise durch eine deutlich sichtbare Unschlüssigkeit und Schwerfälligkeit ausgezeichnet, was nicht nur auf die unterschiedlichen Ansichten der einzelnen Mitglieder dieser Institution zurückzuführen war, sondern auf den Ballast an traditionellem Ritual. Salopp formuliert: Wo Speight als Symbol einer neuen, aufstrebenden, unternehmerisch tätigen Mittelschicht mit wenig Respekt vor Tradition mit dem Mobiltelefon die Aktionen seiner Anhänger im Land koordinierte, agierte der GCC zu langsam, um die Entwicklung bestimmen zu können. Besprechungen, die am Morgen begannen, gelangten erst um die Mittagszeit zu den zu behandelnden Themen, weil die erste Hälfte des Tages mit elaborierten Begrüßungen, Anrufungen der Ahnen im Rahmen von Kava-Zeremonien und ausufernden Respektsbekundungen zueinander verstrichen war. Wo die Putschisten agierten, konnte die Häuptlingsversammlung bestenfalls nur mehr reagieren.

Dies ist zumindest teilweise auf die lokalen Mechanismen von Konfliktbehandlung bzw. des Konfliktmanagements zurückzuführen, die ihre Wurzeln wiederum in melanesischen bzw. polynesischen Kulturtraditionen haben. Komplexe Zeremonien, bei denen potenziellen Kontrahenten die Möglichkeit des Austausches divergierender Standpunkte gegeben wird (ohne dass die Beteiligten fürchten müssen, ihr Gesicht zu verlieren), haben eine deeskalierende Funktion und im konkreten Fall unter Umständen eine Verschärfung der Situation verhindert bzw. verlangsamt.

Der Sieg der Traditionalisten<sup>20)</sup> im Zuge der Ereignisse um den 19. Mai 2000 diente v.a. dem Machterhalt der Häuptlinge, deren Nutzen als identitätsstiftender Faktor aber in einer modernen Welt zunehmend von größeren Teilen der indigenen fidschianischen Bevölkerung hinterfragt wird. Mit der Argumentation der Rückbesinnung auf die Traditionen melanesisch-polynesischen Ursprungs und der Verdammung moderner, westlicher Einflüsse auf politischer Ebene (und damit einer zumindest partiellen Negierung einer parlamentarischen Demokratie mit ihren Kontrollgremien) wird derzeit vom GCC und den ethnisch-fidschianischen Parteien tendenziell die Stärkung traditioneller politischer Entscheidungsmechanismen forciert. Diese räumen aber dem Einzelnen im Vergleich zu „modernen“, d.h. in den Verfassungen seit der Unabhängigkeit Fidschis verankerten Mechanismen der parlamentarischen Demokratie mit der Existenz von Parteien und sonstigen Interessenvertretungen weniger Rechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten ein. Mit anderen Worten: Mit der von den Häuptlingen gewünschten Rückbesinnung auf traditionelle Werte würden diese wieder eine größere Kontrolle über ihre Untertanen erlangen, die sie durch die Existenz der derzeit existierenden demokratischen Institutionen seit der Unabhängigkeit (und natürlich schon vorher in der Kolonialzeit) verloren haben. Immer mehr Fidschianer, insbesondere im städtischen individualistischeren Umfeld, sehen diese Tendenz und hinterfragen die Deutungshoheit der traditionellen Führer.

### **Eskalation der Landfrage, Korruption und neuerlicher Putsch**

Der Putsch von Dezember 2006 ist untrennbar mit den Ereignissen des Jahres 2000 verbunden. Die Kontinuität in den genannten Konfrontationsbereichen hat über den Zeitraum von sechs Jahren eine weitere Brisanz erfahren. Zentral dabei: das Auslaufen tausender

Pachtverträge der Indo-Fidschianer. Die meisten mit gestaffelten Jahresfristen, aber häufig auf 99 Jahre abgeschlossenen Pachtverträge, welche die zweckgebundene Nutzung, die Höhe der Pacht und Details der Verfügungsrechte regelten, liefen ab 1999 aus, mit einem Höhepunkt in den Jahren 2001 und 2002. Die Verwaltung dieser nicht nur für viele Indo-Fidschianer existenziellen Problematik oblag dem *Native Land Trust Board* (NLTB). Dieser war jedoch nicht willens bzw. überfordert, die Angelegenheit zur Zufriedenheit von Pächtern und Landbesitzern zu regeln. Im Gegenteil, der NLTB vertrat überwiegend einseitig die Interessen der Landbesitzer und trug damit entscheidend zur Polarisierung im fidschianisch/indo-fidschianischen Verhältnis bei. Viele indigene Fidschianer nutzten



George Speight vor dem Parlamentsgebäude. Mit seinem Mobiltelefon dirigierte er seine Anhänger während des Putsches im Jahr 2000 zu neuralgischen Punkten und war über die aktuellsten Entwicklungen laufend informiert. Er gilt als sichtbarster Vertreter einer neuen, unternehmerisch tätigen fidschianischen bürgerlichen Oberschicht, die sich politisch engagiert.

die Gelegenheit der ausgelaufenen Pachtverträge, diese nicht mehr zu erneuern und selbst Nutzungsansprüche für die Grundstücke geltend zu machen. Andere verlangten extrem überhöhte Pachtgebühren als Bedingung für die Bereitschaft zu einem Neuabschluss bzw. einer Verlängerung der Pacht. Die juristischen Grundlagen dafür waren teilweise nicht gegeben bzw. fragwürdig. Dabei ist zu beachten, dass auch die fidschianische Seite von den bestehenden Rechtsgrundlagen nicht nur Vorteile zu erwarten hatte. Fidschianische Landbesitzer, die sich auf ihre traditionellen Rechte und ihre Verbindung zum Land als zentrales Element der Orientierung und Identifikation berufen, haben wiederholt darauf verwiesen, dass indischstämmige Landpächter, die dieses Land gewinnbringend verwenden, hohe Gewinne lukrieren konnten und nur eine geringe festgelegte Pacht zu entrichten hatten, die in keinem Verhältnis zu den Nutzungsmöglichkeiten stand. So



wurde beispielsweise Land, das ursprünglich für den Anbau von Zuckerrohr oder anderen landwirtschaftlichen Produkten von Fidschianern verpachtet worden war, von indischstämmigen Fidschianern häufig auch für andere Zwecke verwendet, so z.B. für die Errichtung kleiner gewerblicher Produktionsstätten oder Hotels. Die Tatsache, dass von den Pachtgeldern, die fidschianische Landbesitzer von indo-fidschianischen Pächtern erhielten, nur ein vergleichsweise kleiner Teil tatsächlich den jeweiligen Eigentümern verblieb, ist kein Verschulden der indischstämmigen Pächter, sondern vielmehr dem reformbedürftigen System der Land-Verwaltung anzulasten



Bild nur im  
Heft verfügbar

Traditionelle fidschianische Kava-Zeremonie, die am Beginn jeder Versammlung bzw. jedes öffentlichen Ereignisses abgehalten wird. In einer speziellen Holzschale wird der Trank zubereitet, der dann in der Reihenfolge der Bedeutung der Anwesenden ausgeschenkt wird.

und führte zu Verbitterung auf Seiten der Fidschianer. Rund 30% der Pachtgebühren erhält im Normalfall der NLTB, der für die Administration und rechtliche Absicherung entsprechender Transaktionen zuständig ist, weitere rund 50% versickern bei diversen Stellen auf Provinz-, Distrikts- und Dorfebene. Dabei kommen die jeweiligen politischen Verantwortlichen zum Zug - in den meisten Fällen Personen, die in der Funktion von Vorstehern in den jeweiligen Gremien agieren. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil von rund 20% der Gesamtsumme verbleibt so dem eigentlichen Besitzer.

Die Regierung von Laisenia Qarase vertrat in den Jahren 2001 bis 2006 einseitig die Interessen der Fidschianer zum Nachteil der Indo-Fidschianer. Dies trug dazu bei, dass sich auf indo-fidschianischer Seite regelrechte Tragödien abspielten, da hunderten Familien die Lebensgrundlage von einem Tag zum anderen genommen wurde. V.a. auf der Westseite von Viti Levu sowie in Teilen Vanua Levu nahm die Vertreibung der Pächter von den Feldern exodushafte Züge an, und die in Lautoka und Labasa gestrandeten Menschen mussten als Binnenflüchtlinge von staatlicher Seite versorgt werden. Die Emigration von Indo-Fidschianern nahm drastisch zu, sodass sich binnen dreier Jahre die Zahl der Indo-Fidschianer im Land um mehrere zehntausend verringerte. Atmosphärisch war die Stimmung in den vergangenen Jahren in der indo-fidschianischen Community von dem Gedanken „nur weg“ geprägt, sofern es die finanziellen Mittel sowie die familiären und beruflichen Perspektiven erlaubten. Mit dem dramatischen Aderlass an Arbeitskraft und geistiger Qualifikation wurde der fidschianischen Wirtschaft nachhaltiger Schaden zugefügt. De facto wurde dem Inselstaat das agrarische Rückgrat gebrochen, da die Zulieferung von Zuckerrohr an die für den Export

bedeutsamen Zuckermühlen zusammenbrach. Auch die Versorgung mit sonstigen landwirtschaftlichen Produkten litt durch Ernteausfälle. Von jenen Fidschianern, die ihre Felder von den vertriebenen Pächtern übernahmen, konnten diese Auswirkungen nicht ausgeglichen werden. Auch in vielen anderen Wirtschaftsbereichen fehlten sowohl von der Zahl als auch der Qualifikation her dringend benötigte Kompetenzträger. Mit dem Weggang tausender Inder gingen dem Land auch wichtige Investitionsmittel verloren. Der Kapitalabfluss ging einher mit drastischen Rückgängen im Tourismus. Die Abwärtsspirale konnte bis heute nicht durchbrochen werden und hat sich seit dem jüngsten Putsch im Dezember 2006 noch einmal beschleunigt.

Die politische Entwicklung seit 2001 spielte jenen in die Hände, die eine Radikalisierung und rigorose Exekution der Möglichkeit, die Indo-Fidschianer zu marginalisieren, forcierten. Obwohl der oberste Gerichtshof Fidschis am 1. März 2001 zum Urteil gelangte, dass die durch den Putsch im Jahr 2000 entmachtete Regierung noch im Amt sei, wurde dies von Seiten der interimistisch regierenden Machthaber ignoriert. Qarase löste am 15. März 2001 das Parlament auf und setzte Neuwahlen für den 25. August desselben Jahres an. Am 10. September 2001 wurde Laisenia Qarase, der wenige Wochen vor der Wahl eine neue Partei als Sammelbecken für alle nationalistischen und ultra-rechtskonservativen Parteien gegründet hatte, zum Premierminister gewählt, indem seine Partei 32 von 71 Mandaten erreichte, gegenüber 27 der *Fiji Labour Party*. Die neu gegründete *Fijian People's Party* (*Soqosoqo Duvata ni Lewenivanua*, SDL) übte in der Folge trotz vehementen Protestes seitens indo-fidschianischer Interessenvertretungen nur geringen Druck auf den NLTB aus, die Landfrage

einer für alle tragbaren Lösung zuzuführen. Im Gegenteil dachte die Regierung mehrmals öffentlich an eine Neuverteilung und gesetzliche Neuregelung der Landfrage im Rahmen der „Indigenous Lands Claims Tribunal Bill“, die mit eindeutigen Verschlechterungen für die noch verbliebenen Indo-Fidschianer verbunden gewesen wäre. Zuletzt wurde im Jahr 2004 am Entwurf einer Neugliederung der Besitz- und Pachtverhältnisse sowie der Fischereirechte in den Küstenbereichen der beiden Hauptinseln gearbeitet, der so genannten „Qoliqoli Bill“, ein Vorhaben, das auf eine Verdrängung der dort befindlichen indo-fidschianischen Bevölkerung hinauslief. Nach starken Protesten gegen das Vorhaben sagte Qarase im Herbst 2005 eine Überarbeitung des Gesetzentwurfes zu. Begleitet waren diese Maßnahmen von der seit dem Jahr 2001 ausufernden Korruption, Klientelwirtschaft, massiver Kollision und grassierendem Nepotismus. Qarase förderte einseitig seine indigene fidschianische Wählerschaft, insbesondere bei Auftragsvergaben, und weigerte sich beispielsweise, gemäß der verfassungsmäßig üblichen Vorgangsweise die größte Oppositionspartei, Chaudhrys multiethnische FLP mit den ihr zustehenden 47% an der Kabinettszusammensetzung zu beteiligen. Die Regierungsbildung gestaltete sich 2001 entsprechend problematisch und vertiefte seither die ethnischen Spannungen im Land.

Das Gerichtsverfahren gegen die Putschisten und George Speight zu jener Zeit war von klaren Sympathiebekundungen seitens der Regierung Qarase für die des Hochverrats Angeklagten begleitet. So konnte Speight von seinem Haftort Nukulau Island, wo er vergleichsweise komfortabel mit den Mitangeklagten seine Verurteilung abwartete, an den Kommunalwahlen seines Distriktes teilnehmen und wurde prompt von seinen Anhängern in das Unter-



haus der *Tailevu North Communal Constituency* gewählt. Am 18. Februar 2002 wurde er wegen Hochverrats zum Tod verurteilt, die Strafe aber am darauf folgenden Tag von Präsident Ratu Josefa Iloilo in lebenslange Haft umgewandelt. Er durfte weiter auf der kleinen, Suva vorgelagerten Insel Nukulau, die vor ihrer Umwandlung in eine Gefängnisinsel als Ausflugsziel für die Stadtbewohner fungiert hatte, seine Haftstrafe absitzen. Qarase hatte mit der so genannten „Promotion of Reconciliation, Tolerance and Unity Bill“ sogar eine durch den jüngsten Putsch jedoch obsolet gewordene Amnestie für Speight erwirken wollen. Erst am 20. Dezember 2006 wurde er nach dem Fall der Regierung Qarase von der Militärregierung in das Naboro-Hochsicherheitsgefängnis überstellt.

Einer der Auslöser für den Putsch der Armee unter ihrem Kommandeur Bainimarama war die im Frühsommer 2005 verkündete Ankündigung des Regierungschefs, eine Amnestieregelung auf den Weg zu bringen, die den Putschisten des Jahres 2000, allen voran Anführer George Speight, die vorfristige Freiheit ermöglicht hätte. Die Armee kristallisierte sich in ihrer Argumentation zunehmend als besonnenerer Gegenpol zur Regierung heraus. Bainimarama war es in den vergangenen Jahren gelungen, die Armeeführung geschlossen auf seine Person einzuschwören und lokal inspirierte Partikularinteressen zu unterbinden. Interne Kritiker wurden aus der Armee ausgeschlossen und jene Kräfte, die im Jahr 2000 auf Seiten der Putschisten gestanden hatten, durch interne Investigation lokalisiert und weitgehend ausgeschaltet. Damit hatte die Armee an Bewegungsspielraum gewonnen, die sie zu einem Machtfaktor machte, der von der Regierung nicht mehr ignoriert werden konnte. Der wirtschaftliche Niedergang des Inselstaates wurde zwar auch von der weitgehend von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossenen Opposition, insbesondere von der FLP, thematisiert, die Armeeführung unter Commodore Bainimarama konnte jedoch deutlich mehr Druck auf die Regierung ausüben, polarisierende Gesetzesvorlagen zurückzunehmen. Bainimarama hat zwischenzeitig klar erkannt, dass er die Indo-Fidschianer braucht, um einen weiteren Niedergang des Landes zu stoppen, und wandte sich daher explizit gegen jene radikalen Fidschianer, die in dieser Frage nicht kompromissbereit waren. Seiner mehrfach öffentlich postulierten Einschätzung nach kann es keine langfristige Lösung für die Probleme des Landes geben ohne eine Einbindung der indo-fidschianischen Community in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse.

Die Wahlen am 18. Mai 2006 konnte Qarase ein weiteres Mal für sich entscheiden, wenn auch nur mehr mit einem hauchdünnen Vorsprung gegenüber seinem Konkurrenten Mahendra Chaudhry. Anstehende Reformen, v.a. bezüglich der Landrechtsfrage und im Bankensektor, wurden jedoch nicht angegangen. Bainimaramas Kritik an den Zuständen, die er als Gefahr für das Land bezeichnete, veranlassten den Premierminister seinerseits, erfolglos auf eine Amtsenthebung Bainimaramas als Kommandeur der Streitkräfte zu drängen. Qarase versuchte dabei die Polizei für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Die Armee berief im Oktober 2006 Reservisten ein und erhöhte ihre Mannstärke auf rund 4.000 Mann.<sup>21)</sup> Bereits im Vorfeld begann die Entwaffnung von Polizeikräften, die als einzige einem Putsch nennenswerten Widerstand hätten entgegensetzen können. Am 5. Dezember 2006 begann das Militär nach der Errichtung von Straßensperren in und um die Hauptstadt Suva mit der gezielten Besetzung neutralisierender

Punkte. Premierminister Laisenia Qarase sowie einige Minister wurden unter Hausarrest gestellt, der Präsident für abgesetzt erklärt. Die Bevölkerung verhielt sich weitgehend passiv und war auf fidschianischer Seite in der Bewertung der Ereignisse gespalten. Die große Militärpräsenz verhinderte Unruhen und Plünderungen, die alle bisherigen Putsche begleitet hatten.

Massive Kritik an dem Umsturz kam aus dem Ausland, insbesondere von Australien und Neuseeland, die Einreisestanktionen verhängten und die Zusammenarbeit sowie Geldmittel für bilaterale Projekte suspendierten. Am 6. Dezember ernannte Bainimarama den 1929 geborenen Jona Baravilala Senilagakali, Direktor der Fiji Medical Association, zum interimistischen Premierminister. Gleichzeitig wurde Qarase auf die peripher gelegene Insel Vanua Balava ausgeflogen. Zu den ersten Maßnahmen der Militärregierung gehörte ein Kassasturz, der Senilagakali dazu veranlasste anzukündigen, dass in Anbetracht der prekären wirtschaftlichen Lage auch die Ministergehälter in Zukunft gekürzt werden müssten. De facto stand Fidschi am Vorabend des Putsches vor dem Bankrott und muss nun einschneidende Sparmaßnahmen in fast allen Wirtschaftsbereichen durchsetzen. Am 4. Januar 2007 gab Bainimarama die Macht nach Absprache an Präsident Iloilo zurück. Auch der Übergangspremier Jona Senilagakali gab sein Amt auf. Iloilo billigte im Gegenzug in einer Ansprache das Vorgehen des Militärs und kündigte die Einsetzung einer Übergangsregierung und Neuwahlen an. Als neuer Regierungschef wurde Bainimarama am 5. Januar 2007 vereidigt. Die skeptische Prognose der ersten Tage nach dem Putsch, als noch nicht klar war, ob der Sturz der Regierung Qarase erfolgreich verlaufen würde, wich nach wenigen Tagen der Einschätzung, dass es



Eingangsbereich und Tor zum Areal des neuen Parlamentsgebäudes, das im Jahr 2000 für mehrere Wochen Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen zwischen Putschisten, sympathisierenden Anhängern, dem Militär und Medienvertretern war.

sich um eine irreversible Entwicklung handele. Qarase hat seinen Rückzug aus der Politik verkündet und der GCC, der den Putsch anfangs vehement verurteilte, hat sich auf Gespräche mit Bainimarama verständigt, die dieser anfangs jedoch mehrmals platzen ließ und damit seine Geringschätzung gegenüber dem GCC zum Ausdruck brachte.

Die Kirchen spielten bei diesem neuerlichen Putsch eine nicht zu unterschätzende Rolle. Generell muss das Agieren der Kirchen in den Jahren 1987 bis 2006 als parteiisch bezeichnet werden. Die dominierende Methodisten-Kirche, der die Mehrheit der Fidschia-

ner angehört, hatte ein potenzielles Interesse an den Zielsetzungen Rabukas, Speights und Qarases, und zwar insofern, als sie ein Interesse an einem christlichen Staat Fidschi hat. Bereits 1987 nach den ersten beiden Coups hat sich die Kirche eindeutig hinter Oberst Rabuka gestellt.<sup>22)</sup> Die Methodistenkirche hatte sich offiziell von den Gewalttätigkeiten der Putschisten des Jahres 2000 distanziert. Trotzdem gewährte sie damals Speight Unterstützung durch Reverend Tomasi Kanailagi, der ins Parlamentsgebäude gekommen war, um gemeinsam mit den Putschisten die Messe zu zelebrieren und sich dabei ausgiebig filmen zu lassen (islamischen und hinduistischen Geistlichen war zur selben Zeit der Zugang zu den Geiseln verwehrt geblieben). Im Dezember 2006 verurteilten die Kirchenverantwortlichen den Putsch zuerst, wechselten aber seither die Position und halten sich auffallend zurück. Seit Mitte Jänner 2007 kann man einen atmosphärischen Stimmungsumschwung beobachten. Die Kritik aus dem Ausland ist verhaltener, als in Fidschi selbst erwartet und gefürchtet. Nicht zuletzt die EU, die ein Hauptabnehmer des fidschianischen Zuckers im Rahmen des Cotonou-Abkommens ist, junktimiert ihre wirtschaftlichen Unterstützungen mit Fortschritten bei einer Normalisierung der politischen Situation. Im Land selbst wird eine nachhaltige wirtschaftliche Stabilisierung nicht nur durch Ad-hoc-Maßnahmen zur Linderung der unmittelbaren Auswirkungen des Putsches gelingen.

Die grundsätzliche strukturelle Schwäche im Land, nämlich die Existenz von Wettbewerbsverzerrung durch Günstlingswirtschaft, die aus der zu geringen Rotation in den entscheidenden politischen und ökonomischen Schlüsselpositionen sowie vanua-, klan- bzw. familienbezogenen Verbindlichkeiten resultiert, kann nur mittel- bis langfristig gelöst werden. In der Vergangenheit haben Politiker immer wieder persönlich bei Geschäftsabschlüssen fidschianischer Unternehmen interveniert, um entweder ihrer jeweiligen Gefolgschaft zu einem Vorteil zu verhelfen oder um sich selbst zu profilieren und zu bereichern. Die Verknüpfung von Politik und Wirtschaft ist in Fidschi eng. Die Ereignisse im Bankensektor und in der Holzindustrie zeigen das deutlich.<sup>23)</sup> Ähnliche Probleme finden sich in anderen Bereichen der Wirtschaft. So bedarf der öffentliche Dienst, in dem Entscheidungen immer wieder entlang ethnischer Zugehörigkeit verlaufen, einer Reform. Die Armeeführung hat ihre Absicht bekundet, die Versäumnisse der Regierung Qarase auszumerzen und die anstehenden Probleme anzupacken. Ob das bereits die Wende ist, bleibt abzuwarten. Es steht jedoch fest, dass mit dem jüngsten Agieren der Armee diese auch in Hinkunft eine starke aktive Rolle in der Politik des Inselstaates spielen und sich nicht mehr in die Kasernen zurückdrängen lassen wird. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) Der Großraum Ozeanien bzw. Pazifische Inseln gliedert sich in die drei Regionen Melanesien, die landflächen- und bevölkerungsmäßig größte Region mit der Insel Neuguinea im Westen, Polynesien als insgesamt größte Region im zentralen und östlichen Teil des Pazifiks sowie Mikronesien, nördlich von Melanesien liegend und v.a. von kleinen Atoll-Inseln geprägt.
- 2) Zahlen nach Heiko Faust: Fiji. In: W. Kresiel (Hg.): Mythos Südsee. Länderprofile Ozeaniens zu Wirtschaft und Gesellschaft. Hamburg 2006, S.39-44.
- 3) Vgl. R. Gerard Ward: Land Use and Population in Fiji: A Geographical Study. London 1965.
- 4) Vgl. Peter France: The Charter of the Land, Custom and Colonization in Fiji. Melbourne 1969, u. Legge, J. D.: Britain in Fiji 1858-1880. London 1958.
- 5) U.a. in Trinidad und auf Mauritius.
- 6) Vgl. David Routledge: Matanitu, The struggle for power in early Fiji. Suva 1985; Subramani (ed.): the Indo-Fijian Experience. St. Lucia 1979; John Wesley Coulter: Fiji, Little India of the Pacific. Chicago 1943.; K. L. Gillion: Fiji's Indian Migrants. A History to the End of Indenture in 1920. Melbourne 1969; Brij Lal (ed.): Crossing the Kala Pani; A documentary History of Indian Indenture in Fiji. Canberra 1992.

- 7) Vgl. Anne E. Becker: Body, Self, and Society. The View from Fiji. Philadelphia 1995; W. Deane: Fijian Society or the Sociology and Psychology of the Fijians. London 1921; Buel Quain: Fijian Village; An Anthropologist's Account of Fijian Institutions, Ethics, and Personalities. Chicago 1948; Asesela Ravuvu: Vaka i Taukei; The Fijian Way of Life. Suva 1983.
- 8) Mataqalis sind exogam und patrilinear organisierte soziale Einheiten innerhalb eines Dorfes.
- 9) Vakavanua steht hier komplementär dem zweiten Angelpunkt individueller Verankerung und Orientierung gegenüber: vakaveiwekani, welches sich auf die genealogische Abstammung bezieht. Vgl. S. J. P. Cooper: Who are the Chiefs? Chiefship in Lau, Eastern Fiji. In: Richard Feinberg/Karen Anne Watson-Gegeo (eds.): Leadership and Change in the Western Pacific. London 1996; S.239-271.
- 10) Vgl. dazu Hermann Mückler: Gimit und die Folgen - Inder auf Fidschi. In: G. Emmer/H. Mückler (Hrsg.): Alltagskulturen in Indien. Aktuelle Entwicklungen der indischen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1996; Hermann Mückler: Fidschi. Zwischen Tradition und Transformation. Frankfurt/Main 1998.
- 11) Siehe Michael Howard: Fiji: Race and Politics in an Island State. Vancouver 1991; Kenneth Bain: Treason at 10, Fiji at the Cross Roads. Sydney 1989; Ralph R. Premdas: Ethnic Conflict and Development: The case of Fiji. Aldershot 1995.
- 12) Rory Ewins: Changing their minds. Tradition and Politics in Contemporary Fiji and Tonga. Christchurch 1998.
- 13) Gerade bei den Fidschianern spielt das Kriegerethos als Prestige gebende Kategorie eine große Rolle. Auch deshalb nehmen überdurchschnittlich viele Fidschianer an UNO-Missionen teil. Vgl. Hermann Mückler: Scham, Schweigen und Stolz: Das gewandelte Bild vom »Menschenfresser« und Kriegerethos auf Fidschi. In: Heide Weinhäupl u. Margit Wolfsberger (Hrsg.): Trauminseln? Tourismus und Alltag in »Urlaubsparadiesen«. Münster 2006, S.69-90; ders.: Die Haartracht der fidschianischen Häuptlinge - ein Beitrag zum Thema Körperschmuck. In: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, Band 134/135, Wien 2005, S.135-149.
- 14) Es handelte sich dabei um den Monasavu-Damm und die Wailoa Power Station auf Viti Levu, die wochenlang von Anrainern aus der Umgebung, die die Gelegenheit nutzen wollten, mehr Beteiligung für sich herauszuschlagen, besetzt wurden.
- 15) Zit.n. William Sutherland: Beyond the politics of race. An alternative history of Fiji to 1992. Suva 1992, S.184ff; Sunil Kumar: Institutionalized Racial Discrimination. In: Ganesh Chand/Vijay Naidu (eds.): Fiji: Coups, Crises, and Reconciliation, 1987-1997. Suva 1997, S.81ff.
- 16) Vgl. Mückler, 1998, S.214ff.; France, 1969, S.109.
- 17) Vgl. Hermann Mückler: Fidschi. Das Ende eines Südseeparadieses. Wien 2001.
- 18) Eine fidschianische Konföderation, matanitu, ist als Zusammenschluss mehrerer Häuptlingstümer bzw. vanuas zu verstehen.
- 19) Vgl. dazu Brij V. Lal/Michael Pretes (eds.): Coup. Reflections on the Political Crisis in Fiji. Canberra 2001; Winston Halapua: Tradition, Lotu and Militarism in Fiji. Suva 2003; Michael Field/Tupeni Baba/Unaisi Nabobo-Baba.: Speight of violence. Inside Fiji's 2000 Coup. Auckland 2005.
- 20) Im Sinne jener fidschianischen Interessenvertretungen und Eliten, die Tradition zum Zweck des eigenen Machterhalts instrumentalisierten.
- 21) Die Armee besteht aus 3.500 Mann. Etwa 20% nimmt regelmäßig an UNO-Missionen teil, u.a. im Libanon, Ägypten, Kosovo. Fidschi gibt pro Jahr circa 32 Mio. USD für das Militär aus. Die Ausstattung besteht aus gepanzerten Fahrzeugen sowie zwei Hubschraubern und zwei Küstenwachtschiffen.
- 22) Rabuka hatte sich auch dafür bedankt, indem er alle Aktivitäten an Sonntagen zu unterbinden versuchte und damit den indischstämmigen Bevölkerungsteil Fidschis an Sonntagen zur Untätigkeit verdammt. Dies ließ sich damals nicht durchhalten, aber es wurde rückblickend deutlich, dass die Kirchen ein wichtiges Instrument für Rabuka waren, die Fidschianer für seine Ziele zu überzeugen.
- 23) Die Fiji National Bank ging unter der Regierungszeit Rabukas und infolge von Weisungen seitens der Politik, nicht überlebensfähige Unternehmen zu stützen, 1998 fast bankrott. In der Holzindustrie, wo Speight eine zeitlang als Vorsitzender der Fiji Hardwood Company agierte, sind vermutete Veruntreuungen noch aufzuklären.

### Univ. Prof. Mag. Dr. Hermann Mückler

Geb. 1964; Studium der Ethnologie und Politikwissenschaft; seit 1993 am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Univ. Wien tätig, seit 2001 als Univ. Prof. mit Fokus auf Friedens- und Konfliktforschung, Migration, Ethnohistorie; regionaler Schwerpunkt Asien-Pazifik, insbesondere Südostasien, Ozeanien. Präsident der Österreichisch-Südpazifischen Gesellschaft (OSPG), Vizepräsident der Anthropologischen Gesellschaft Wien und des Institut für Vergleichende Architekturforschung. Von 1999-2002 Präsident der European Society for Oceanists (ESfO). Herausgeber der Buchreihe „Novara - Beiträge zur Pazifikforschung“.



## From a Mobilization Army to a Permanent Task Force Sverre Diesen

During the Cold War era Norway's contribution to NATO defence was focussed exclusively on protecting her northern flank, i.e. her own territory. Other countries were supposed to support when necessary; this is the reason why fortifications were built, and why harbours and airbases – in matters of dimensions and equipment – were designed to accommodate allied aeroplanes and forces. Strong land forces consisting of both a standing and a mobilization army were established according to this purpose.

In the meantime Norway's situation has required armed forces with better rapid reaction abilities and higher quality than in the past.

Norway's armed forces must have relevant and deployable troops in order to be able to cope with crises and situations on Norwegian territory or in bordering regions, and in the north as well. This means that there is basically no qualitative difference concerning standards for forces at home and abroad.

Contrary to during the Cold War era, Norwegian experts now consider conventional security challenges in the near surroundings of Norway to be scenarios with high local intensities and limited deployments of troops, with limited duration and a very short strategic advance warning time. In order to be able to meet these challenges, it has been necessary to carry out radical changes in the Norwegian armed forces, particularly

- to bring the demand of troops in line with the building of troops,

- to implement the adaptation of the excessively large military base and support structures, and  
- to achieve a better balance between economy and ambitions.

Norway and her armed forces are facing both an organizational and an economic challenge. The first is taking the necessary steps resulting from security-political, economic and social reality, and transforming the armed forces into troops which are deployable in international operations. The last refers to the establishment of a stable economic general set-up, representing the prerequisites of the Norwegian armed forces' capabilities to survive in future.

## Possible Development Tendencies of European Air Forces and Expectable Consequences for Austria Wolfgang Luttenberger

Airspace control is a *conditio sine qua non* for military land, sea and air operations. Air combat forces offer politically attractive suggestions permitting the use of technological superiority deliberately. This is getting more and more important, because in modern western societies the limit of tolerance concerning own and enemy victims is very low, and because in the course of conflict development air forces' reactions permit an adaptation to political, diplomatic or economic progress, and relapse as well.

As a result of various problems, in the beginning of the 21<sup>st</sup> century the European air force sector has considerable deficits. These are, among other things, insufficient air transport capacities for moving European armed forces and their equipment, insufficient flight refuelling capacities, the lacking ability for precision attacks, the lack of all-weather fighter aircraft and of precision-guided ammunition, insufficient reconnaissance capabilities on both the strategic and the tactical level, the lack of portable command and control systems, insufficient ability to suppress enemy air defence, and the lack of secure and interoperable communications systems.

If the opportunities and the flexibility offered by air power are detected, in the medium term the security-political and military rooms for manoeuvre could be extended considerably by applying cost-effective and pragmatic approaches. In the spirit of strategic opening the Austrian air force could contribute its services to the European security architecture, thus strengthening Austria's influence and position altogether. Air power has been and will always be the last political resort since the end of the Cold War era about 15 years ago. Austria had better not close her mind to this general trend and make a considerable contribution, applying forward-looking and realistic approaches, always being fully aware of her own boundaries.



# Radetzky...

## IM HEERESGESCHICHTLICHEN MUSEUM

1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · Täglich außer Freitag von 9 bis 17 Uhr

[www.bundesheer.at](http://www.bundesheer.at)





## Armed Forces in Postmodernism

Edwin R. Micewski/  
Barbara Schörner

The spirit of Postmodernism has seized the military, too. One talks about post-modern war as well as about post-modern armed forces. After four centuries of Cold War with its distinct dividing lines, clearly defined focuses of interest, and hardly existing doubts concerning political goals and strategies of nations and alliances, there apparently is no lasting system any longer. Phenomenons such as disestablishment, denationalization and re-theologicalization of politics give rise to fundamentalist shocks.

There are five changes characterizing post-modern armed forces: an increased alternate penetration of civilian and military fields both structural and cultural, the reduction of hierarchical distinctions within armed forces, the substitution of classical warfare by non-traditional missions as far as primary orientation towards goals and purposes is concerned, the internationalization, authorization and justification of international missions by entities from beyond the nation state.

Especially in the relationship between military and civil society there is a contradiction in the systems of values. If, on the one hand, acting competence for new tasks is to be achieved, and on the other hand, the disconnection from society is to be fought, armed forces will be in need of very initiative and active public relations. Some aspects such as forward-looking, transparency, security-political activities, cultivated management, or the relationship to civil coalition partners and organizations will have lasting effects on public opinion and form the assessment by the social environment.

Morality and ethical legitimacy of military peacekeeping still are the most important challenges concerning the dispute between military and society. The organized use of power as a necessary evil is more or less accepted by modern societies, and it seems to be justified by a nation's security interest. The demand for non-violent peace development on the one hand, and the use of political-military power as a means of conflict management and of conflict de-escalation on the other hand, involve incompatibility problems and ethical ambivalences which need to be solved in a discursive way only.

Whereas the military world is forced to face the post-modern society-political realities and adapt to them, as long as this does not endanger or influence its efficiency, it still has to impart its specific goals and tasks to a political and social environment, which may tend to reduce the ideal of a future official and global order to economic and democratic principles, and thus does not always show neither interest nor attention to the goals and tasks of armed forces.

The armed forces' challenges in post-modern societies are manifold, but at the same time they offer extraordinary opportunities to lay the foundations for a new bond of trust between

armed forces and society. For this, however, it is necessary that the armed forces, apart from finding their inner selves concerning their exterior relationships with politics and society, take up the chances offered by the new conditions in the security-political and social-political environment.

## Fiji - Four Coups in 20 Years

Hermann Mückler

Life on Fiji is marked by ethnic tension. The indigene Fijians converted to Christianity have to face the Hindu group of Indo-Fijians, which is nearly as strong, and whose members – as second-class citizens – do not own land and can only lease land for agricultural or industrial use.

After the elections of 1987 a parties' coalition, making a government dominated by Indo-Fijians possible for the first time, on 14<sup>th</sup> May and 25<sup>th</sup> September 1987 finally sparked off the first two military putsches in the history of the Southern Pacific region, led by Colonel Sitiveni Rabuka. The breaking up between the two ethnic groups became manifest due to the parliament's elimination by Rabuka, a high-ranking army officer born in 1948, close to the nationalist *taukei*-movement, who thus became prime minister of Fiji ruling until 1990, and because of a new constitution in 1990 solidifying the supremacy of the Fijians.

The new constitution implemented in 1997 and – at least superficially – acclaimed by all, set the points for the first Indian head of government, Mahendra Chaudhry, chairman of the *Fiji Labour Party*, who governed for exactly one year from 19<sup>th</sup> May 1999 to 19<sup>th</sup> May 2000, and who was brought down by the businessman George Speight. In the beginning of this phase the army kept a low profile due to its inner cleft – the major part supporting the constitution, the minor one openly supporting the insurgents.

In the course of the putsch of 2000, the conflict between the Indo-Fijians and the Fijians was used as a pretext for bringing down the government and getting support by Indo-Fijian society. The real reasons for the events, however, were of a purely Inner-Fijian nature.

The putsch of December 2006 was inseparably connected with the events of 2000. The expirations of thousands of Indo-Fijian leases were settled in favour of the landowners by the *Native Land Trust Board*, and this contributed to the polarization within the Fijian/Indo-Fijian relationships. The following migration led to a dramatic loss of manpower and intellectual qualification, thus deeply damaging Fijian economy.

One of the causes for the army putsch of 2006 under the commander Bainimarama was the announcement of the head of government in the early summer of 2005 to create an amnesty regulation for the insurgents of 2000. With its argumentation the army increasingly proved to be a circumspect counterpart of the government. In the

meantime Bainimarama had realized clearly that he needed the Indo-Fijians to stop the country's decline, and he explicitly turned against those radical Fijians who were definitely not willing to compromise in this matter. One thing, however, is for certain: Judging from its acting so far, the army will play an active role in politics of the island state in future as well, and it will certainly not be driven back into its barracks.

## D'une armée de mobilisation vers une troupe permanente d'intervention

Sverre Diesen

La contribution de la Norvège à la défense de l'OTAN était tournée unilatéralement, du temps de la guerre froide, vers la protection du flanc nord, c.à.d. du propre territoire. D'autres pays devraient intervenir à titre d'appui, en cas de besoin, raison pour laquelle des fortifications ont été érigées, de même que des ports et des bases aériennes ont été conçus, quant à leur dimensionnement et à leur équipement en vue de l'accueil d'avions et de forces armées alliés. De puissantes forces armées nationales ont été créées et dotées d'une armée de conscription et de mobilisation, conformément à cette mission.

Dans l'intervalle, la situation en Norvège exige, cependant, aussi, la présence de forces armées, faisant preuve d'une capacité de réaction et d'une qualité nettement supérieures à celles qui furent rencontrées auparavant. Il faut que les forces armées norvégiennes aient des troupes d'importance et mobilisables, pour pouvoir venir à bout de crises et de situations potentielles sur le territoire norvégien ou dans les zones frontalières, surtout dans le Nord. Cela signifie qu'il n'y a plus, d'un point de vue théorique, de différence qualitative dans les contraintes qui visent les troupes, affectées à des engagements nationaux ou internationaux.

L'estimation des experts norvégiens des exigences conventionnelles de sécurité dans l'environnement immédiat de la Norvège s'orientent – à la différence du temps de la guerre froide – très nettement vers des scénarios, dotés d'une forte intensité locale, avec un engagement simultanément limité des troupes, une durée réduite et une période de mise en alerte stratégique extrêmement courte. Pour pouvoir faire face à ces défis, il était nécessaire de procéder à des modifications en profondeur des forces armées norvégiennes, en particulier

- de mettre en adéquation le besoin en troupes et leur mise sur pied, tout en conservant simultanément la conscription,

- de mettre en place une adaptation de la structure, excessivement vaste, des unités de base et des troupes venant en appui et



- de trouver un meilleur équilibre entre économie et ambitions.

Dans le cadre d'une étude sur la défense, il doit être procédé à une analyse homogène des forces armées, avec pour objectif de recommander une structure opérationnelle, qui couvre de la meilleure manière possible les tâches et le niveau d'ambition envisagés, de même qu'une structure de base, logistique et d'appui, qui soit adaptée au besoin constaté d'une structure opérationnelle la meilleure possible.

La Norvège et ses forces armées se trouvent confrontées à un défi organisationnel et à un défi économique. Il s'agit, quant au premier, de tirer les conséquences pleines et entières, tant de la réalité en matière de politique de sécurité, d'Economie que de société et de réorganiser les forces armées pour en faire une troupe, pouvant être engagée dans des opérations internationales. Le second se rapporte à la création de paramètres généraux économiques stables, en tant que condition préalable, afin que les capacités des forces armées norvégiennes soient aussi préservées dans l'avenir.

### **Tendances possibles de l'évolution des forces aériennes européennes et conséquences prévisibles sur l'Autriche**

Wolfgang Luttenberger

Le contrôle de l'espace aérien est une condition impérative à la mise en place d'opérations militaires sur terre, en mer et dans les airs. Les forces armées aériennes offrent des approches de solution politiquement attractives, qui permettent de mettre sur pied de manière ciblée la supériorité technologique. Ce facteur devient de plus en plus important, parce que la limite de tolérance pour les victimes de son propre camp et du camp ennemi, dans les sociétés occidentales modernes, est très faible et que la capacité de réaction des forces armées aériennes permet une adaptation à des progrès politiques, diplomatiques ou économiques ou même des reprises, intervenant dans le cadre de l'évolution du conflit.

A la suite de problèmes les plus divers, le secteur des forces aériennes européennes présente, au début du 21<sup>ème</sup> siècle, des défaillances considérables. En font partie des capacités insuffisantes de transport aérien pour le déplacement de forces armées européennes et de leur équipement, des capacités insuffisantes de ravitaillement en vol, le défaut de capacités d'attaques de précision, la carence en avions de combat aptes à intervenir par tous les temps et en munitions guidées avec précision, des capacités insuffisantes en reconnaissance sur les plans stratégique et tactique, un défaut de systèmes de commandement mobiles, l'insuffisance de la ca-

pacité à réprimer la lutte anti-aérienne ennemie et un manque de systèmes de télécommunications interopérables sûrs.

Les approches possibles, visant à améliorer la situation actuelle et, ce faisant, des scénarios d'avenir réalistes, résultent du concept d'une force aérienne européenne d'ensemble, placée sous un commandement unitaire, d'un *partage du fardeau* au sein des forces armées aériennes européennes ou bien parmi les forces armées partielles de nations différentes, ainsi que du maintien de forces aériennes, commandées à l'échelon national, avec amélioration de la collaboration dans les domaines du commandement, de l'équipement, de la logistique et de la formation.

La perspective à long terme d'une défense européenne commune, qui devrait contenir naturellement, aussi, les forces armées aériennes, exige une réorientation dramatique des décisions, avant tout sur le plan psychologique. Avant tout pour les Etats neutres, une Armée de l'Air européenne globale paraît, actuellement, comme étant difficilement réalisable et la préservation de la souveraineté nationale exige des investissements dans le domaine de l'équipement, qui, dans la mesure où la neutralité doit être garantie de manière fiable, doivent impérativement aller au-delà de la réalisation de capacités de niches.

Si les possibilités et la flexibilité, qu'offre la puissance aérienne, sont reconnues, le champ de manœuvre, en matière militaire et de politique de sécurité pourrait être, à moyen terme, considérablement agrandi par le biais d'approches de solution rentables et pragmatiques. Les forces armées aériennes autrichiennes pourraient faire l'apport de leurs capacités dans l'architecture européenne de sécurité, allant dans le sens d'une ouverture stratégique et renforcer, par là même, globalement l'influence et la position de l'Autriche. La puissance aérienne est et reste le moyen du choix politique des engagements depuis la fin de la guerre froide, il y a environ quinze ans. L'Autriche ne devrait pas se priver de cette tendance générale et devrait apporter une contribution essentielle, à l'aide d'approches de solution réalistes, tournées vers l'avenir, tout en étant parfaitement consciente de ses propres limites.



**IAP-Dienst®**  
**SICHERHEITSPOLITIK**

Professionelle  
 Informationsüberlegenheit  
 in der Sicherheitspolitik

Der Klassiker  
 unter den Newslettern

[www.iap-dienst.de](http://www.iap-dienst.de)

360° Information

### **Les forces armées dans le postmodernisme**

Edwin R. Micewski/  
 Barbara Schörner

La notion de temps du postmodernisme s'est aussi emparée, entre-temps, de la sphère militaire. On parle de la guerre postmoderne tout comme de forces armées postmodernes. Il semble ne plus y avoir, dans la politique de sécurité, après les quatre décennies de guerre froide, accompagnée de ses lignes de démarcation nettes dans la politique mondiale, d'intérêts clairement délimités et fort peu de doutes quant aux objectifs et aux stratégies politiques des Etats et des alliances, de même qu'une absence de structure d'ordre durable. Des phénomènes, comme la désétatisation, la dénationalisation et la rethéologisation de la politique, provoquent des bouleversements fondamentalistes.

Cinq modifications organisationnelles caractérisent les forces armées postmodernes, à savoir l'interpénétration renforcée de domaines civils et militaires, tant sur le plan structurel que sur le plan culturel ; la diminution des différenciations hiérarchiques au sein des forces armées ; le changement, intervenu dans l'orientation primaire des missions et des objectifs, allant de la conduite classique de la guerre aux missions non traditionnelles ; l'internationalisation, ainsi que l'autorisation et la légitimation d'engagements internationaux de forces armées par le biais d'entités en fonction par-delà de l'Etat-nation.

Il résulte, spécialement dans les rapports entre la sphère militaire et la société civile, une opposition dans les systèmes de valeur. Si, d'une part, une capacité à agir pour de nouvelles données du problème doit être acquise et que, d'autre part, il y a lieu de s'opposer à un détachement de la société, les forces armées ont alors besoin de relations publiques essentiellement initiatives et actives. Des aspects, comme l'orientation vers l'avenir, la transparence, les activités liées à la politique de sécurité, la culture entrepreneuriale ou le rapport avec des partenaires dans le domaine de la coopération civile et avec des institutions, ont des effets durables sur l'opinion publique et constituent l'évaluation, opérée par l'environnement social.

La question clé de la moralité et de la légitimité éthique du maintien militaire de la paix demeure, cependant, le défi le plus important du débat entre le monde militaire et la société. L'application, organisée le cas échéant, de la force est acceptée, dans les sociétés modernes, pour une partie prépondérante, comme un mal nécessaire, qui ne paraît légitimé qu'en raison de l'intérêt de la nation pour sa sécurité. L'exigence d'une mise en œuvre sans violence de la paix d'un côté, l'application d'une force politico-militaire comme moyen de règlement des conflits et en vue d'une désescalade des conflits d'autre part, renferment en elles-mêmes des problèmes d'incompatibilité et des ambivalences éthiques, qui nécessitent une solution, qui ne peut être que de nature discursive.

Tandis que le monde de la vie militaire est invité à répondre aux réalités de la politique sociale postmoderne et à s'y adapter assurément, dans la mesure où ceci ne met pas sa puissance en danger ou n'y porte pas atteinte, il doit, pourtant, offrir sa valeur et son intérêt, ainsi que ses objectifs et missions spécifiques et la culture organisationnelle qui en résulte à un environnement politique et social, qui a potentiellement tendance à vouloir réduire l'idéal d'un ordre futur, tant national que global, à des principes purement économiques et démocratiques, n'accordant donc pas toujours aux objectifs et aux missions des forces armées l'intérêt nécessaire et l'attention indispensable.

Si les défis sont aussi multiples pour les forces armées dans les sociétés postmodernes, ils offrent pourtant, simultanément, des possibilités extraordinaires, d'établir un nouveau rapport de confiance entre les forces armées et la société. Cependant, la condition en est que les forces armées se positionnent elles-mêmes dans leurs relations avec l'extérieur, vis-à-vis de la politique et de la société et fassent un usage adéquat des opportunités qui leur seront offertes par les nouvelles conditions de l'environnement, constitué par la politique de sécurité et la politique sociale.

## Les Îles Fidji - Quatre coups d'état en 20 ans Hermann Mückler

La vie sur les Îles Fidji est caractérisée par des tensions ethniques : fait face aux Fidjiens indigènes christianisés un groupement hindouiste, presque aussi fort, d'Indo-Fidjiens, qui ne peuvent pas, en tant que citoyens de deuxième classe, posséder de terre mais ne peuvent que louer en vue d'une exploitation agricole ou industrielle.

Une coalition de partis, comme suite aux élections du Parlement en 1987, qui permit pour la première fois un gouvernement à domination indo-fidjienne, fut enfin le déclencheur des deux premiers coups militaires dans l'histoire sud-pacifique, dirigée par le Colonel Sitiveni Rabuka, coups qui eurent lieu les 14 mai et 25 septembre 1987. Avec la mise à l'écart du Parlement par Rabuka, né en 1948, membre de haut rang de l'Armée, proche du mouvement nationaliste *tauvei*, qui devint ainsi premier Ministre des Îles Fidjis et gouverna jusqu'en 1998 et avec une nouvelle constitution en 1990, qui conforta la suprématie des Fidjiens, la rupture entre les groupes ethniques fut consommée.

La nouvelle constitution, mise en place en 1997 et acclamée par tous pour le moins en apparence, servit d'aiguillage pour le premier chef de Gouvernement d'origine indienne : Mahendra Chaudhry, Président du *Parti travailliste fidjien*, qui gouverna exactement un an, du 19 mai 1999 au 19 mai 2000, avant d'être renversé par l'homme d'affaires George Speight. A ce sujet, l'Armée se tint au début en retrait, en raison de ses divisions internes – la majorité était pour la constitution, une partie, minoritaire, sympathisait ouvertement avec les putschistes –.

Au cours du putsch de 2000 le conflit indo-fidjien / fidjien fut pris comme prétexte pour renverser le Gouvernement et obtenir un soutien dans la société fidjienne indigène. Les motifs plus profonds des événements furent, cependant, de nature purement intrafidjienne.

Le coup d'état de décembre 2006 est lié, de manière indissoluble, aux événements de l'année 2000. L'expiration de milliers de contrats d'affermage des Indo-Fidjiens fut régie par le *Conseil d'Administration des Terres indigènes* dans l'intérêt des propriétaires terriens, ce qui contribua de manière décisive à la polarisation de la relation fidjienne – indo-fidjienne. Le repli

qui s'ensuivit aboutit à une saignée dramatique, pratiquée dans la main-d'œuvre et dans les compétences intellectuelles et causa à l'Economie fidjienne des dommages durables.

L'un des déclencheurs pour le coup d'état de 2006 de l'Armée, commandée par Bainimarama, fut l'annonce, notifiée au début de l'été 2005, par le chef du Gouvernement, d'une disposition d'amnistie pour les putschistes de l'année 2000. L'Armée se cristallisa de plus en plus, dans son argumentation, comme un pôle opposé pondéré au Gouvernement. Bainimarama reconnut entre-temps clairement qu'il avait besoin des Indo-Fidjiens pour arrêter la poursuite du déclin du pays et se retourna donc, de manière explicite, contre les Fidjiens radicaux, qui n'étaient pas disposés à chercher un compromis dans cette affaire. Cependant, il est certain qu'avec les agissements les plus récents de l'Armée, celle-ci jouerait aussi, dans l'avenir, un rôle actif fort dans la politique de l'Etat insulaire et ne se laisserait plus refouler dans les casernes.

## Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)

ist nun auszugsweise  
auch online unter:

[www.bundesheer.at/omz](http://www.bundesheer.at/omz)

verfügbar.

## IMPRESSUM

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) erscheint zweimonatlich.

Die ÖMZ ist eine wehrwissenschaftliche Zeitschrift mit Berichten und Analysen zu einschlägigen Themenkreisen aus dem gesamten Bereich der Sicherheitspolitik, Polemologie und Militärwissenschaft.

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge enthalten die Ansichten der Autoren und nicht notwendigerweise die offizieller Stellen oder der Redaktion.

### Medieninhaber/Herausgeber:

Bundesministerium für Landesverteidigung,  
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

### Druck:

Holzhausen Druck & Medien GmbH  
Holzhausenplatz 1, 1140 Wien, Auhof

### Redaktion:

OberstdG MMag. Dr. Andreas Stupka  
(Chefredakteur)

Oberrat Mag. Christian Hosiner  
(stv. Chefredakteur)

### Technische Redaktion:

Major Mag. Anton Stöttinger

**Bild:** Rainer Weckerle

**Grafik:** Peter Lutz

**Redaktionsreferentin:** Martina Böhm

**SB Layout & Medien:** Brigitte Wallinger

**SB Administration:** Vizeleutnant Helmut Adam

### Ständige Mitarbeiter:

General i.R. Horst Pleiner, Brigadier Wolfgang Wosolsobe, Brigadier MMag. Wolfgang Peischel, Brigadier Mag. Rudolf Striedinger, Mag. Dr. Friedrich Korkisch, Mag. Predrag Jurekovic, Mag. Arthur Friedrich Maiwald, Mag. Dr. Wolfgang Taus, Prof. Mag. Dieter Huditsch, Herbert Kranzl, Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Ao. Univ.-Prof. DDR. Christian Stadler, OberstleutnantG Mag. Bruno Günter Hofbauer, OberstleutnantG Mag.



Philipp Eder, Univ. Doz. DDr. Heinz Vetschera, Burkhard Bischof, Dr. Wilfried Aichinger, Dr. Martin Pabst, Dr. Gunther Hauser, Oberstleutnant dhmFD Mag. Bernhard Lauring, Oberst dhmFD Mag. Dietmar Pfarr, Oberst dhmFD Mag. Karl Wohlgemuth, Dr. Wolfgang Etschmann.

**Alle:** Redaktion ÖMZ, AG Stiftgasse,

Stiftgasse 2A, 1070 Wien

**Tel.:** 0043/(0)1/5200-40901

**Fax:** 0043/(0)1/5200-17108

**E-Mail:** red.oemz@bmlv.gv.at

Bezugspreise (inkl. 10% Umsatzsteuer):

**Jahresabonnement € 24,30**

**Einzelheft € 4,70**

Preise exkl. Versandkosten

Abonnement-Bestellungen bei der Redaktion ÖMZ. Das Abonnement verlängert sich selbstständig, falls es nicht bis spätestens 30. November gekündigt worden ist.

**Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.**